

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Quartalspreis 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle
über deren Raum 40 Pfg., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen, sowie
Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die
nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Kurt L. Nr. 1508.
Telegraphen-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 5. Mai 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

China in Italien.

Rom, Anfang Mai.

Italien ist noch nicht in China, denn die militärische
Besetzung der Sam Run Bai steht noch aus; wohl aber ist
China schon in Italien, denn das noch nicht eroberte China
spielt hier schon eine große und unheilvolle Rolle, und es
lohnt sich wohl, von den politischen Kämpfen und Tendenzen
zu reden, die durch die neueste Episode unserer Kolonial-
politik zu Tage gefördert sind.

Nach Artikel 5 unserer Verfassung herrscht in Italien
auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und der inter-
nationalen Verträge absolutes, unumschränktes Königtum und
Ohnmacht des Parlaments. Der König kann thun und lassen
was ihm beliebt, und er ist nur deshalb gehalten, dem Parla-
ment von dem, was er zu thun für gut befunden hat, An-
zeige zu machen, weil das Parlament für das Budget ver-
antwortlich ist.

So kam es, daß der Minister des Auswärtigen,
Canevaro, einen freilich oberflächlichen Bericht über die
diplomatischen Verhandlungen zwischen der italienischen
Regierung, d. h. ihrem Vertreter C. de Martin, und der
chinesischen Regierung, zum besten gab, als man ihn vor den
Osterferien in der Kammer über die Besitzergreifung von
Sam Run interpellierte.

Der Minister teilte mit, dieselbe sei auf Kuraten Eng-
lands erfolgt, und räumte in einem Moment naiver Offen-
herzigkeit sogar ein, daß man es eigentlich nicht nötig gehabt
hätte, diesen Rat zu befolgen. Unser diplomatischer Vertreter
zeigte sich wenig geschickt und erfolgreich. Er erreichte es,
daß China zunächst die Annahme einer Note überhaupt ver-
weigerte. Er stellte darauf China ein Ultimatum, das die
italienische Regierung sofort zu desavouieren genötigt war, in-
dem sie Herrn de Martin zurückberief.

All dies schien Englands Interesse an der Angelegenheit
stark zu vermindern. Der englische Vertreter, dessen Händen
man die Fortsetzung der diplomatischen Unterhandlungen nach
de Martin's Abwehr anvertraut hatte, nahm alsbald selbst
Urlaub und verließ Peking; und gegenwärtig weiß man gar
nichts Gewisses mehr, außer daß die chinesische Regierung
geneigt scheint, unseren Antrag auf Einräumung einer Platten-
station „entgegenzunehmen“, ohne daß man jedoch erfahren
hat, wie dieser Antrag selbst aussagen ist.

Mittlerweile stieg der Unwille im Volke gegen diese China-
politik. Das Land leidet zu schwer. Belastet doch allein die Sen-
dung einiger Schiffe nach China das Staatsbudget mit mehreren
Millionen, so daß sich die finanziellen Folgen dieses diplo-
matischen Handels schon jetzt, längst vor der Besetzung der
sogenannten Kolonie fühlbar machen.

Da Italien mit seiner Kolonialpolitik in Afrika und dem
Osten schon so schmerzliche Erfahrungen gemacht hat, ist es
natürlich, daß diesmal selbst die Konservativen in den Ruf
einstimmen, den die Socialisten schon 1885 gegen die
Besetzung von Massana erhoben: „Keinen Mann und
keinen Groschen!“

Die koloniale Ausbreitung der heutigen Völker ist eine
natürliche Phase ihrer politischen und ökonomischen Ent-
wicklung, und wir Socialisten sind keine absoluten
Gegner jeder Art solcher Expansion. Wir meinen sogar,
daß eine Ausdehnung des Handels, wie sie als großartigstes
Beispiel England aufweist, nur wünschenswert ist. Sie be-
deutet und schließt ab die letzte gewaltige Entwicklungsphase
der kapitalistischen Wirtschaftsweise und zeigt die Nähe des
Socialismus, der mit gleicher Notwendigkeit den Kapitalismus
ablösen wird, wie dieser den Feudalismus abgelöst hat.

Zweierlei aber können die Socialisten als wohlbedachte
Positivisten der Politik niemals dulden; zweierlei müssen sie
nachdrücklich bekämpfen:

Erstens, daß man ein Land wie Italien, das noch nicht
den Grad industrieller und ökonomischer Entwicklung erreicht
hat, der allein das natürliche und gesunde Bedürfnis nach
kolonialer Ausbreitung zeitigt, gewaltsam in überseeische
Abenteuer zu drängen sucht — ein Unterfangen von gleicher
Förtheit, wie wenn ein Handelshaus sich anschließen wollte,
Zweiggeschäfte zu gründen, ehe es das Hauptgeschäft gehörig
fundiert und entwickelt hat.

Zweitens können wir niemals zugeben, daß diese koloniale
Ausbreitung sich in der alten römisch-klassischen Form
militärischer Eroberung und Niederwerfung vollzieht, die viel
Blut und sehr viel Geld kostet und sich um die Wende des
neunzehnten Jahrhunderts, im Zeichen der, zur Römerzeit nur
im unscheinbarsten Keime vorhandenen internationalen
Handelskonkurrenz, nicht zu rentieren vermag.

Nur die angelsächsische Art der Kolonisation verspricht in
der Gegenwart Nutzen, wie das positive Beispiel Englands
und das negative Beispiel Frankreichs und Italiens, die sich
an der unfruchtbarsten bürokratischen und militärischen
Kolonisation zu verbluten drohen, zur Genüge erweist.

Unsere afrikanische Kolonialpolitik begegnete anfänglich
nur der einzig klarschauenden socialistischen Opposition.
Erst nach dem unglücklichen Feldzuge gegen den Negus
Menelek trat ein Umschwung in der öffentlichen Meinung ein.
Die nach der Niederlage von Abba eine stürmische, nur an
der Erbarmlichkeit und Blutarmut unserer sogenannten Re-
publikaner gescheiterte Volksbewegung gegen die Monarchie
entfesselte.

Aber jetzt sind die Gegner einer ziellosen Piratenpolitik,
wie sie das Ministerium De-Laur treibt, weit zahlreicher und
schärfer. Die ganze äußerste Linke im Parlament (die Radikalen,
Republikaner und Socialisten) ist einstimmig in der
Verurteilung des chinesischen Abenteuers, das auch von den
Freunden des Ministeriums nur unter dem, freilich gar leicht
gebrochenen Versprechen und der natürlich nicht eintretenden
Voraussetzung unterstützt wird, daß uns diesmal die schweren
Niederlagen von Afrika erspart bleiben. Die Konservativen
des industriellen Oberitaliens haben sich in politischen Zeit-
schriften und selbst in einer jüngst in Mailand abgehaltenen
Versammlung der Bekämpfung jener unglückseligen Politik
angeschlossen, die uns aus den oben angegebenen Gründen
keinen Nutzen, aber sehr viel Schäden bringen kann.

Thatsache ist: das Italien von heute, erschöpft durch
eine volkesündliche militärische Politik, die seit 1860 zehn
Milliarden (zehn tausend Millionen) Francs ver-
schlungen und alle die weltbekanntesten Betrügereien der Vice-
königen und Peanisten im Gefolge hatte, hat nichts nach
China auszuführen — nicht einmal einen Bevölkerungs-
überschuß. Denn die chinesische Provinz Tsché Kiang, zu
der Sam Run gehört, hat eine mittlere Bevölkerungsdichte
von 125 Einwohnern pro Quadratkilometer, d. h. 15 mehr
noch als Italien selbst. Und in den Provinzen des Hinter-
landes beträgt diese Dichtigkeit gar 148—160 und selbst
200 Einwohner pro Quadratkilometer. Ueberdies ist die Be-
völkerung von Tsché Kiang eine der schwierigsten und unbeug-
samsten, wie die berühmte Empörung der Tsché-ping von 1818
bis 1863 gezeigt hat.

Schließlich besteht der einzige bemerkenswerte Export Italiens
in Eiern, Hühnern, Obst und Seide. Natürlich können aber
Schwaren keinen Absatzmarkt in China finden; — und was die
Seide anlangt, so bildet sie gerade einen Exportartikel Chinas
und wird dort meist billiger produziert als in Italien.

Wozu und also auf eine sogenannte Kolonialpolitik ein-
lassen, die nichts zu kolonisieren vorfindet, die nichts fördert
als die Schwundbelegen der Pfeffermotten, und nichts produziert,
als neue wohlbeholdete Stellen für die Militär- und Civil-
bureaucratie?

Aber das Kolonialfieber ist eine ansteckende Krankheit.
Weil man sieht, wie England, Deutschland, Frankreich und die
Vereinigten Staaten ihren Kolonialbesitz vergrößern, will man
unsere wirtschaftlichen und administrativen Kräfte nicht zu der
so nötigen Regeneration des Mutterlandes selbst anspannen,
sondern verfallt — wenigstens in der „unverantwortlichen“
Umgebung des Hofes — in blinde Kolonialschwärmerei.

Man vergißt, daß Italien im Gegensatz zu den anderen
Staaten in seinem Inneren weite Ebenflächen besitzt, die
noch urbar gemacht und bebaut werden können, um
seiner Bevölkerung, die sich heute zwischen trockenem Elend
und Polizeibeherrschung, der ungentrüblichen Folge dieses
Cleubs, dahinschleppend, eine hinreichende Existenz zu bieten.
Gerade in diesen Tagen hat die Fahrt unseres Königs
nach Sardinien, das, einst die Kornkammer Roms,
heute fast eine Wüste ist, den Gedanken so recht eindring-
lich gepredigt: wenn man all jene offiziellen Feste und
diesen heuchlerisch-sinnlosen und gar kostspieligen „Cultus-
mus“ unterlassen, und auch nur die Hälfte der 600 Millionen,
die uns das afrikanische Abenteuer mindestens gekostet
hat und kosten wird, für die unglückliche Insel aus-
gegeben hätte, wie viel Segen hätte sich da stiften lassen!
Dann könnte wenigstens dieser Teil unseres Landes einem
reichen Handelshaufe gleichen, das an die Gründung von
Zulianen denken könnte!

Ich will nur kurz auf die italienische Kolonisation in
Südamerika — namentlich in Argentinien und Brasilien —
hinweisen, die mehrere Millionen Nord-Italiener umfaßt.
Die Italiener des Südens ziehen Nordamerika vor und
fristen dort ein armseliges und unheiliges Dasein.

Unter allen Umständen sind wir Socialisten fest ent-
schlossen, mit Bezug auf China unseren Warnungsruf zu erneuern,
den wir einst Afrika gegenüber erhoben: „Keinen Mann und
keinen Groschen!“ Denn die Erfahrung hat uns die schmerz-
liche Lehre gegeben, daß man bei einer Kolonialpolitik, die
nicht durch überschäumende, ökonomische Kraft bedingt ist,
sondern nur auf reine Raubbauerei oder auf mehr oder weniger
ehelich gemeinte fremde Einfüßterungen, auf die Aus-
schweifungen des Militarismus und den Einfluß eines kleinen
Aristocrazes zurückzuführen ist, zwar weiß, wo man anfängt, aber
niemals weiß, wo und wie man aufhört.

Wie sich jetzt herausstellt und wie selbst die konservative Presse
durchblicken läßt, liegt das Geheimnis unseres diplomatischen und
militärischen Abenteuers zu einem ganz wesentlichen Teile darin,
daß unsere Regierung dem englisch-italienischen Handels-
syndikat (in dem natürlich das englische Kapital bei weitem
überwiegt) auf Kosten des Volkes seine Unterstützung zugesagt
hat. Dieses Syndikat hatte sich zu Beginn des Jahres 1898
in China festgesetzt, und man feierte dies damals als einen,
bei der lateinischen Rasse sonst so seltenen Vorstoß der Privat-
Initiative. Jetzt fängt man allmählich an einzusehen, daß diese
Privat-Initiative das italienische Budget im Interesse
der Syndikatskapitalisten plündern will, in-
dem sie (im Bunde mit England, das immer Italien liebte,
weil es ihm im Mittelmeer das Gleichgewicht gegen Frank-
reich herstellen half) das offizielle Italien in ein Abenteuer
zu stürzen sucht, welches das arbeitende Italien nicht begreift
und nicht will. Enrico Ferri.

Pfarrer Raumann.

Die Festigkeit, mit der Pfarrer Raumann in der
letzten Nummer seiner „Hilfe“ auf unsere Bemerkungen über
den Austritt Göhres aus der national-socialen „Partei“
antwortet, verrät deutlich die Verlegenheit, in die
ihn die Klarstellung des Vorgangs versetzt. Zuerst
hatte er versucht, das für die National-Socialen ver-
hängnisvolle Ereignis dadurch aus der Welt zu schaffen, daß
er mit der Miene harmloser Einsicht in der „Hilfe“ vom 16. April
einige die Thatsachen vollkommen auf den Kopf stellende Zeitungs-
nachrichten abdrucken ließ, wonach Göhre der politischen Tätig-
keit entsage. Nach 14 Tagen veröffentlichte er eine Mitteilung,
worin er die „ungenau“ Angabe seines eigenen Blattes im
— vielleicht erzwungenen? — „Eiwerträdnis“ mit Göhre
dahin richtig stellte, daß es sich nicht um einen Aus-
tritt von der Partei überhaupt, sondern ganz im Gegen-
teil bloß um den Austritt aus dem national-socialen
Verein handele. Diese Mitteilung erschien an einer möglichst
versteckten Stelle des Blattes, und statt den für Herrn Rau-
mann und die Seinen recht beträchtlichen Fall in ernster Weise
zu erörtern, glaubte er sich mit einigen dem „alten
Freunde“ und dem „treuen, immer ehrlichen Mitarbeiter“
nachgewiesenen Axtoditschreien (im Dialectal!) abgefunden
zu haben. Erst die Beleuchtung der Sache im „Vorwärts“
zwang Herrn Raumann zu einer politischen Auseinander-
setzung. Sie beginnt allerdings sehr unpolitisch mit
allerlei indirekt verdächtigenden Unterstellungen, ins-
besondere auch der, als hätte Göhre auf die Abfassung
unseres Artikels Einfluß geübt. Um das vorweg zu er-
ledigen, sei erklärt, daß Göhre ebensowohl und ebensow-
wenig ihn veranlaßt hat wie Raumann. Unsere Be-
merkungen stützen sich ausschließlich und allein auf politische
Vorgänge, deren Kenntnis offensichtlich ist. Bei der Be-
trachtung des Falls Göhre handelt es sich auch keineswegs
um ein Interesse an der Person, sondern um die Kritik
eines politischen Ereignisses an der Hand objektiv feststehender
Thatsachen.

„In dem, was der Aufsatz des „Vorwärts“ zwischen den
Beleidigungen enthält, ist mancherlei richtig“, schreibt Herr
Pfarrer Raumann. „Völlig falsch und verleumderisch“ ist aber
nach ihm unsere Behauptung, als sei der proletarisch-
socialistische Ausgangspunkt in dem späteren Verhalten
der National-Socialen abgeschwächt oder gar verlassen
worden. Und pathetisch ruft Herr Pfarrer Raumann aus:
„Es giebt keinen einzigen Fall, wo wir ein praktisches Arbeiter-
interesse nicht mit allen uns verfügbaren Mitteln vertreten
hätten.“ Dieser schwingvollen Versicherung gegenüber
lassen sich statt eines ganzen Reihe von Fällen
anzuführen, die sie Lügen strafend. Wenn irgendwo, so
war bei den Reichstagswahlen die Gelegenheit für die
National-Socialen gegeben, die „praktischen Arbeiterinteressen“
zu vertreten. Und was geschah? Obwohl die zersplitterte
politische Niederlage bei den Hauptwahlen drohisch genug
die Mahnung enthielt, wenigstens ihr moralisches
Ansehen zu retten, schenken die National-Socialen
bei den Stichwahlen nicht davor zurück, in Jena, dem Wahl-
kreise des Herrn Pfarrers Raumann, in Leipzig Stadt und
im Wahlkreise Dittmarischen die Parole: Gegen die Social-
demokratie! Für die Nationalliberalen! auszugeben. Und
das unter dem Zeichen des Pjadosowsky-Auriers.

Wenn das nicht schmählicher Verrat „praktischer Arbeiter-
interessen“ ist, dann hat es nie einen gegeben, und der Chor-
führer bei diesem Verrat, Herr Pfarrer Raumann, verdient
die Anerkennung unentwegten Zeitalters seiner ursprüng-
lichen proletarisch-socialistischen Ueberzeugung. Und wie ver-
heißt er sich gegenüber der Rede von Deynhansen?! Diese
Probe auf die Festigkeit proletarisch-socialistischer Gesinnung
bestand er ähnlich wie die des Wahlkampfes. Denn
seine Empfindung für die Lage des Proletariats
so groß wäre, hier hätte sie mit leidenschaft-
licher Macht hervordringen und seine ungewissenhaften
agitatorischen Fähigkeiten hätten ihre stärkste Energie entfalten
müssen. Statt dessen war das Ergebnis: eine matterzige,
lendenlahme Resolution auf dem „Vertretertag“ in Darmstadt
und Reden von Raumann, die zwischen faulem Widerstand,
staunender Bewunderung und „zäher alter Hoffnungsfröudigkeit“
hin und hertaumelten. Ganz vortrefflich paßt zu diesem
Verhalten seine Stellung in dem für die National-Socialen
so charakteristischen Streit zwischen Sohn und Göhre. Ve-
kammlich hatte Sohn mit herzerweichender Offenheit aus-
gesprochen: „Die Masse ist nicht das Volk; die Masse
ist etwas Dumpfes, Stumpfes, Unfähiges; die Masse
ist das Unvolk“. Für einen Führer einer mächte-
ren proletarisch-socialistischen Partei hätte eine solche
Stellung das Signal sein müssen, seine Anhänger zu harter
Entscheidung der Frage zu drängen, ob sie eine derartige
Aussage, die ihre innerste Ueberzeugung bekräftigt, dulden
oder aber endlich sich als das bekennen wollten, was sie sind: als
bürgerliche Politiker, die ihren schätzbaren Anteil mit einigen
socialistischen Fäden verbrämen möchten. Göhre ging
in der schroffsten Weise gegen Sohn vor und verrät
seine proletarisch-socialistischen Ueberzeugungen mit allem
Nachdruck. Was aber that Raumann? Er schügte in diesem
Streit und bewirkte, daß die Auseinandersetzung zwischen
Sohn und Göhre statt zu einer principiellen Klarstellung

des Standpunktes der Partei im Grunde ergebnislos ver-
heißt. Wenn Herr Pfarrer Naumann es wünscht, so be-
schließen wir ihm hiermit im Fall Sohn-Göhre einen
weiteren Verrat seiner proletarisch-socialistischen Ueberzeugung.
Und wie bisher, so wird es weitergehen. Herr Pfarrer
Naumann giebt die Versicherung: Unser Kurs bleibt unver-
ändert. Man darf ihm nach den zahlreichen Proben das glauben.
Desto sicherer aber wird die allgemeine Ueberzeugung werden,
daß die Kollaterale mit der Vertretung praktischer Arbeiter-
interessen" frommes Blendwerk ist. So sehr sich Herr
Pfarrer Naumann auch dagegen sträuben mag, der Austritt
Göhres läßt dies jetzt auch die kurzschichtigsten klar erkennen,
wobei es völlig gleichgültig bleibt, welchen Weg Pfarrer
Göhre künftighin einschlagen wird.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 4. Mai.

Ein moralisches Jena

war die dreitägige Debatte des Reichstags über die social-
reformerischen Antiformalvträge des Centrums und der National-
liberalen für die Scharfmacher. Herr von Stumm, der Vater
des Zuchthausgesetzes, vergaß zu seinem Unglück, daß der Ab-
solutismus sich auf Gründe nicht einlassen darf, weil er
dann der Kritik anheimgefallen ist, vor der er nicht besteht.
Er benutzte die Gelegenheit, die ganze rüchstündige Barbarei
seines „Systems“ zu enthüllen, es als socialpolitische Not-
wendigkeit hinzustellen und jede Abweichung von diesem System
als umstürzlerische Verirrung zu deminieren. Hätte er das
einfach verkündet, wie ein Ukas verkündet wird, dann hätte
es als Narretei hingehen mögen. Mein Herr v. Stumm wollte
beweisen, daß er recht habe, und er bewies bloß, daß er eine
despotische Natur ist und von den lebendigen Kräften der politischen
und geschichtlichen Entwicklung keinen Begriff hat. Der Jena-
tismus, mit dem er seine verfeinerten Ideen vertritt, hat ihn
in Konflikt mit all seinen früheren Freunden gebracht. Von
den Nationalliberalen, dem Centrum, und teilweise selbst von
den Konservativen im Stich gelassen, und schließlich von
einem Stöcker vor versammeltem Reichstag gestürzt —
wahrhaftig, es war keine beneidenswerte Rolle, die er
spielen mußte.

Dieses Stückchen Mittelalter, überstrichen mit modern-
kapitalistischem Firnis, ist an sich eine Merkwürdigkeit — die
übrigens bloß auf preussisch-deutschem Boden hervortreten konnte,
wo die Keuzzeit noch unter dem Moder sanftlicher Ver-
gangenheit halb vergraben ist. Der tollste Größenwahn, wie
die römischen Cäsaren ihn besaßen: der Imperator, der
König, Herr v. Stumm ist allweise und allmächtig,
und sein Volk, seine Arbeiter sind nichts, außer
durch ihn, dem sie erst die Möglichkeit des Lebens
verdanken und der für sie zu denken und zu handeln hat.
Jeder Versuch, den Unterthanen, dem von des Herrn Gnaden
lebenden Volk bestimmte Rechte und Freiheiten zu verleihen,
ist helle Revolution. Nur der Herr kennt des Arbeiters
währendes Wohl, und wer die absolute Macht des Herrn einschränkt,
sie antastet, bereitet die Revolution vor. Umsonst appellieren seine
gebildeten Klassengenossen Heyl, Köfcke usw. an die
Vernunft, an die Geschichte, an das Beispiel, insbesondere an
das Beispiel Englands — der Absolutismus stellt sich über
die Vernunft.

Aber er stand allein im Reichstag, vereinsamt. Außer
Herrn v. Kardorff hatte einzig noch der westfälische Gruben-
Herr Hilbe den Mut, für den Stummischen Unternehmer-
Absolutismus von Rammons Gnaden einzuspringen.

Waren die zwei ersten Tage der Debatte unglücklich für
den Vater und die Ratten des Zuchthausgesetzes verlaufen,
so besiegelte der dritte Tag ihre Niederlage. Mit schneidender
Logik führte Vebel die Stummischen Tiraden ad absurdum
und zeigte, daß die Entwicklung der Gesellschaft zum Socialismus
unaufhaltsam vor sich geht, und sich vollziehen wird, gleichviel ob
der Zuchthauskurs beibehalten wird oder nicht. Und Heyl
und Köfcke enthielten erbarmungslos das geistige Nichts
der Stummischen Ausführungen und die Gemeingefährlichkeit
seines Strebens. Auf das nachdrücklichste und unumwundenste
verurteilte Heyl insbesondere das geplante Zuchthausgesetz,
das nur Unheil anrichten könne. Stumm, obgleich von
allen Seiten angegriffen, schickte zunächst noch seinen
Freund, den letzten, der ihm im Reichstag geblieben,
Herrn v. Kardorff vor, der aber nicht glücklich war,
als vor ihm der unglückliche Gruben-Pacha Hilbe.

In trefflicher Rede schüttelte Kolkenbühr diese Preis-
fechter des Kapitalismus einen nach dem andern ab und ver-
setzte dem Vater des Zuchthausgesetzes so wichtige Siege, daß
dieser, der lange dumpf brütend dagelegen, nun
aufsprang und das Wort nahm. Wer eine zornige
Abwehr, einen kühnen Angriff erwartet hatte, war ent-
täuscht. Elegisch, kaum hörbar, nichts zurücknehmend, jedoch
fast sich entschuldigend, wiederholte er all seine Schlag-
wörter und wiederholte er namentlich in verschiedenen
Variationen den alten Satz, der schon so manche Herrschaft
gestützt hat: Konzeptionen durchbrechen den Damm und lassen
die Revolution hereinströmen. Allgemeine Unruhe herrschte im
Saale während der Stummischen Schlussrede:

Und dann kam der Anallekt: Stöcker sprang auf
zu einer donnernden Anklage gegen Stumm und Kardorff,
und gegen die Aera Bismarck. Bismarck, der nur mechanische,
nicht organische Machtmittel gekannt, habe die sociale Gefahr
heraufbeschworen. Der Er-Hofprediger ist ein vollendeter
Demagog — Niebemann v. Sonnenberg reicht ihm nicht das Wasser
— und er hat das Zeug zum Großinquisitor. Einen Scheiterhaufen-
Brief hat er ja schon geschrieben. Er geriet in weihglühenden
Waffengrimm, hämmerte auf sein Pult, daß es durch den
Saal dröhnte; — und vor ihm, den Kopf gebeugt, saßen die
zwei armen Sünder. Oh ein Vater, der das Bild festgehalten
hätte!

Der Hauptangeklagte und Berichtete meldete sich noch zu
einer persönlichen Bemerkung, die in dem Lärm verhallte,
und nach einigem Zephyr-Gefasel des milden Kaplans Hye
schloß die Sitzung.

Ein moralisches Jena bedeutet diese Debatte für
die Reaktionen, aber nur eine moralische Niederlage.
Es wäre ein verhängnisvoller Enthusiasmus, den Wert dieser
Zeichen scheinbarer Einsicht und Einsicht zu überschätzen.

Ein Blick ins benachbarte Abgeordnetenhaus genügt, um
früherische Hoffnungen und jene lockenden Uebertreibungen,
wie sie die Augenblicksstimmung erzeugen mag, ins
Nichts zurückzuwerfen. Dort würden die Stumm und
Kardorff mit denselben Neben Führer und Herrscher sein
und Nationalliberalen wie Centrum fänden kein entscheidendes
Wort darüber. Auch das Centrum nicht. Denn in demselben
Augenblick, da Herr Hye im Reichstag die Gleichberechtigung
der Arbeiter predigte, wurde im Landtag mit Hilfe des
Centrums ihre Leibeigenschaft verkündet.

Gewiß, die Stimmlinge sind im Reichstag ohnmächtig,
aber das sind sie im Grunde längst. Ihre Macht liegt
außerhalb des Hauses und die bricht kein moralisches
Jena.

Und nicht minder thöricht wäre es, den Augenblicks-Hader
der Staatserhaltenden für den Beginn einer neuen Epoche zu
halten. Die nationalliberalen Socialreformschwärmer finden
im Lande bei ihren Parteigenossen der Großindustrie keinen
oder nur einen schwachen Rückhalt.

Der Reichstagsstod tötet nicht, heute noch nicht. —

Friedens-Gutachten.

Die „Berl. Wst. Korresp.“ hat eine Umfrage bei bekannten
Gelehrten Deutschlands, Englands, Frankreichs und Unglands ver-
anstaltet, um ihre Meinung über die Aussichten der Haager
Friedenskonferenz einzuholen. Einige dieser Gutachten —
vorläufig nur von deutschen Gelehrten — werden bereits mitgeteilt.
Sie zeigen, wie die deutsche Gelehrtenwelt sich vorzüglich der real-
losen Verderbtheit der politischen Praxis angeklammert hat.

Professor Born, der Königsberger Staatsrechtslehrer, einer
der Delegierten des Deutschen Reiches für die Friedenskonferenz,
erhofft von der Konferenz eine „wertvolle Weiterbildung des Völker-
rechts, wenn auch keine „Abrüstung“. Kechnlich erwartet der
bekannte Kriegsgeschicht Prof. G. S. an ar Bestimmungen, durch welche
„die Grenzen des Krieges nach Möglichkeit vermindert werden“; über
die wesentliche Frage aber, die der Konferenz den verheißungs-
vollen Namen gab, sagt Edmarch:

1. Einen ewigen Frieden halte ich einstweilen für un-
möglich.

2. Daß eine allgemeine Abrüstung der Großmächte
zu erreichen sein werde, scheint mir mehr als unwar-
scheinlich.

3. Jedenfalls dürfte Deutschland damit nicht eher be-
ginnen, als bis alle seine Nachbarn, auch England und Amerika,
damit einen entschiedenen Anfang gemacht haben.

4. Bis dahin muß Deutschland bestrebt sein, in seinen
Rüstungen mit allen Großmächten gleichen Schritt zu halten und,
wenn möglich, sie noch zu übertreffen.“

Der Staatsrechtslehrer und der Chirurg sind sich einig, daß
Abrüstung eine Unmöglichkeit sei. Sie stellen diese Meinung auf,
ohne daß ihnen eine Begründung nötig erscheint. Sie prokla-
mieren die Ausichtslosigkeit der Kultur und die Ewigkeit der Ver-
barm, ohne daß ihnen die Trostlosigkeit ihrer Anschauung auch nur
bezwagt wird. Professor Edmarchs Bemerkungen unter 3 und 4 sollen
allerdings vielleicht eine Art von Motivierung bedeuten. Diese Moti-
vierung steht aber auf der Tiefe staats-nationalliberaler, ja alldeutscher
Denkweise. Deutschland kann nicht abrüsten, wenn nicht alle anderen
Staaten vorangehen, ja bis dahin muß es allen anderen voraus-
rücken. Die Edmarchs anderer Staaten sagen genau dasselbe,
betrachten mit borniertem Nationalismus ein Problem, das gerade
eine internationale Behandlung herausfordert.

Ein dritter Gutachter, der Greifswalder Staats- und Völker-
rechtslehrer Prof. Störk geht dem Problem etwas näher zu Leibe.
Er schreibt:

„Dem Abrüstungsprojekt liegt eine Uebersehung des
Organisationswertes der europäischen Staaten-
genossenschaft zu Grunde. Der Zusammenschluß ist noch
nicht so eng, die Interessen materieller und idealer Natur
dieser Staaten sind noch zu mannigfaltig, wider-
sprechend, um ihren Verband jetzt vor die größte Aufgabe
zu stellen, die ihm erst in fernen Zukunftstagen gestellt
werden mag.“

Zur Frage der Schiedsgerichte erklärt Professor Störk
deren Nützlichkeit als minderwertig gegenüber der „bauenden, im
Stillen geführten ausgleichenden Aktion der berufsmäßigen amtlichen
Diplomatie“. Weiter sagt er hierüber:

„Gleichwohl soll für diejenigen Fälle, wo es sich um streng
juristische Fragen handelt, der Wert der Schiedsgerichte nicht unter-
schätzt werden. Aber auf diesem eng begrenzten Felde verlagst das
Mittel sofort, wenn das zu lösende Problem in die
Tiefen der Volkseele greift und ein dort mit Recht
oder Unrecht gebühtes politisches Wertideal angetastet werden
soll. Internationale Schiedsgerichte gehen durchs Leben der Völker
wie die Hölle zum Meer, indem sie sich der Formation des
Werdens und seinem Gefälle anschließen, sie bohnen nicht, sie
folgen Bahnen. Der Glaube an die Allmacht der Schieds-
gerichte legt daher den Glauben an die prästabilierte
Harmonie aller Völkergeschichte voraus, der geraden
Wegs zum Vankrott aller politischen und nationalen Aktion
führen müßte.“

Prof. Störk bewegt sich in seltsamem Widerspruch. Wenn er
auch die Herstellung einer europäischen Staatengenossenschaft als
eine „erst in fernen Zukunftstagen“ zu stellende Aufgabe bezeichnet,
so rechnet er, wofür er diese ferne Zukunft nicht als eine un-
endlich ferne annimmt, doch immerhin mit der Möglichkeit
der Lösung der Aufgabe. Andererseits betont er aber die Not-
wendigkeit des Krieges, sobald das zu lösende Problem
„in die Tiefe der Volkseele“ greift. Und die Ueberzeugung der
Kriegsnotwendigkeit drückt alsbald die zogen Friedenshoffnungen
seiner Zukunft völlig nieder. Der Professor gewahrt, wie die
Nationalen kriegerisch gegen einander ringen, und sieht in diesem
Ringens die „politische und nationale Aktion“; wäre nicht des
Krieges wider Keigen, so ständen die Völker still, der „Vankrott
aller politischen und nationalen Aktion“ wäre gekommen, und wer
an diese Möglichkeit glaube, der hege einen Ahdlerglauben an „die
prästabilierte (von der Vorhebung im voraus festgesetzte) Harmonie
aller Völkergeschichte“. Der Ahdlerglaube ist jedoch in Wirklichkeit
nicht bei den Abrüstungsplänen, sondern bei den Ungläubigen.
Professor Störk glaubt an eine prästabilierte Disharmonie der Völker-
geschichte, er hält — abgesehen von den nebelhaften fernen
Zukunftstagen — Kriegswort und Verwüstung für ein
unabänderliches Geschick der Menschheit und nur in der
Form der Gewalt sieht er den Weltfortschritt der Völker.
Daß eine „prästabilierte Harmonie aller Völkergeschichte“ nicht besteht,
zeigt allerdings die in blutigen Letztern geschriebene Geschichte der
Menschheit. Die Geschichte zeigt aber auch, daß die Erkenntnis der
Förderung aller einzelnen durch gemeinschaftliche Organisation an-
statt der gewalttätigen Niederwerfung des einen durch den anderen,
einer Nation durch die andere Nation gewachsen ist. Das Faktum
dieser Erkenntnis und der aus ihr entspringenden Verhängung leugnen,
heißt aber, die Kultur und ihr Wachstum leugnen. Es
zeigt sich, welche Verwüstungen die „Realpolitik“ in unserem Gelehrten-
um angerichtet hat, daß es politische und nationale Verhängung nur
noch in den Gränzen des Krieges zu erkennen vermag. Nicht das
Streben nach Erreichung höherer, kultureller Formen des Völker-
Wettstreits wird von dieser neudeutschen Gelehrtenwelt als Ideal
angesehen, sondern ihre Aufgabe erfüllt sich in der Verhöhnung der
Kulturthätigen, weil die Wirklichkeit des augenblicklichen Lebens der
Kultur abhold ist.

Die Probegutachten zeigen den Tiefstand der deutschen Pro-
fessorenwelt, die auch den letzten Rest vom Erbe der großen
Denker verliedert hat. Allerdings müssen wir den Herren Pro-
fessoren einen Widerungsgrund zubilligen. Die politische Welt, die
sie kennen und deren Friedensverhandlungen sie mittrauen, hört
gerade da auf, wo die ernsthaften und zukunftsicheren Friedens-
bestrebungen anfangen.

Der Sturz des italienischen Ministeriums

ist nur ein Zwischenfall in der permanenten Staats-
krise, die das Königreich Italien seit dem Augenblicke durch-
macht, wo der gewaltthätige Abenteuerer Crispi es in die
Bahnen der Bismarckschen Gewalt- und Abenteuerpolitik
hineintrieb, und aus der es schwerlich heil herauskommen
wird. Und eigentümlich, nicht über die Reaktionspolitik
ist das Ministerium Pelloux gestraucht, sondern über die

Kolonialpolitik. Was die Reaktionspolitik angeht, so
ist dieselbe in dem Wesen des herrschenden Systems so fest
begründet, daß sie, so lange dieses besteht, auch dauern wird.
Die Kolonialpolitik, über welche der Leser in dem heutigen
Leitartikel aus der Feder Ferris näheren Aufschluß findet,
ist aber mit dieser inneren Reaktionspolitik aufs
engste verbunden, und die jetzige Kabinettskrise erhält einen
ganz besonders bössartigen Charakter dadurch, daß die Person
des Monarchen in die Vorkommnisse verwickelt ist, die zu der
Kabinettskrise geführt haben. Herr Crispi, der wieder die
Fäden der Politik in Händen hat, besitzt neben vielen anderen
Rehlichkeiten mit Bismarck auch die, daß er mit größter
Rücksichtslosigkeit die Person des Monarchen vorschleibt und
kompromittiert.

Die Kabinettskrise wird voraussichtlich damit endigen, daß
der Minister des Auswärtigen, Canevaro, der den chinesischen
Streik in Scene gesetzt hat, geopfert wird, nebst noch dem
einen oder anderen Kollegen, und daß Pelloux dann das
Ministerium mit ein paar neuen Männern wieder ausfüllt.

Auf diese Weise kann die Regierung hoffen, für die
Chinapolitik eine Mehrheit zu gewinnen. Denn auf eine Auf-
lösung der Kammer werden es die Mandatsinhaber nicht an-
kommen lassen. —

Deutsches Reich.

Flottenagitation. Die badisch offiziöse „Süddeutsche
Reichskorrespondenz“ verlangt vom Reichstag die Schaffung
einer starken Schlachtflotte, die jeder anderen Flotte ge-
wachsen ist. — Diese „Anregung“ ist wohl zu beachten. Die poli-
tische Windströmung zeigt seit Jahren die Richtung Karlsruhe-Berlin,
und der Großherzog von Baden hat sich längst als Mentor der
deutschen Regierungspolitik eingeführt. Die Offiziere in Baden
verfühen heute, was morgen die Berliner Kollegen nachsprechen und
übermorgen gesetzgeberischer Ernst wird.

Als vor der Annahme der letzten Militärvorlage bereits Gerüchte
von neuen Flottenplänen auftauchten, wurde das heftig bestritten.
Jetzt erscheint die erträumte Weltschlachtsflotte drohend am Horizont.

**Mit Vorschlägen zu dem Ersatz eines Reichs-Wohnungs-
gesetzes** soll sich nach der „Post“ demnächst Bundesrat und Reichstag
zu befassen haben. Die Verhandlungen zwischen dem Reich und
Preußen über die Wohnungsfrage und die Befestigung des
Schlaffenlebens sind zum Abschluß gebracht. Danach
soll gegen das Schlaffenlebens nicht bloß auf gesetzlichem Wege,
sondern namentlich auf polizeilichem Wege — durch Verordnungen
vorgegangen werden. —

Nur keine Verbildung! Aus Ströburg i. E. wird gemeldet:
In einer solchen veröffentlichten Verfügung hat das Ministerium
angeordnet, daß auf Antrag der Gemeinderäte in den ländlichen
Schulen der Nachmittagsunterricht in Wegfall
kommen könne.

Die dümmsten Arbeiter sind die besten. Diese ostelbische An-
schanung kolonisiert nun auch das Reichsland. —

Medienburgisches. Die Erbweilheit der Junier hat es be-
samtlich nicht zu verhindern vermocht, daß in Medienburg bei der
letzten Reichstagswahl 46940 Stimmen für die Socialdemokratie
abgegeben und im Wahlkreis Hosten-Dobeca der Socialdemokrat
Dr. Herzfeld als Abgeordneter erwählt wurde. Das mag den
medienburgischen Staatsrägen etwas anders als an-
genehm sein, ist aber nicht zu ändern. Der Erwählte fähle nun
das natürliche Bedürfnis, den Wählern Bericht über seine Thätigkeit
zu erstatten. Da aber Versammlungen zu politischen Zwecken ab-
hängig sind von der Genehmigung des Ministeriums, so mußte dieses
erst darum angegangen werden. Gedacht — gekam. Die Antwort
des medienburgischen Ministeriums des Innern lautet, daß die an-
geordnete Versammlung verboten wird wegen der „grundtätlich feind-
lichen Stellung gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschafts-
ordnung, welche die socialdemokratische Partei im Gegensatz zu den
übrigen politischen Parteien kennzeichnet“. Selbstverständlich wird
diese Art Socialistenverurteilung dem Vorwärtsbringen der Social-
demokratie keinen Abbruch thun. —

Polizeiliche Uebergriffe. Aus Braunschweig wird folgender
Fall, der sich vor dem dortigen Schöffengericht abspielte, gemeldet:
Die 16jährige Dienstmagd Dora Munnede war, der „P. Hg.“ zu-
folge, der Verletzung des Briefgeheimnisses an-
geklagt. Sie war seitens des Kaufmanns L. verdächtigt worden,
einen ihr zur Beforgung nach dem Briefkasten übergebenen Brief
unterschlagen zu haben, und wurde von ihm vor die Wahl
gestellt, entweder ihr Vergehen eingestehen, oder sich strafrechtlicher
Verfolgung auszuweichen. Da die Munnede sich zu einem Geständnis
nicht verstehen wollte, so ist Anzeige bei der Polizei erstattet worden
und zwar behauptet der Briefeigentümer, er habe dabei gesagt, es
solle ihm nur darauf an, ein Geständnis zu erreichen und dem
Mädchen eine Warnung zu teil werden zu lassen. Die Munnede
ist dann auf die Polizeidirektion geladen worden, wo sie
schließlich zugestanden hat, daß sie den Brief geöffnet habe.
Die Angeklagte behauptete, daß dies Geständnis ihr
abgepreßt worden sei. Sie sei zunächst zehn Minuten
lang in eine im Kellergefösch befindliche Zelle
eingesperrt worden und dann sei ihr gesagt, wenn sie ein
Geständnis ablege, so solle die Sache damit
abgethan sein. Lediglich hierdurch sei sie veranlaßt worden,
etwas zuzugestehen, was sie gar nicht begangen habe; in Wirklichkeit
habe sie den Brief verloren. Die Angeklagte behauptete weiter, daß
sie nach ihrer Vernehmung noch einmal 1/4 Stunde
lang in der Kellerröhle eingesperrt worden sei.
Dem nächsten Zeugen, Polizeiergenten Harke, hielt der Vorsitzende
die Anklage der Angeklagten vor und befragte ihn, welche Gründe
vorgelegen hätten, dem 16jährigen Mädchen die Freiheit zu nehmen?
Zeuge behauptet, er habe auf Befehl seines Vorgesetzten
gehandelt. Daß die Angeklagte nach ihrer Vernehmung noch
einmal eingesperrt worden sei, glaube er nicht, wenigstens könne er
sich daraus nicht besinnen. Der Vorsitzende befragt die Angeklagte
noch einmal und bemerkt, nachdem das Mädchen die Richtigkeit ihrer
Behauptung versichert hat, daß er dieses Vorgehen der
Polizeibeamten, wie es ähnlich schon öfter
zur Sprache gebracht worden sei, an maßgebender
Stelle zur Kenntnis bringen und daß dann jedenfalls
ein weiteres Verfahren nachfolgen werde. Das Urteil gegen die
Angeklagte lautete auf Freisprechung.

Demnach scheint die Braunschweiger Polizei noch an der
mittelalterlichen Inquisition festzuhalten und sie gegen ihre Ge-
fängnisse zur Anwendung zu bringen. Hoffentlich bemüht sich der
Vorsitzende des Gerichts, seiner Aeußerung gemäß, darum, daß den
Polizisten etwas moderne Anschauungen beigebracht werden. —

Die „Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“
muß im Großherzogtum Sachsen-Weimar öfters als
Grund zu den verschiedenartigsten Verboten herhalten. So wurde
in Reustadt eine Metallarbeiter-Versammlung ver-
boten, weil der angegebene Referent als „gewerksmäßiger
Agitator“ belam und durch seine Ausführungen die öffent-
liche Ruhe und Ordnung gefährdet sei. — In Eisenach
waren zum 1. Mai Aufzüge und Versammlungen, sowie
Ansprachen aus gleichem Grunde verboten. — In Weimar
wurde der Maifestzug verboten, weil überhaupt eine politische
Partei dazu keine Erlaubnis bekomme, und die Gefahr bestehe, daß
die übrigen Einwohner, wenn man der Socialdemokratie die Erlau-
bnis gebe, eine Gegenemonstration veranstalteten, die die öffent-
liche Ruhe und Ordnung gefährden könnte. Desto ungenierter können
die Vorkommnisse in Jena in der Nacht vom letzten April
zum 1. Mai alljährlich ihren Mai-Luzug halten, die
akademische Jugend mußte auch diesmal diese Freiheit aus, indem
sie allerlei Mötoria und Unfug trieb. Hier zeigt man aber keine
Besorgnis um die öffentliche Ruhe und Ordnung.

Militärische Wünsche. Der Oberst von Bernhardt hat eine Schrift erscheinen lassen über „unser Stabkollaborat im nächsten Kriege“, die einen umfangreichen Wunschzettel enthält. Der Herr Oberst ist Abteilungschef im großen Generalstab.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Der Fall Kämmerer. Wegen Majestätsbeleidigung (Beleidigung des Prinzregenten von Braunschweig) im Wiederholungsfall ist, wie schon gemeldet, der ehemalige Hof-Staatssekretär Kämmerer zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Wie unser Braunschweiger Parteiblatt erzählt, hat der letzte Verurteilung zu Grunde gelegen, daß Kämmerer ein Exemplar des „Vorwärts“, in welchem eine Rede Debels zur lex Heinke abgedruckt war, mit Randzettel versehen an die Adresse des Prinzregenten abgefordert hat.

Ausland.

Skandinavische Friedenspolitik.

Infolge des im schwedischen Reichstage gestellten Antrages, daß Unterhandlungen eingeleitet werden sollen zum Zwecke einer von den drei skandinavischen Ländern Schweden, Norwegen und Dänemark an die fremden Mächte zu richtenden prinzipiellen Neutralitätserklärung, beschloß der Reichstag, daß dieser Antrag keine weiteren Schritte zur Folge haben solle. Der Reichstag gab jedoch dem aufrichtigen Wunsche Ausdruck, daß Schweden und Norwegen immer in Frieden leben möchten, ohne sich in die Angelegenheiten und Streitigkeiten anderer Staaten einzumischen. Auch erwartet der Reichstag, daß die Regierung keine günstige Gelegenheit verpassen werde, um das Ausmaß davon zu überzeugen, daß Schweden und Norwegen ernstlich bestrebt sind, im Falle eines Konfliktes anderer Mächte die strengste Neutralität zu wahren.

Frankreich.

Pressensés Beitritt zur sozialistischen Partei.

Paris, 2. Mai. (Fig. Ver.) In der vom sozialistischen Versammlungsausschuß einberufenen Raterversammlung, die in jeder Beziehung glänzend ausfiel, hat Francis de Pressensé seinen Beitritt zur sozialistischen Partei erklärt. Er hatte die gleiche Erklärung vor kurzem bereits in der Provinz gemacht auf seinen unermüdeten Agitationsreisen in Sachen der Dreyfus-Revision. Er wiederholte sie in Paris in einer sozialistischen Versammlung, um seine neue Parteistellung Freund und Feind desis offenkundiger zu machen.

Die sozialistische Parteiung des auswärtigen Redakteurs des „Temps“ ist die Folge einer langen inneren Entwicklung, die in der Dreyfus-Affäre zum raschen Abschluß kam. Kurz und zutreffend zusammengefaßt, ist es der Verfall der bürgerlichen Demokratie, der Pressensé in das sozialistische Lager getrieben hat. Seine umfassenden Kenntnisse, sowie sein besonderer publizistischer Verstand haben ihm — selbstverständlich in Verbindung mit einer christlichen Gesinnung und einem unigen Charakter — seit langem zu feineren Auffassungen der bürgerlichen Welt geführt, die mitunter selbst in seinen „Temps“-Zeitarbeitern über ausländische Verhältnisse deutlich zum Ausdruck kamen. Wie er in der gestrigen Versammlung sagte, war er schon vor der Dreyfus-Affäre zu „sozialistischen Auffassungen“ gelangt, das Wort „sozialistisch“ im landläufigen französischen Sinne von „sozialreformatorisch“ genommen. Die Dreyfus-Affäre aber, die den vollständigen Bankrott sämtlicher bürgerlicher Parteien enthält, hat ihn zum „revolutionären Sozialismus“ geführt. Er hat den Kampf gegen den Generalstab als einfacher Demokrat auf Grundlage der Prinzipien der französischen Revolution angesehen. Er geht aus ihm als revolutionärer Sozialist hervor, nachdem er eingesehen hat, daß „der Soldat und der Priester nur die Genossen der kapitalistischen Gesellschaft sind“, daß die Bourgeoisie die Prätorianer des Generalstabes hätte unter Preisgabe aller Grundzüge als die Werkzeuge ihrer Herrschaft über das Proletariat. Die Dreyfus-Affäre hat ihm gezeigt, daß auch von der „sozialistischen liberalen Bourgeoisie“ nichts mehr zu erwarten ist... Die Grundzüge der französischen Revolution können aufrecht erhalten und allseitig konsequent weiter entwickelt werden nur durch die soziale Revolution.

Der neue Wisausleger wurde mit enthusiastischem Jubel in die sozialistische Gemeinschaft aufgenommen. Mit Pressensés gewinn unsere Partei eine neue, in jeder Beziehung hervorragende Kraft.

Bei Pressensés ist infolge persönlicher Charaktereigenschaften der Druck mit den bürgerlichen Parteien zur letzten logischen Konsequenz, zum Uebertritt ins sozialistische Lager, gediehen. Bei manchen anderen Ideologen ist unter dem Einfluß der Dreyfus-Affäre bezw. des Verfalls der bürgerlichen Parteien jener Druck innerlich vollzogen worden. Eine Erscheinung, die durchaus auf die gleiche Linie zu stellen ist mit der sozialistischen oder halbsozialistischen Belehrung hervorragender bürgerlicher Politiker und Ideologen unter dem Einfluß der Panama-Affäre. Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen. Das militärische Panama hat die Fäden der bürgerlichen Welt und den sittlich-politischen Bankrott der bürgerlichen Parteien noch deutlicher an den Tag gelegt, wie das finanziell-politische Panama. Damals wie jetzt verlassen die gesunden Elemente das ozeanische Lager.

Man darf daher nach Pressensés Beitritt zum Sozialismus mit Sicherheit antworten: „Vivat sequens!“ Dem Beispiel werden andere folgen.

Paris, 4. Mai. Dem „Siècle“ zufolge erklärte Hauptmann Guignet in seiner letzten Belandung vor dem Kassationshofe, daß man im Kriegsministerium den schriftlichen Beweis für die strafwürdigen Eigenschaften du Path de Clam besitze. Auf die Aufforderung Mazeaus, die Beweise vorzulegen, antwortete Guignet, seine Vorgesetzten hätten es ihm unterlagt, die betreffenden Dokumente dem Kassationshofe zu übermitteln. Das Kriegsministerium bedürfe derselben, weil sofort nach der Entscheidung des Kassationshofes über die Revisionangelegenheit die kriegsgerichtliche Untersuchung gegen du Path de Clam eingeleitet werden solle. — Dasselbe Blatt meldet, der Kriegsminister habe den General Mercier erucht, die schriftlichen Erklärungen du Path de Clams herauszugeben. Mercier habe geantwortet, er habe diese Dokumente bereits vor längerer Zeit vernichtet.

Rumänien.

Bukarest, 4. Mai. Die neuen Kamern sind auf den 24. Juni zu einer außerordentlichen Session einberufen.

Asien.

Die Russen in Korea. Wie der „Russischen Telegraphen-Agentur“ aus Chaborowol gemeldet wird, ist dort aus Seoul die Nachricht eingetroffen, daß die koreanische Regierung dem Gesandten des Bevollmächtigten der ostasiatischen Fischereigesellschaft, des Grafen Roslering, entwidrad hinsichtlich der Verpachtung dreier Landparzellen an der koreanischen Küste zur Errichtung von Stationen für den Ballonschiffahrt und zwar auf die Dauer von zwölf Jahren.

Parlamentarisches.

Anwartschaftspension und Unfallrente.

In der Mittwoch-Sitzung der Petitions-Kommission des Reichstags gelangte die Petition eines Verginalvalden Weising, betr. Gewährung der Anwartschaftspension neben der Unfallrente, zur Verhandlung. Ein Erkenntnis des Reichsgerichts vom 22. Januar 1898 hat seit seinem Bekanntwerden, wie der Referent in der Petitions-Kommission, Abg. Euler (C.), hervorhob, die Vergalente im Ruhr- und Saar-Kohlenrevier in die größte Aufregung versetzt. Bekanntlich zahlen die Vergalente und deren Arbeitgeber Beiträge an die Anwartschafts-Invalidentassen, und bezogen die im Vergalbau verunglückten Arbeiter bisher neben der Unfallrente aus den genannten Kassen noch eine Invalidentpension. Die Beiträge der Arbeiter zu diesen Kassen sind solange erhöht, die der Arbeitgeber

aber stetig herabgesetzt worden. Gegenwärtig zahlen die Arbeiter circa 90 Proz. mehr an Beiträgen als ursprünglich der Fall war, während die Beiträge der Unternehmer auf 20 Proz. ihrer ursprünglichen Höhe erniedrigt worden. Die Unternehmer hatten also auch hier die größte Last der Unterstutzung Vermunlader auf die verscherten Arbeiter abgewälzt. Früher bezog nun ein Vergarbeiter, falls er einen monatlichen Verdienst von 100 M. hatte, bei infolge von Betriebsunfall herbeigeführter vollständiger Erwerbsunfähigkeit auf Grund des Unfall-Versicherungsgesetzes eine Rente von 66 2/3 Mark monatlich, wozu noch die von der Knappschaftskasse gezahlte Invalidentpension von 22,50 M. pro Monat kam. Sein Einkommen als völlig erwerbsunfähiger Verginalvalde stellte sich also auf rund 89 M. Durch das angeführte Reichsgerichts-Erkenntnis wurde nun entschieden, daß es nach § 8 des Unfallversicherungs-Gesetzes unstatthaft sei, neben der Unfallrente auch noch die Anwartschafts-Invalidentpension zu beziehen, letztere müsse vielmehr auf die Unfallrente verrechnet werden. Dieses Reichsgerichts-Erkenntnis steht in Widerspruch mit früher ergangenen Entscheidungen desselben Gerichts. Die Petition fordert nun, wie früher, so auch künftig den Invalidenten neben der Unfallrente auch den Bezug der Knappschafts-Invalidentpension zu gestatten. Nachdem sich der Referent im Sinne der Petition geäußert, erklärte der Regierungskommissar Geh. Regierungsrat Werner, daß die Entscheidung des Reichsgerichts ganz dem Sinne des § 8 des Unfallversicherungs-Gesetzes entspreche, fribol sei es, eine doppelte Rente zu beanspruchen, die eventuell den früheren Arbeitsverdienst des Verunglückten übersteigen könne. — Abg. Duhaner (Soc.) weist den Vorwurf der Fribolität zurück; fribol sei es, von den Arbeitern im Vergalbau Beiträge zur Invalident-Pensionskasse zu erheben, wenn man ihnen diese Pension dann nach Betriebsunfällen nicht zahlen wolle. Es sei dringend nötig, in dieser Hinsicht eine Aenderung des Unfallversicherungs-Gesetzes herbeizuführen; warum sollen die Vergarbeiter diese Beiträge zur Pensionskasse zahlen, wenn sie bei Betriebsunfällen nicht besser gestellt sein sollen, als andere Arbeiter, die solche Beiträge nicht aufzubringen haben. Genosse Zugauer beantragte schließlich, die Petition dem Reichskanzler zur Verlässichtigung zu überweisen. Nach eingehender Diskussion, in der sich noch die Abg. Euler (Centr.), Thiel und Schwarz (Soc.) für diesen Antrag aussprachen, während Abg. Kramer (natl.) die Petition dem Reichskanzler nur als Material überweisen will, wird der Antrag Duhaner mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

In der Postkommission des Reichstags stand heute die Fernsprechgebühren-Ordnung zur Beratung. § 1 bestimmt, daß für jeden Anruf an ein Fernsprachbüro eine Grundgebühr und eine Gesprächsgebühr erhoben wird. Abg. Stinger würde einen einheitlichen Tarif vorsehen. Eine Grundgebühr neben der Gesprächsgebühr zu erheben, sollte nur im Notfall zulässig sein. Ueber 150 M. sollte der Gesamtbetrag der Telephongebühr nur bei solchen Personen gehen, welche das Telephon übermäßig ausnutzen. Die Gesprächsgebühr für Einzelgespräche sollte auf 3 Pfennig herabgesetzt werden. Das beste wäre es vielleicht, die Regelung der Gebührenordnung so lange aufzuschieben, bis ein zuverlässiger Zähler gefunden sei. Staatssekretär v. Boblert: Man möge doch auch die Notwendigkeit der Verzinsung des investierten Kapitals in Rechnung ziehen. Heute werde das Land zu Gunsten der großen Städte ungerecht belastet. Der Tarif für die kleinen Städte sei zu hoch. Von den bisher geprüften über 100 Fernsprachbüroern habe sich keiner als vollständig unzulässig bewährt. Man dürfe aber auch nicht vergessen, daß jeder Zählerapparat zur Verzinsung des Telephons beitrage. Der Beschlag Einzels, nur 3 Pf. als Einzelgesprächsgebühr festzusetzen, sei unannehmbar, da dann die Selbstkosten nicht gedeckt würden, zumal die Kosten für das Gespräch beim Doppelsprechsystem noch freigen würden. Die Schwere bereine die Selbstkosten des Gesprächs mit 4 Pf. Die öffentlichen Fernsprachstellen werde er demüht sein zu vermehren, auch sei er bestrebt, dafür zu sorgen, daß die Vororte, welche heute höhere Tarife zahlen, in den Tagen der Großstadt einbezogen werden. Die Tarife des Auslandes seien erheblich höher als bei uns. Die Scheidung zwischen Grundgebühr und Vermittlungsgebühr sei absolut notwendig. Abg. Dasbach (C.) beantragt, in Reken bis 100 Teilnehmer 100 M.; bis 200: 120; von 200-500: 140 M.; von 500-1000: 150 M.; von 1000-5000: 180 M.; von 5000-20000: 170 M.; in Reken von mehr als 20000 Teilnehmern 180 M. von jedem Teilnehmer zu erheben. Abg. Dr. Haffe (natl.) beantragt, bis 50 Teilnehmer 80 M. zu setzen, im übrigen befürwortet er den Antrag Dasbach. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht. Die Beratung soll Freitag fortgesetzt werden, vorher jedoch das Postgesetz in zweiter Lesung erledigt werden.

Gewerbe-Kommission. Die Verhandlungen der Gewerbe-Kommission am Donnerstag wurden durch die Beratung des § 137a abgeschlossen. Durch denselben wird eine Einschränkung der Heimarbeit für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter erstrebt. Verbesserungsanträge von sozialdemokratischer Seite, die systematisch auf eine Verringerung der Heimarbeit abzielen, wurden gegen 6 Stimmen abgelehnt. Desgleichen mit derselben Stimmenzahl der von unserer Seite gestellte Antrag 137b, der verlangt, daß die Heimarbeiter in unmittelbarem Verhältnis zu den Unternehmern stehen müssen. Ebenso wurde unser Antrag abgelehnt, welcher die Streichung des zweiten Satzes des Absatz 4 des § 154 der Gewerbe-Ordnung verlangt. Schließlich wurde der § 137a der Novelle mit dem Amendement Wasserhagen, daß es im Eingang statt der Worte „für die Kleider- und Wäscheherstellung, sowie für andere Gewerbe“, heißen soll, „für bestimmte Gewerbe“ angenommen. Im Anschluß an den so gestalteten Paragraphen fand folgende Resolution einstimmige Annahme: Die verbündeten Regierungen zu eruchen, die Ausdehnung der Arbeiterausbestimmungen §§ 135-136b der Gewerbe-Ordnung auf die Hausindustrie durch Erlass entsprechender Verordnungen (§ 134 Absatz 4) oder durch Vorlegung eines entsprechenden Gesetzes mehr als bisher zur Durchführung zu bringen.“ Vorstehende Resolution, von den Mitgliedern des Centrums ausgehend, will Erlass für die von sozialdemokratischer Seite bisher erfolglos unternommenen Versuche, die Regierungsvorlage zu erweitern, schaffen.

Ein Zwischenfall in heutiger Sitzung zwang uns, das Verhalten eines der Teilnehmer zu erwähen. Abg. Fischel äußerte, die Arbeiter und Arbeiterinnen in Wermelskirchen hätten seiner Zeit gegen die Beschränkung der Arbeitszeit der Heimarbeit protestiert. Genosse Wollenbut polemisierte gegen eine derartige „idyllische“ Auffassung über die Segnungen der Heimarbeit, mit dem Hinzufügen, daß diese Auffassung nur die alte Anschauung der Freisinnigen in der Frage der Heimarbeit wiederpiegeln. Herr Fischel unterstellte nunmehr in einer persönlichen Bemerkung dem Genossen Wollenbut, die Keimung sei nur deshalb gethan, damit der „Vorwärts“ morgen berichten könne, die Zustände in der Hausindustrie fänden die Freisinnigen idyllisch. Auf den Zusatz, das werde nicht geschehen, antwortete Herr Fischel, dann würde man durch die Amalgamierung davon abgehalten. Worauf unsererseits repliziert wurde, nunmehr müsse im „Vorwärts“ von dem Vorgang Notiz genommen werden.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr.
Kommission für das Fleischbeschau-Gesetz. In der Donnerstag-Sitzung wurde der § 8 der Regierungsvorlage, welcher die obligatorische Trichinenschau, mit Ausnahme der Schlachtungen für den Hausbedarf, für das Reichsgebiet verlangt, abgelehnt und ein Antrag des Abgeordneten Marbe gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen, welcher die Trichinenschau den landesrechtlichen Vorschriften unterstellt.

Der Bergarbeiterstreik in Belgien soll dem offiziellen Telegraph zufolge etwas im Abnehmen begriffen sein. Inwieweit diese Nachricht korrekt ist, bleibt abzuwarten. Ein anderes (Gerold-) Telegramm aus Brüssel vom 4. Mai besagt: „Infolge der Haltung der sozialistischen Abgeordneten, welche alle Anstrengungen machen, die Arbeiter zu bestimmen, den Ausstand an

politischen Gründen fortzusetzen, ist unter den Fabrikanten große Besorgnis entstanden. Man befürchtet, daß der Ausstand länger dauern wird, als man erst angenommen. Auch an der Wrie macht sich die Lage bereits bemerkbar, indem sämtliche belgischen Eisen- und Kohlenwerte im Kurse zurückgegangen sind.“

Für die Streikenden von größter Wichtigkeit ist neben der Unterstutzungfrage die, ob es den Unternehmern gelingen wird, vom Auslande Kohlen zu erhalten. Die Presse der rheinisch-westfälischen Kohlenbarone wies dieser Tage den Gedanken, als ob Kohlen aus dem Ruhrgebiet nach Belgien ausgeführt würden, zurück. Es scheint aber doch, daß die deutschen Kohlenbarone ihren bedrängten Kollegen in Belgien zu Hilfe kommen und ihre Kohlen in erster Linie nach dort versenden. Wie uns aus Obereschlesien gemeldet wird, steigt die Kohlenverladung aus Obereschlesien nach Mitteldeutschland sehr bedeutend. Anscheinend hängt dies, wie unser Korrespondent schreibt, damit zusammen, daß die rheinisch-westfälischen Kohlenwerte wegen ihrer Lieferungen nach Belgien ihre mitteldeutschen Abnehmer nicht befriedigen können und auf den Bezug aus Obereschlesien hingewiesen haben.

Auf mehreren obereschlesischen Kohlengruben stehen Forderungen der Arbeiter nach Löhnerhöhung bevor. Gleichzeitig lesen wir in der Viesefelder „Volkswacht“: Es geht uns die verbürgte Nachricht zu, daß aus dem Wiltener Revier nach Belgien Kohlen geliefert wurden. Jede Blankenburg hat allein 30 Waggons verladen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

15. Sitzung vom Donnerstag, den 4. Mai 1898, nachmittags 5 Uhr.

Vor dem Beginn der Sitzung haben die Abteilungen zwei Ausschüsse gewählt. In demjenigen für die Vorberatung der Vorlage wegen Ausbaggerung des Remidendorfer Sees ist die socialdemokratische Fraktion durch die Stadtverordneten Kleinert und Bernau vertreten; dem Ausschusse für die Vorlagen wegen Verbreiterung der Wall- bzw. Königstraße gehören u. a. Stadtv. Vorkmann und Herzfeldt an.

Ihre Sommerferien wird die Versammlung auch in diesem Jahre in die Monate Juli und August verlegen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet der Vorsitzende Dr. Langerhans dem verstorbenen ersten Reichstagepräsidenten Eduard Simon einen ehrenden Nachruf. Der Vorschlag, an der Begräbnisfeier am Sonnabend durch eine Deputation, gebildet aus den beiden Vorsitzenden und vier Mitgliedern, teilzunehmen, wird angenommen.

Stadtv. Kahlert Cremer berichtet namens des niedergelegten besonderen Ausschusses über die Vorlagen betr. die Vorentwürfe zu Reubauten von Gemeindefchulen in der Vorkmann-, Watt- und Straßmannstraße sowie vor dem Straßlauer Thor auf dem Terrain der ehemaligen Wasserwerke, und betr. die Vorentwürfe zum Neubau der 13. Realschule am Schleswiger Ufer und zum Neubau einer Schule für gewerbliche Zwecke an der Straßmannstraße.

Sämtliche Vorlagen sind vom Ausschusse angenommen worden. In den Gemeindefchulen in der Wallstraße und vor dem Straßlauer Thor sollen nach dem Wunsche des Ausschusses Vorkarbeiten eingeleitet werden.

Die Versammlung beschließt ohne Debatte durchweg nach den Ausschussanträgen.

Der Vorstand der jüdischen Gemeinde beabsichtigt ein drittes Altersversorgungshospital zu errichten und hat um die unentgeltliche Vergabe eines Bauplatzes und zwar eines neben dem Arcol der Reuter-Stiftung in der Exercierstraße belegenen Terrains von 6419 Quadratmeter Größe gebeten. Der Magistrat will unter der Bedingung darauf eingehen, daß der Bau innerhalb Jahresfrist begonnen ist und das Grundstück in den städtischen Besitz zurückfällt, wenn die jegliche Zweckbestimmung desselben forsfällig oder verändert wird.

Die Versammlung giebt ihre Zustimmung.

Vom Stadtv. Kreitling und der neuen Fraktion der Linken ist der Antrag eingereicht:

„Die Versammlung möge beschließen, an den Minister des Inneren die Bitte zu richten, daß derselbe die Entscheidung über die Bestätigung des gewählten Oberbürgermeisters von Berlin herbeiführe oder über die Gründe Auskunft erteile, welche einer Erledigung der Frage im Wege stehen.“

Stadtv. Kreitling: Die Begründung liegt im Antrage selbst. In diesem Saale ist sicher niemand, der nicht tief bedauert, daß die Entscheidung über die Wahl noch immer nicht getroffen ist. Es kann sich schließlich lediglich um die Frage handeln, ob wir zu der Eingabe berechtigt sind, und ob es zweckmäßig ist, das jetzt zu thun. Nachdem schon im Abgeordnetenhause darüber verhandelt ist, erscheint es wohl an der Zeit, daß wir uns mit dieser Anfrage an die kompetente Stelle wenden. Bürgermeister Kirchner hat in Wirklichkeit nicht erst seit Oktober, sondern schon seit dem vorigen Juli die Geschäfte des Oberbürgermeisters erledigen müssen; Herr Jelle ging am 1. Juli bereits auf Urlaub. Die Thätigkeit in beiden bedeutungsvollen Ämtern des Oberbürgermeisters und Bürgermeisters kann auf die Dauer nicht von einem Mann allein wahrgenommen werden, und wäre er auch so rüstig und thätig wie Herr Kirchner. Andererseits hat der Minister v. d. Rede im Abgeordnetenhause selbst ausdrücklich festgestellt, daß er und nur er die zuständige Stelle sei, an die man sich in diesem Falle zu wenden habe. Herr v. d. Rede hat ausdrücklich die Verantwortung dafür übernommen, daß kein Unstid geschähe, wenn die Frage noch einige Zeit in der Schwebe bleibt. (Geht fort.) Die Bürgerchaft würde es nicht begreifen, wenn ihre Vertretung nach solchen Verhandlungen im Abgeordnetenhause weiter säwige. Dem jetzigen Zustande soll der Antrag ein Ende bereiten. (Weißt.)

Stadtv. Cassel: Wir sind nicht in der Lage, für den Antrag zu stimmen. Ich bedauere anherberdeutlich, daß dadurch noch anhen hin ein gewisser Gegenatz zwischen uns und den Antragstellern in einer Frage entstehen kann, in der wir sonst völlig einig sind. Die Situation ist schwierig für die Stadt Berlin, aber in einer für unsere Selbstverwaltung so wichtigen Frage wäre doch Veranlassung gegeben gewesen, mit einem so bestimmten und detaillierten Antrage erst nach Zustimmung mit den übrigen Teilen der Versammlung zu kommen. (Zustimmung.) Berlin hat unter der von den Hohenzollern versehenen Selbstverwaltung seinen großen Aufschwung genommen; die ehrenden Anerkennungen derselben durch die Kaiser Wilhelm und Friedrich beweisen, daß es nicht bloß ein Verdienst der Gemeindebehörden, sondern des ganzen Selbstverwaltungsapparates ist, wenn die Regierung des Deutschen Reiches und Preußens den an sie gestellten hohen Anforderungen genügen konnte. Daher wird sich ein Minister des jetzigen Reiches nicht veranlassen lassen, die Grundlagen dieser Selbstverwaltung und damit das staatliche und städtische Wohl erheblich zu beeinträchtigen. (Mruhe.) Nur in vollkommener Freiheit kann die Selbstverwaltung gedeihen; Verschränkungsversuchen werden wir daher anherberdeutlich Widerstand entgegenstellen. Durch den Ernst unseres Lebens und die Gesetzmäßigkeit unserer Verhältnisse müssen wir zeigen, daß die Versammlung sich nur nach sachlichen Erwägungen richtet und nicht nach politischen Erwägungen, die man mit der Oberbürgermeisterfrage etwa verknüpfen möchte. Das Wohl der Stadt soll man nicht Kleinlichen Rivalitäten nachstellen (Weißt und Pischen).

Stadtv. Marx Schulz: Ja, was wird denn aus der ganzen Angelegenheit? Sollten wir denn alles mit Ruhe und Geschlossenheit entgegennehmen oder sollen wir nicht lieber an den Minister mit der Frage herantreten, welches die Gründe sind, weshalb wir so bis an den jüngsten Tag an der Kasse herumgeführt werden sollen? Die Gründe für die Haltung des Vorredners sind lediglich darin zu finden, daß dieses Vorgehen nicht von seinen Freunden und von ihm zuerst erfolgt ist. (Große Unruhe; Rufe: Unstid.) Herr Cassel geht doch zu, jeder einzelne sei sachlich mit uns einverstanden, man müsse nur Rücksicht nehmen auf die schwierige Situation. Es erscheint mir doch beinahe komisch, wenn

eine solche Mahnung von einem Cassel ausgeht! Vor-
besprechungen wünschte Herr Cassel; wollen Sie zu einem Ge-
schäft kommen, so geht es doch mit Nachbesprechungen ebenso gut.
Sollen wir abwarten, bis die Spreeprefektur, die Friedhofsangelegen-
heit erledigt ist? Da sollen wir nachgeben, dann bekommen wir die
Verpflichtung. Solche Kleinigkeiten bleibe uns fern! Lieber
leiden als solche Opportunitätsrisiken nehmen! Wer Berliner
„Adressen“ an vorgelegte Behörden, hohe und höchste Personen gelesen
hat, wird den Unterschied unserer Eingabe deutlich empfinden; nichts von
Byzantinismus und hohlen Phrasen ist darin enthalten. Jetzt
blosch! Soll eine reine Selbstverwaltungsfrage eine politische sein?
Solche Beeinträchtigung unserer Rechte aus unseren eigenen Reichen
hätte ich nie erwartet. (Widerpruch.)

Stadtv. Singer: Der Vorredner wird mich nicht im Verdacht
haben, aus Opportunismus zu handeln. Dennoch werden wir gegen
diese Petition stimmen. Die Motive Cassels für die Ablehnung
machen wir uns nicht zu eigen, stimmen aber in dem Endresultat,
in der Ablehnung überein. Kollege Schulz scheint die Tragweite des
Antrages doch sehr zu überschätzen; er scheint zu glauben, es sei
ein Stück mutiger Handlung, dem Minister nach dem Stande der Angelegenheit zu fragen oder ihn zu
bitten, die Gründe anzugeben für die bisherige Behandlung der
Stadt Berlin, damit in der Bürgerchaft die Zustimmung darüber
schwinde. Die Bürgerchaft ist gar nicht begierig, Gründe für eine
Behandlung zu hören, für die es überhaupt keine Gründe giebt.
Auf dem Wege der Petition die Sache ins richtige Fahrwasser leiten zu
wollen, erscheint mir doch nicht gegenüber einer Regierung, die allzeit
zeigt, daß es ihr darauf ankommt, die Bürgerchaft zu Pallast
ihrer Reaktionspolitik zu machen. Von diesem Stand-
punkt angesehen, halte ich mich für zu gut, den Minister zu fragen,
und die Versammlung zu gut, sich auf einen solchen Weg zu be-
geben, als ob man glaubt, von diesen Leuten überhaupt in dieser
Beziehung etwas Ordentliches erwarten zu können. Dieses Maß
der Bescheidenheit Anreitings, es sei das Recht der Bürgerchaft,
wenigstens die Gründe der Nichtbestätigung zu hören, haben wir
nicht; wir kennen die Gründe, ohne daß sie uns
gelagt werden. Es bedarf auch dieses Weges gar nicht. Wenn die Re-
gierung es mit ihrem Ansehen und ihrer Würde für vereinbar erachtet,
die Bürgerchaft in diese Situation zu bringen, wir können es ab-
warten. Wir sind nicht in der bemitleidenswerten Lage, wie sie sich
aus den Reden der Herren Cassel und Anreitung zu ergeben
scheint. Ist es denn anders geworden dadurch, daß Herr Anreitung
nicht zum Oberbürgermeisterbestätigung worden ist? Was wir können, ist also,
daß wir uns auf diesen Zustand einrichten, daß wir zeigen, es
geht, wenn es sein muß, auch ohne Oberbürgermeister,
und es geht, wenn es nothwendig ist, sogar mit einem Staatskommissar,
ohne daß die Bürgerchaft zurückweichen braucht. Viel ver-
ständiger hätte ich einen Antrag gefunden, wonach die Versammlung
beschließt, sich dauernd auf diesen Zustand einzurichten
und vor allem auch das zu thun, was man der verdoppelten
Arbeitskraft des Herrn Anreitung jetzt im höchsten Maße
schuldig ist. In den häuslichen Streit der beiden Vorredner will
ich mich nicht hineinmischen. Aus den jetzigen Anschauungen
der Regierungskreise heraus verstehe ich die jetzige Be-
handlung Berlins: Wenn man trotz schlechter Behand-
lung, aber die man sagt, sich in Loyalität über-
bietet, wenn man alles thut, um den Eindruck hervorzuheben, als
ob die Versammlung sich in der allerzuletztesten Lage befände,
dann kann man sich nicht wundern, daß von den Stellen,
die es angeht, so verfahren wird, wie man Leuten gegenüber
verfährt, von denen man annimmt, daß bei ihnen derjenige Teil des
Körpers, der namentlich nach oben hin in unserer städtischen Ver-
waltung wichtig ist, das Rückgrat, nicht übermäßig ausgebildet ist.
(Heiterkeit.) Ich bedauere nur, daß die Vertretung der Bürgerchaft
vielfach selbst dazu Veranlassung gegeben hat. Es wird jeder so be-
handelt, wie er es verdient. Gewöhnen wir uns daran, uns
unabhängig zu machen, auch nach der persönlichen Seite
unserer Beziehungen nach außen hin, und man wird auch an
jenen Stellen anfangen, mehr als bis jetzt mit dem Willen
der städtischen Behörden zu rechnen. Darin liegt der Kern des
Uebels, an dem wir leiden. Herr Cassel hat eine Politik des
Verkleinerns getrieben; ich meine, eine städtische Verwaltung von
Fleisch und Blut kann sich nicht selbst verhindern wollen, das, wovon
sie bewegt wird, zum Ausdruck zu bringen. Herr Cassel hat uns
auch, wie mit aufgehobenen Händen, davor gewarnt, die Sache auf
das politische Gebiet zu spielen. Lassen Sie doch dieses Bescheiden-
spiel! Sind denn nicht alle die Dinge, die in den letzten Jahren
hier vorgegangen sind, politischer Natur gewesen? Und ist
nicht das drohende Gespenst des Spreeprefekten
auch bloß ein Versuch, die politische Selbstständigkeit der
Stadt Berlin zu brechen? Es wäre ein Merkmal höchster Un-
fähigkeit, dagegen die Augen verschließen zu wollen. Alle Nachgiebig-
keit, alles Eingehen auf die Wünsche der allerhöchsten Stelle, alle
materiellen Opfer dafür ändern nichts an der Thatsache, daß die
Regierung nach dem Worte verfährt: Wer bekommt, will mehr haben.
Tauschen wir uns also nicht über die Situation. Wenn uns noch
etwas aus diesen Verhältnissen herausführen kann, so ist es
lediglich unbedingtes Festhalten an unseren Rechten, absolute
Verweigerung jeder Nachgiebigkeit, und je eher wir
uns auf diesen Standpunkt zurückziehen, desto früher wird die
Krise überwunden sein. Die Antwort des Herrn von der Rede,
ob sie kommt oder nicht, steht fest: Die Entscheidung liegt beim
König. Und davor, daß die Stadt als Bittstellerin bei dem
Minister antichambriert, möchten wir sie bewahren. Nicht also, weil
es uns an Mut fehlt, sondern weil wir uns nach Lage der Ver-
hältnisse für zu gut halten, eine so hochwichtige Frage in dieser
Weise herunterzuziehen, lehnen wir doch Eingehen auf die Ein-
gabe ab.

Stadtv. Spinola spricht namens seiner Fraktion gegen den
Antrag.

Stadtv. Hugo Sachs: Um fraktionelle Unterschiede handelt
es sich hier nicht; auch von dem Vorwurf der opportunistischen Rück-
sichten werden wir nicht betroffen. Fest steht, daß über die un-
erhörte Behandlung der Stadt Berlin nur eine Stimme herrscht.
Daß wir uns auf die neuen Verhältnisse einrichten
wollen, haben wir schon durch unsere frühere Aufträge an den
Magistrat gezeigt. Es scheint die Zeit gekommen, wo man sagen
kann, um ein bekanntes Wort zeitgemäß zu variieren: Wenn die
Minister krank sind, müssen die Bürger sich zu Hilfe legen.

Stadtv. Gersdorfer: Unbedingtes Festhalten an unseren
Rechten wollen wir, aber mit der Eingabe kommen wir
diesem Ziele keineswegs näher.

Vorleser Dr. Langenhan: Der Antrag ist eine starke
Zunehmung an die Verammlung; der Wortlaut ist von einem ein-
zelnen ausgearbeitet und findet keineswegs in allen Einzelheiten
den Beifall der ganzen Versammlung. Nun spricht man
von Opportunismus, von Rücksichten, von gewissen Dingen,
wie der Friedhoffrage, die zuvor erledigt werden sollen usw.
Wie kommen Sie dazu, was berechtigt Sie dazu? Im
Abgeordnetenhaus habe ich das Reuherie gelobt, was man
sagen konnte: Kannst Du keine Entscheidung herbeiführen,
dann mußt Du abgehen! Und an denselben Minister, der
von uns so zurechtgewiesen ist, sollen wir jetzt diese Petition
richten? Da hat doch Singer ganz recht. Selbst unter den Antrag-
stellern werden solche sein, welche nicht alles billigen, was in dem
Wortlaut steht. Es sollte mir sehr leid thun, nachdem der Minister
solches von uns zu hören bekommen hat, wenn wir und dann mit
dieser Bitte an ihn wenden würden. (Beifall.)

Stadtv. Karl Goldschmidt: Unser Antrag ist das Ergebnis
einer sehr sorgfältigen und gründlichen Beratung (Heiterkeit); wir
übernehmen alle die Verantwortung für ihn. Von Kaybulei, wie
angedeutet worden, ist gar keine Rede.

Nach Ablehnung eines Schlussantrages tritt Stadtv. Cassel
den Ausführungen von Max Schulz entgegen.
Damit schließt die Erörterung.
Im Schlusswort erklärt
Stadtv. Max Schulz, daß erst die Ausführung der Gegen-
gründe Cassels ihn zu seiner scharfen Abwehr herausgefordert habe.

Berantwortlicher Redacteur: August Jacoby in Berlin. Für den Anzeigen-
theil verantwortlich: Th. Wode in Berlin. Druck und Verlag von Max
Bading in Berlin.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Kreißling
mit 71 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Den Antrag des Magistrats wegen Ueberweisung von
Büchern der Bibliotheken hiesiger städtischer Lehranstalten an die
zu errichtende Kaiser Wilhelm-Bibliothek in Posen belämpft
Stadtv. Ladeberg, da es sich hier um eine eminent politische An-
gelegenheit, um ein Glied in der Kette der Maßnahmen zur Be-
kämpfung des Potentums handelt und man doch jede Gelegenheit
vermeiden sollte, auf das „politische“, also verkehrte Gebiet über-
zugreifen.

Die Versammlung stimmt gleichwohl dem Antrage zu.
Die Vorlage betr. die Anrechnung außerdeutscher bezw. außer-
preussischer Schuldendienst auf das Besoldungs-Dienstalter bei zwölf
Gemeindelehrern geht auf Antrag Gersdorfer an einen Ausschuss.

Im dem Kongress zur Belämpfung der Tuberku-
lose als Volkskrankheit beabsichtigt der Magistrat,
eine Abordnung der Gemeindebehörde als offizielle
Vertretung der Stadt teilnehmen zu lassen; er schlägt
vor, neben zwei Magistratsmitgliedern auch zwei Stadt-
verordnete zu entsenden. Außerdem soll ein festlicher Empfang
der Kongressmitglieder in den Festräumen des Rathhauses am 24. Mai,
abends 7-9 Uhr, stattfinden, wofür 12 000 M. gebraucht werden.
Die Vorbereitungen soll eine gemischte Kommission (3 Magistrats-,
6 Versammlungsmitglieder) treffen.

Die Versammlung stimmt zu. Als Deputierte werden die
Stadtv. Reumann und Ruge vorgeschlagen und gewählt. Zu
den 6 Vorbereitern des Festempfanges gehört auch der Stadtv.
Singer.

Die Anträge 1. Ulrich, betreffend die Uebernahme der
Simeonstrafe in die städtische Verwaltung, und 2. Wallach
auf Verbreiterung der Alten Jakobstraße vor den
Häusern 20-22 werden einem Ausschuss von 15 Mitgliedern über-
wiesen.

Schluss 8 1/4 Uhr.

Einen Beschluß, der schon längst erforderlich gewesen wäre,
hat die städtische Schuldeputation in ihrer am Mittwoch,
unter Vorsitz des Bürgermeisters Anreitung, stattgehabten Sitzung
gefaßt. Bis jetzt haben die hiesigen Gemeindeglieder (abgesehen von
der Teilung der 1. Klassen in übergeordnete Abteilungen) besamtlich
nur sechs aufsteigende Klassen gehabt. Um nun zu vermeiden,
daß begabte Jünglinge in der 1. Klasse zu lange verweilen müssen,
(7. und 8. Schuljahr) und um sie nach einem bestimmten
Lehrplan weiter zu bilden, soll künftig das Sieben-
klassensystem eingeführt und nach Aufstellung eines
neuen Lehrplans die Klassen als 7, 6, 5, 4, 3, 2, 1 numeriert
werden. Je nach Bedürfnis kann zu der 1. Klasse für
das letzte, achte Schuljahr noch eine Oberklasse hinzugefügt werden.
Die Lehraufgaben in den Klassen 7-2 (6 Schuljahren entsprechend)
sollen nicht erniedrigt werden und denen der früheren
Klassen 6-1 gleich bleiben. Die 5 Handarbeitsstunden in den ersten
und zweiten Mädchenklassen sollen ebenfalls nicht vermindert werden.
Die Angelegenheit wegen Einführung des achtjährigen Gemeindeg-
schulsystems ist bereits im Oktober 1897 und auch bei Gelegenheit
der Etatsberatung im Jahre 1898 in der Stadtverordneten-Versam-
mlung erörtert worden. Hoffentlich schließen sich dieser Neuerung
auf dem Gebiete des Schulwesens andere, ebenso notwendige Re-
formen an.

Ausperrungen infolge der Waisfeier.

Von den Bauarbeitern in Berlin sind auf sechs Bauten
17 Mann ausgeperrt.

Die Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen werden erucht,
die Sammlungen für die Ausgesperrten an den Vertrauensmann
Herrmann Jaed, Oppenwerferstr. 44, Quergebäude 3 Treppen, abzuliefern.
Die Kontrolle der Ausgesperrten finden vormittags von 10-11 Uhr
im Arbeitsnachweis statt.

In Lübeck haben die ausgeperrten Metallarbeiter beschossen,
die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis ihnen die Vereitigung
der Ueberstunden und eine Lohnerhöhung zugesprochen ist. In
einigen Fabriken haben die Arbeiter am Mittwoch die Arbeit wieder
aufgenommen.

Partei-Nachrichten.

Sachsens Wairevolution. Unter diesem Titel ist im Verlag
der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ ein Erinnerungsbuch an die Reso-
lutionstage von 1849 erschienen. Das 10 Seiten starke, textlich und
bildlich gut ausgestattete Buch zeigt auf der Titelseite eine
Szene aus den Varradendämpfern und ein von Ernst Moor
verfasstes Gedicht, den Toten von 1849 gewidmet. „Eine
Mai- Erinnerung“ von Wilhelm Liebknecht schildert sein
Zusammentreffen mit Tschirner, dem Mitgliede der revolutionären
Regierung Sachsens, in Karlsruhe, als dieser nach der Nieder-
werfung der Revolution in Dresden durch preussische Regimenter
nach Baden flüchtete. Der Dresdener Straßenkampf und seine
nächsten Ursachen werden in zwei weiteren Artikeln geschildert,
denen mehrere Bilder aus dem Kampfe, zeitgenössischen Schriften
entnommen, beigegeben sind. Ferner werden die Bilder Grünwieses,
Tschirners und Todts (der provisorischen Regierung) sowie Bahmungs
mit kurzer Lebensbeschreibung gegeben. Den Schluss macht ein Sted-
brief vom 11. Juni 1849 gegen 22 Hochverräther, unter denen sich
auch Richard Wagner und Gottfried Semper (sein Denkmal steht jetzt
auf der Dresdener Terrasse) und ein Gerichtsdirektor Hermann Mar-
shall v. Oberstein befinden.

Das Buch, das zum Preise von 15 Pf. käuflich ist, kann sehr
empfohlen werden.

Die Waisfeier und die bayerische Regierung. Die bayerische
Regierung hatte die Distriktpolizeibehörden angewiesen, zur Wais-
feier auf keinen Fall irgendwelche Anzüge von Arbeitern zu ge-
statten. Die bayerischen Arbeiter haben natürlich trotzdem eine
imposante Maidemonstration veranstaltet.

Ein Brudergruß aus dem Kaplande. Auch in Südafrika
hat das Justizhaus-Urteil über die Löttauer Bauarbeiter die Herzen
lassenbewußter Proletarier erregt. Aus Port Elizabeth, der Haupt-
stadt des gleichnamigen Distrikts der Kapkolonie, sind dem Unter-
stützungskomitee für die Angehörigen der Justizhausopfer 4 Pfund
Sterling 12 Schilling — etwa 92 M. in deutschem Gelde — zu-
geschickt worden, die deutsche Arbeiter dort gesammelt haben.
Eins ist das Fühlen und Wollen der Proletarier auf dem
ganzen Erdumfang!

Parteiliches, Gerichtliches usw.
— Halle a. S., 8. Mai. Drei Prozeße standen
heute vor dem Schöffengericht gegen den Redacteur des „Volk-
blatts“, Genossen S w i e n t k y, zur Verhandlung an. Einer wurde
verurteilt; im zweiten, Verleumdung des Besitzers der konservativen
Halleischen Zeitung, Otto Thiele, der sich an einer Kadaverfeier im
Vereinslokale des Antisozialen Vereins „Goldenes Schiffchen“ be-
teiligt hatte, erfolgte Verurteilung zu 6 M. Geldstrafe ev. 2 Tagen
Gast. Die Verhandlung entfaltete ein wundervolles Bild von dem
Betragen der konservativen Ränder, die sich als Lumpen betitelt
und mit Stäbchen bedroht hatten. Im dritten Prozeß, Verleumdung
des Anapropisierenden Weiber betreffend, wurde Genosse Swientky
zu 30 M. Geldstrafe ev. 10 Tagen Gast verurteilt.

— Die sächsische Justiz hat abermals die Gelegenheit er-
griffen, einen jener Männer, die selbstlos für die Opfer des
Dresdener Justizhausurteils Gaben sammelten, für diese auf-
opfernde Thätigkeit ins Gefängnis zu bringen. Unserem Partei-
genossen S c h ö n e in Dresden ist das auf nicht weniger als sieben

Tage Haft lautende Strafmandat, das die Amtshauptmannschaft
über ihn verhängt hatte, jetzt vom Schöffengericht bestätigt
worden. Es ist ja nichts Neues, daß solche Handlungen in Sachsen
an den Socialdemokraten mit Gefängnisstrafe geahndet werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Stuccateure beschloßen gestern Abend, an die Unternehmer
die Forderung um Einführung der Lohnarbeit zu stellen,
und überall, wo die Forderung nicht anerkannt wird,
am Montag, den 8. Mai, die Arbeit niederzuliegen.

Deutsches Reich.

Die Bewegung der Textilarbeiter in Barmen zur
Eringung des Festschindentages gewinnt an Ausdehnung. Zu den
streikenden Riemendrehern von Rolinens u. Müng sind die Arbeiter
von der Firma Mann u. Schärer und die Lüstrierer von der Firma
Siller u. Müller hinzugekommen, so daß gegenwärtig 150 bis 160
Textilarbeiter im Ausstand stehen.

In Magdeburg befinden sich an den Metallwerken von
Adler 90 Mann im Ausstande. Die Arbeiter verlangen die Ver-
seittigung sonntäglicher Rüststände und eine geringe Lohnzulage.

Der Fisklerstreik in Erfurt. Von einer größeren Firma war
vor einigen Tagen noch ein kramphafter Versuch unternommen, eine
Anzahl Streikbrecher herbeizuschaffen. Unter allerhand Vorwänden
waren 47 Fiskler aus Prag herbeigekostet, die aber sofort, als sie den
Sachverhalt erfuhren, sich mit den Streikenden solidarisch erklärten.
Der Vorgang muß auf die Unternehmer wohl nicht ganz ohne Ein-
druck geblieben sein, denn es kam nunmehr eine Vereinbarung zu
Stande, nach der die 58 stündige Arbeitszeit eingeführt und eine Lohn-
erhöhung von 10 Prozent gewährt wird. Dahon werden 5 Prozent
sofort und weitere 5 Prozent am 1. Juli gezahlt. Der Streik ist so-
mit nach 5 Wochen zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Die Münchener Bäckergelesen haben den Erfolg zu ver-
zeichnen, daß nunmehr ihre Forderung von 204 Meistern anerkannt
ist und dürfte somit der Lohnkampf gänzlich zu Gunsten der Ge-
sellten entschieden worden. Die Münchener Bevölkerung steht dem
Streik sehr sympathisch gegenüber und hat hierzu die Belamtagabe
der Unsauberkeit in den Betrieben, gegen die sich die Gesellen be-
sonders wenden, viel beigetragen.

Ausland.

Aus Graz wird gemeldet, daß von den in den Waidendorfer
Hiegeleien beschäftigten 1200 Arbeitern 600 die Arbeit eingestellt
haben. Die Ausständigen verlangen einen eifständigen Arbeitstag.

Das Streikomitee der Textilarbeiter in Brünn hat be-
schlossen, falls diese Woche keine Einigung bezüglich des zehnstündigen
Arbeitstages erzielt wird, am Montag eine Vollversammlung unter
freiem Himmel einzuberufen, in welcher unter Festhalten an der
Forderung der Herabsetzung der Arbeitszeit auch das Verlangen nach
Lohnerhöhung, namentlich für die Arbeiter in den Spinnereien gestellt
werden soll. Das Streikomitee hat sich an die Textilarbeiter in
Neidenberg, Vießy und Jägerndorf gewandt, damit die dortigen
Textilarbeiter gleiche Forderungen erheben.

Der drohende Kampf im englischen Baugewerbe. Die Ver-
sammlung der vereinigten Bauunternehmer von Großbritannien und
Irland verhandelte am 27. April in Birmingham über den all-
gemeinen Anschluß der Arbeiter im Baugewerbe. Da über
800 000 Arbeiter in Betracht kommen, so ist diese Frage von
großer Wichtigkeit. Sämtliche Bauunternehmer aus den
Provinzen erklärten sich bereit, mit dem Anschluß zu
beginnen, um die Stuccateure in ihrem Widerstand zu brechen. Die
Unternehmer von London und Birmingham sprachen gegen diese
strenge Maßregel, weil genügend Arbeiter vorhanden sind, um die
Wände der ausgeperrten Stuccateure zu besetzen. In London sei
kein Mangel an Arbeitern, Italiener und Belgier seien in großer
Zahl importiert worden, auch sind genügend heimische
Black-legs vorhanden, welche die verteidigend ausge-
schlossenen Stuccateure ersetzen könnten. Die Unternehmer in
London sind jetzt in einer besseren Lage als beim Beginn des Aus-
schlusses. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, welche den
Vorstand der Unternehmer beauftragt, an sämtliche Gewerkschaften
des Baugewerbes die Frage zu richten, ob sie sich verpflichten, die
Gewerkschaft der Stuccateure in keiner Weise zu unterstützen. Sollte
bis zum 6. Mai keine bestimmte Antwort gegeben sein, dann sollen
die nötigen Schritte für einen allgemeinen Ausschluß unternommen
werden. — Stuccateure, haltet den Zugzug fern!

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Leipzig, 4. Mai. (B. Z. S.) Hier ist heute Nachmittag
während geräumter Zeit Schnee gefallen.

Wien, 4. Mai. (B. Z. S.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus
Brünn: In 52 Fabriken ist die Arbeit eingestellt, in drei
Fabriken wird gearbeitet. Auch unter den Holz- und Metallarbeitern
macht sich eine Lohnbewegung bemerkbar; die Holzarbeiter fordern
insbesondere auch den Festschindentag.

Paris, 4. Mai. (B. Z. S.) Justizminister Lebret erklärte
einem Mitarbeiter des „Leuvs“, falls der Kassationshof die Revision
des Dreifüss-Prozesses zurückweise, würde sich das Ministerium mit
der Frage der Annulierung beschäftigen.

Brüssel, 4. Mai. (B. Z. S.) Im Beiden von Charleroi sind heute
800 Grubenarbeiter angefahren, doch ist die Zahl der Ausständigen
noch immer größer als am letzten Sonnabend. In einer gestern
abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, im Ausstand zu ver-
harren. Die Ruhe ist nirgends gestört worden. Im Beiden von
Mons sind weitere 1400, im Beiden du Centre 700 Arbeiter an-
gefahren.

Tournai, 4. Mai. (B. Z. S.) Heute Morgen explodierte
auf der Schelde in der Nähe von Tournai der Dampfessel eines
Schiffes. Drei Arbeiter, die auf dem Deck beschäftigt waren,
wurden infolge der Explosion in die Luft geschleudert; ihre ver-
stümmelten Gliedmaßen fielen in weiter Entfernung am Ufer nieder.
Man glaubt, daß außerdem noch eine Frau und mehrere Kinder
getötet worden sind. Das Schiff ist gesunken.

Rom, 4. Mai. (B. S.) Die äußerste Linke hat beschlossen,
in einem an das Land gerichteten Manifest gegen die gefährliche
kolonialpolitische zu protestieren, die gegen den Willen des Parlamentes
durchgeführt werde. Ferner soll gegen das bei jeder Krise beobachtete,
der Befreiung widersprechende Verfahren Einspruch erhoben und er-
klärt werden, die in der Kammer unterdrückten Debatten müßten vor
das Land gebracht werden.

Washington, 4. Mai. (B. Z. S.) Neues Vorgehen der
Amerikaner. Eine amtliche Meldung des Generals Otis besagt,
Oberst Summers sei mit sechs Bataillonen Infanterie und einem
Geschütz heute früh nordwärts in der Richtung auf Waasand vor-
gerückt. Habe den Fluß überquert, den Feind in starken
Verhauungen angegriffen, denselben nordwärts zurückgeworfen und
ihm erheblichen Verlust beigebracht. Oberst Wharton und Dale von
der Division Mac Arthur, heißt es in der Meldung weiter, trafen
auf den stark verhauchten Feind, über den Luna das Oberkommando
führte, vier Meilen südlich von San Fernando, warfen denselben aus
den Befestigungen heraus, zerprengten ihn und brachten ihm großen
Verlust bei. Man nimmt an, daß der Feind sich zur Durch-
führung seines Rückzugs auf den Berg Anapat, dem Gegner nicht
wieder stellen werde.

Auckland, 4. Mai. (B. Z. S.) Aus Apia wird vom 27. April
gemeldet, daß Mataafa den vom britischen und amerikanischen
Flottenkommandanten in Erwartung der Ankunft der Kommission
angebotenen Waffenstillstand angenommen und sich hinter eine
vereinbarte Linie zugezogen hat.

Siehe 2. Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

76. Sitzung, Donnerstag, 4. Mai 1899, 1 Uhr.

Am Bundespräsidenten: Niemand.

Die Mitglieder des Reichstags Franzins (natl.) und Rath (C.) sind verstorben. Die Abgeordneten ehren das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Beratung des Antrags der Abgg. Dr. Lieber und Dr. Hise (C.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu Zweck der Errichtung von Arbeitskammern in Verbindung mit der Fortsetzung der Beratung des Antrages der Abgg. Dr. P. Schmidt und Koesike (Dessau) wegen Errichtung eines Reichsarbeitsamts.

Abg. Bebel (soc.)

Herr v. Kardorff hat gestern behauptet, ich hätte bei der ersten Beratung der Gewerbenovelle eine unrichtige Angabe gemacht insofern, als das von mir angezogene Gesetz aus der Schweiz nicht mit großer Majorität angenommen, sondern verworfen worden sei. Ich habe mich nun informiert und gefunden, daß Herr v. Kardorff seine Nachricht der „Post“ entnommen hat und diese ihrerseits aus den „Baseler Nachrichten“. Hier ist indes von einem Schweizer Gesetz die Rede, ich hatte aber von einem Gesetz des Kantons Zürich gesprochen, wie sich Herr v. Kardorff aus dem stenographischen Bericht hätte überzeugen können, und dieses wurde allerdings mit großer Majorität angenommen. In diesem Zürcher Gesetz wurde bestimmt, daß Lehrstunden mit einem 20prozentigen Lohnzuschlag bezahlt werden müßten.

Da ich nun einmal das Wort habe, will ich auch auf die bisherige Debatte mit einigen Worten eingehen. Die geistige Debatte hatte ja insofern ein sehr erfreuliches Resultat, als sie zeigte, daß die Herren v. Stumm und v. Kardorff mit ihren rücksichtigen Anschauungen völlig isoliert im Hause stehen. Von keiner Seite wurde ihnen irgend eine Zustimmung zu teil und es waren diesmal nicht die Socialdemokraten, welche die Herren ad absurdum geführt haben, sondern ihre eigenen Massengenosse. Die Herren können also von heute an sicher sein, daß sie eine Majorität für ihre Anschauungen hier nicht mehr finden. Sie erzielen lediglich einen Heiterkeitserfolg und ich halte es auch für ganz unmöglich, daß nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte die Regierung geneigt sein sollte, dem Verlangen dieser komischen Künzle nachzugeben und dem Reichstag ein solches Gesetz vorzulegen. (Große Präsidenten.)

Präsident Graf Falkenstein:

Herr Abgeordneter Bebel, der Ausdruck „komische Künzle“ für Mitglieder des Reichstags ist nicht erlaubt. (Große Heiterkeit.)

Abg. Bebel (fortfahrend):

Die Anträge Hise sind ja nur eine teilweise Wiederaufnahme des Entwurfs, den 1885 die socialdemokratische Partei zuerst und im Jahre 1890 von neuem einbrachte. Damals standen wir aber völlig isoliert und wenn heute die Vertreter der Mehrheitsparteien den Vorschlag betrachten, den wir damals betrachten haben, so ist das unzweifelhaft ein Fortschritt. Für mich speziell liegt darin noch eine besondere Bemerkung, insofern, als ich im Jahre 1885 als zweiter Redner meiner Fraktion bei der Beratung unserer Anträge mit den Worten schloß: Sie werden in der einen oder anderen Gestalt, vielleicht mit einem andern Namen, im Laufe der nächsten Jahre gestungen werden, wie Sie jetzt unsere Anträge ablehnen, selbst auf eine solche Organisation zurückzukommen.“ (Hört! hört!) Das ist nun in der That eingetroffen. Das was der Abg. Hise als die Aufgabe seiner Arbeitskammern bezeichnet, deckt sich fast wörtlich mit unseren damaligen Vorschlägen. Freilich erstreckt es einen um so merkwürdigeren Eindruck, wenn Sie nun meinen, die Annahme dieser Anträge würde ein Mittel sein, um die Arbeiterklasse der Socialdemokratie zu entfremden. Die Thatfache, daß wir damals unsere Anträge einbrachten, beweist, daß wir der festen Ueberzeugung sind, die Bemühungen von Arbeiterforderungen könne der Socialdemokratie nicht den geringsten Abbruch thun, ja wir werden Ihnen auf diesem Gebiete immer um drei Rosenlängen voraus sein. (Heiterkeit.) Sehr richtig! bei den Socialdemokraten. Eine Grenze giebt es hier ebenso wenig, als es eine Grenze in der gesellschaftlichen Entwicklung giebt. Der Appetit kommt mit dem Essen, je mehr Forderungen der Arbeiter erfüllt werden, um so mehr werden sie das Bedürfnis nach immer weiterer Verbesserung ihrer Lage empfinden.

Run hat Herr Kropatschek gestern gemeint, die Socialdemokratie dürfe die Arbeiter nicht mit ihrer Lage zufrieden sein lassen. Ja, ich meine, es wäre doch ein Kunststück, die Arbeiter unzufrieden zu machen, wenn ihre Lage so zufriedenstellend wäre. Wenn übrigens eine Partei bewiesen hat, daß sie trotz der größtenteils vorzüglichen socialen Stellung ihrer Mitglieder stets unzufrieden ist, dann ist es gerade die konservativste Partei, die Herren Agrarier. (Sehr richtig! links.) Herr Kropatschek hat dann weiter behauptet, alles was erreicht worden sei auf social-reformatorischem Boden, sei gegen die Socialdemokratie erreicht worden. Demgegenüber berufe ich mich auf eine Aeußerung des Fürsten Bismarck, der im Jahre 1884 bei einer ähnlichen Debatte wie der heutigen sagte: „Wenn es keine Socialdemokratie gäbe und wenn sich niemand vor ihr fürchtete, dann würden die meisten socialreformatorischen Vorschriften, die bisher erlassen worden sind, überhaupt noch nicht existieren.“ Diese Aeußerung beweist doch deutlich, wer der eigentliche Urheber der Socialreform gewesen ist. Zur Zeit der 60er Jahre war man noch der Meinung, der Staat habe keinerlei Recht, in die socialen und wirtschaftlichen Verhältnisse einzelner Klassen einzugreifen. Das war der Standpunkt des laissez faire laissez aller. Dann aber mit dem Auftreten der sogenannten Kathedersocialisten verbreitete sich die Anschauung, daß es allerdings Aufgabe des Staates sei, für die Unterdrückten und insbesondere für die Arbeiterklasse einzutreten. Bereits im Norddeutschen Reichstag haben die Socialdemokraten jede Gelegenheit ergriffen, um Anträge im Sinne des Arbeiterstandes einzubringen. Anträge auf Schutz der Kinderarbeit, Einführung des Normal-Arbeitstages, der Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren sind von uns gestellt, zum Teil einige zwanzig Jahre bevor sie vom Reichstag angenommen wurden.

Gerade die konservative Partei hat am allerwenigsten Ursache, sich etwas auf ihre Arbeiterfreundlichkeit zu gute zu thun, denn was in den letzten Beratungen des Abgeordnetenhauses zu Tage getreten ist, genügt vollkommen, um uns über die Absichten dieser Herren Klarheit zu verschaffen. Da wurde in erster Linie Beschränkung der Freizügigkeit verlangt und die Ausübung des Koalitionsrechtes soll den Arbeitern vollkommen unmöglich gemacht werden. Gestern hat ja auch Herr v. Kardorff wieder es lebhaft beklagt, daß die Judikaturvorlage noch immer nicht da sei. Kurz die Konservativen möchten die Arbeiter am liebsten zu Geloteten machen, zu ihrem Bedauern reicht aber ihre Macht nicht aus.

Weiter hat Herr Kropatschek gesagt, die Socialdemokratie gehöre nicht in den heutigen Staat; „da sie auf den Ruin desselben hinarbeite, so dürfe man sie nicht dulden.“ (Abg. Graf Altkowström: Sehr richtig!) Ja, meine Herren, Sie möchten wohl die Socialdemokratie los werden, aber sie können es nicht. (Abg. Graf Altkowström: Doch, doch!) Jeder Staat beruht auf einem mehr oder weniger großen Volkswesen, das sich aus verschiedenen Schichten, verschiedenen Klassen und damit aus verschiedenen Interessengruppen zusammensetzt. Sie sind heute in diesem Staate die herrschende Klasse. Sie haben das Heft in der Hand und Sie möchten, daß in diesem Staate keine eine Meinung habe, die nicht die Ihre ist. Das würden Sie aber erst erreichen können, wenn Sie die Arbeiterklasse befähigen! So lange aber eine Arbeiterklasse vorhanden ist mit besonderen Interessen, die im Gegensatz stehen zu denen der herrschenden Klasse, werden Sie auch die Gegensätze, die aus dieser Entwicklung hervorgehen, nicht beseitigen können und

so lange diese Arbeiterklasse ihre Interessen auf legalem Boden zu vertreten sucht, hat keine Partei das Recht, gegen eine solche Strömung mit Gewalt vorzugehen. (Sehr richtig!) bei den Socialdemokraten. Hinter unseren Bestrebungen steht die große Mehrheit des Volkes. Sie dagegen vertreten nur eine kleine Minderheit.

Herr Kropatschek hat dann weiter gemeint, die Socialdemokratie habe sich geändert. Die großen Worte seien verschwunden und von dem großen Gebäude des Marxismus seien manche Steine abgebrochen. Ich habe nun keine Reizung, mich hier auf Erörterungen über die Bedeutung des Marxismus einzulassen. Gestern hat bereits mein Kollege Mollenbuhr mit Recht gesagt, wir sind keine Dogmatiker, wir kritisieren fortgesetzt an den Grundlagen unseres wissenschaftlichen Systems. Wenn wir aber auch im Laufe der Entwicklung einzelne Aufschümpfungen des Marxismus aufgegeben haben, so ist damit nicht zugleich der Marxismus selbst aus der Welt geschafft und noch viel weniger die Socialdemokratie. Die Socialdemokratie war bereits auf der Welt, bevor der Marxismus die maßgebende Richtung in ihr war, und sie wird bestehen, wenn auch noch eine ganze Reihe marxistischer Auffassungen von der Socialdemokratie als unrichtig erkannt werden sollten. Die Socialdemokratie erstreckt die Befreiung der Massen von der Herrschaft, sie ist das notwendige Produkt der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Dagegen werden alle Ihre Zwangsmassregeln nichts ausgerichtet. Herr v. Stumm meinte gestern, die große Bedeutung der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt sei die Folge der Disziplin der Arbeiter. Darin täuscht er sich sehr. Gewiss, Disziplin ist in jedem großen Gemeinwesen nötig, aber ohne die steigende Intelligenz der Arbeitermassen hätte unsere Industrie nie ihre jetzige Bedeutung erlangt. (Sehr richtig!) bei den Socialdemokraten. Und eine ganze Reihe von Unternehmern haben mir zugestanden, daß die intelligentesten ihrer Arbeiter Socialdemokraten seien. Das ist ja auch ganz natürlich. Leute, die ein höheres Streben haben, die sich um die öffentlichen Angelegenheiten kümmern, sind selbstverständlich intelligente Leute, und so ist eigentlich die ganze Entwicklung des Handels und Verkehrs der Socialdemokraten zu verdanken. (Heiterkeit.)

Es freut uns sehr, daß die Herren, wie die vorliegenden Anträge beweisen, endlich zu der Ansicht gekommen sind, die wir bereits vor Jahrzehnten vertreten und wir sind überzeugt, daß sie schließlich die Forderungen vertreten werden, die wir schon in den Jahren 1885 und 1890 vorgebracht haben. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Hilke (natl.):

Wir können das Konkurrenzrennen um die Gunst der Arbeiter nicht mitmachen. Wir wissen ganz genau, daß uns das stets die Socialdemokratie um drei Rosenlängen voraus sein wird. Wir beschränken uns darauf, alles genau zu prüfen. Unsere Hauptaufgabe ist ja nicht die, große Reden zu halten und unsere erkrankten Wähler zu zeigen, was für tüchtige Leute sie gewählt haben. (Heiterkeit.) Wir glauben vielmehr, daß die Hauptarbeit in den Kommissionen zu leisten ist. Wir bewundern das warme Herz des Abg. Hise für die Arbeiterklasse; aber wir müssen doch die kritische Sonde des Unternehmertums an seine Vorschläge legen. Wie denkt sich Herr Hise die Durchführung der Arbeitskammern? Um all das leisten zu können, was Herr Hise von ihnen verlangt, müßten die Leute ja wahr Universalgenies sein. Solche Leute giebt es ja gar nicht. (Heiterkeit.) Die Arbeitskammern sollen sich in so viel Sektionen spalten, daß man vor lauter Sektionen gar nicht mehr die Arbeitskammern sehen kann. (Heiterkeit.) Die Fälligkeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird dadurch wirklich nicht erhöht werden. Im Gegenteil: nur die Socialdemokraten werden etwas von dieser Einrichtung haben. Die Arbeiter, die auf dem Boden der Solidarität zwischen Unternehmern und Arbeitern stehen, werden bald herausgedrängt werden, und die Socialdemokraten werden das Feld behaupten. Was die Anträge der Herren v. Hise und Wasser mann betrifft, so erlaube ich mir einen großen Vorzug an: es soll das Neue an die bestehenden Gewerbegerichte angegliedert werden; es sind also keine neuen Wahlen notwendig; jede neue Wahl wirkt Agitationsstoff in die Massen; es muß also möglichst jede neue Wahl vermieden werden. Aber mit dem Inhalt der Anträge kann ich mich nicht befassen. Sie sind meines Erachtens geeignet, die Arbeitern, die jetzt schon überall besteht, nicht nur auf dem flachen Lande, noch zu steigern. Die Sache steht thatsächlich jetzt schon so, daß jeder Arbeit findet, der arbeiten will. Aus diesem Grunde können wir mit dem Antrag Hise in der Praxis nichts anfangen. (Bravo! rechts.)

Abg. Nöfke (wildliberal):

(Die Abgg. v. Stumm und v. Kardorff versuchen es, in fluchtähnlicher Eile den Saal zu verlassen, was von dem hohen Hause mit großer Heiterkeit aufgenommen wird.)

Soll Herr v. Stumm meine Rede nicht mit anhören will, was ich begrifflich finde, so wird er sich ja wohl nachher die Mühe nehmen müssen, sie im Stenogramm nachzulesen. (Heiterkeit.) Herr v. Kardorff hat mir eine persönliche Kampfesweise gegen Herrn v. Stumm vorgeworfen. Aber er selbst hat mich dabei in allerpersönlichster Weise angegriffen. Er hat gesagt, ich hätte nach Populärkeit. Bei wem? Bei den Arbeitern? Nun, ich wünschte, auch Herr v. Kardorff würde sich bei ihnen populär zu machen, indem er sich mit ihrer socialen Lage ernsthaft beschäftigte. Wie wollen wir denn sonst zu einer Widerung der socialen Gegensätze kommen? Herr v. Stumm stellt einen besonderen Typus des Unternehmertums dar; gerade dieser besorgt am meisten die Geschäfte der Socialdemokratie. Herr v. Stumm will Zwangsmassregeln gegen die socialdemokratische Propaganda einführen. Auch wir wollen die Socialdemokratie bekämpfen, aber nur durch sociale Reformen, und nur in ihrem socialen Endziel. Soweit aber die Socialdemokratie das erstrebt, was gestern Herr Kollege Mollenbuhr vorgebracht, bin ich ebenso Socialdemokrat, wie er selber. (Aufs rechts: Na also!) Keim der socialdemokratische Zukunftsstaat erst ganz in der Versenkung verschwunden ist, wird der fortgeschrittene Liberalismus Hand in Hand mit der Socialdemokratie gehen. Wenn der Herr Abg. Hilke fürchtet, daß die Arbeitskammern von den Socialdemokraten occupiert werden könnten, so zeigt das nur, daß er das Wesen dieser Institution nicht richtig auffaßt. Ein großer Teil der Unternehmer glaubt noch immer, daß er sich was vergiebt, wenn er mit den Arbeitern überhaupt in Unterhandlungen tritt und gar in gemeinschaftlichen Körperschaften sitzt. Gerade weil bei den Unternehmern noch diese veralteten Anschauungen herrschen, deshalb wird jede Forderung der Arbeiter immer als socialdemokratisch charakterisiert. Für Unternehmer vom Schlage des Herrn von Stumm ist jede Reform etwas Socialdemokratisches. Ebenso steht es mit der Furcht um die Disziplin. Die beste Disziplin besteht da, wo Gleichberechtigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herrscht. Auf neutralem Boden gleichen sich die Gegensätze am besten aus. Herr v. Kardorff freilich glaubt, man schafft die Gegensätze am besten aus der Welt, wenn man den Socialdemokraten auf fünf Jahre das Wahlrecht entzieht. Was würde er wohl dazu sagen, wenn ich den Vorschlag machte: um eine größere socialpolitische Einigkeit zu erzielen, soll man den Herren von Stumm und von Kardorff das Wahlrecht entziehen? (Heiterkeit.) Um Herrn von Kardorff nicht zu sehr zu reizen, mache ich den Vorschlag natürlich nur hypothetisch. (Große Heiterkeit.) Herr von Kardorff hat es für nötig gehalten, mir die Wohlfahrtsanstalten seines Freundes Stumm entgegenzubringen. Nun, mir liegt es fern, das, was von anderen Unternehmern auf demselben Gebiete geleistet ist, hier dagegen auszuspielen. Nur das eine möchte ich den Herren sagen: die Arbeiter verzichten mit Freuden auf alle diese Wohlfahrtsanstalten, wenn ihnen dafür die Gleichberechtigung vorenthalten wird. (Sehr richtig!) bei den Socialdemokraten. Das Koalitionsrecht—das übrigens nicht von den Socialdemokraten, sondern von den Liberalen erlämpft worden

ist—bleibt die wichtigste Lebensbedingung für die Arbeiterschaft. Herr Kollege Nöfke hat selbst einmal gesagt: Geben Sie uns volle Koalitionsfreiheit, und wir brauchen alle Ihre anderen Gesetze nicht! Die Koalitionsfreiheit ist, nach dem Zeugnis der Socialdemokraten selbst, das schönste Kind des Liberalismus. (Abg. von Kardorff steckt seinen Kopf zur Saalthüre hinein, zieht ihn aber schelmisch zurück, da er sieht, daß der Abg. Nöfke noch spricht, und es wird daher unser größtes Bestreben sein, dieses Grundrecht der Arbeiter gegen alle Angriffe zu schützen. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Hise zu Herrnhelm (natl.):

Ich will auf die Ausführungen meiner politischen Freunde Bölling und Hilke nur das erwidern; daß wie die Unterchristen unter meinem Antrag beweisen, der größte Teil meiner Fraktion auf meiner Seite steht. Herr v. Stumm hat sich gegen die von uns vorgeschlagenen Organisationen gewandt und ihnen gegenüber das Knappschäftsweisen gerühmt. Nach den Schilderungen des Herrn Hilke sind aber bereits so viele Socialdemokraten in die Knappschäfts eingedrungen, daß Herr v. Stumm außerhalb des hohen Hauses der Vorwurf gemacht werden könnte, ein Förderer der Socialdemokratie zu sein. (Heiterkeit.) Herr v. Stumm hat unsere Forderungen natürlich als socialdemokratische charakterisiert. Aber sie haben mit der Socialdemokratie nichts zu thun, denn die Kammer, die wir wünschen, sollen sich an die Gewerbegerichte anschließen, und die Gewerbegerichte haben wir nicht auf Verlangen der Socialdemokratie, sondern nach dem Vorgange der belgischen Regierung eingeführt. Uebrigens kommt es uns gar nicht dabei an die Form an, wir werden in der Kommission, wenn andere Vorschläge gemacht werden sollten, sehr gern mit und reden lassen. (Einzeln Ausführungen des Redners bleiben unverändert, da er auch heute wiederum der Tribüne den Rücken dreht.) Noch auf einen Gesichtspunkt möchte ich alle die Unternehmer hinweisen, die vor dem Gedanken zurückzusehen, mit Arbeitern gemeinsam in einer Körperschaft zu sitzen. Die gemeinsamen Beratungen sind das beste Mittel, um die Ueberlegenheit des Unternehmertums zu dokumentieren. Denn, meine Herren, wir sind den Socialdemokraten weit überlegen. (Heiterkeit.) Wir Arbeitgeber gehen eben von festen Prinzipien aus, die Socialdemokraten haben solche nicht, ihr Programm ist müde geworden und beginnt zu zerbröckeln. Gerade auf diesem Wege können wir am leichtesten und gründlichsten die geistige Ueberwindung der Socialdemokratie vollbringen. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Denn, meine Herren, wer sind denn in Wahrheit die geistigen Führer der Arbeiterschaft? Die geistigen Führer der Arbeiter sind die Arbeitgeber. (Heiterkeit.) Und schon aus dem Grunde ist der socialdemokratische Zukunftsstaat unmöglich, weil er die Arbeiterschaft abschaffen will. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Freilich, mit den Mitteln des Herrn von Stumm dürfte jene geistige Ueberwindung nicht gelingen. Es ist durchaus nicht angebracht, beständig auf die kommende Censurvorlage hinzuweisen. Den Vorteil davon hat ja nur die Socialdemokratie. (Sehr richtig!) So ist es dieser beständigen Diskussion darüber zu verdanken, daß die socialdemokratische Majorität in diesem Jahre wieder etwas lebendiger geworden ist. Sie war ja sonst schon so ziemlich eingeschlafen. Ich glaube, daß eine derartige Vorlage, mag sie noch so müde abgefaßt sein, nur eine stärkere Ermunterung in den Kreisen der staatsfernen Arbeiter hervorzurufen wird. (Sehr richtig!) Auch ich bin allerdings der Ansicht, daß man jede revolutionäre Forderung bekämpfen muß. Und ich wäre der erste, die heiligsten Güter der Nation gegen den Mißbrauch zu verteidigen. Aber die Koalitionsfreiheit zu beseitigen, das würde ich für einen großen Mißgriff halten; und ich weiß mich darin einer Ansicht mit weiten Kreisen des Unternehmertums. Freilich bin ich keineswegs für eine einseitige Interessenorganisation. Ich will eben eine einseitige Vertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, nicht die Vertretung einzelner Klassen, sondern die Vertretung der ganzen Nation. (Lebhaftes Bravo! bei einem Teil der Rechten, des Centrum und der Nationalliberalen.)

Abg. Hise v. Kardorff (W.):

wendet sich gegen die geistigen Ausführungen des Abg. Stöder. Herr Stöder sagte, von socialen Dingen verstände ich nichts. (Sehr richtig!) Nun, was ich und der Herr v. Stumm hier vertritt, das ist durchaus die Ansicht des vereinigten Reichslantlers, des Fürsten Bismarck. Und der verstand doch gewiß von solchen Dingen. (Heiterkeit.) Ich finde, Herr Stöder war wirklich nicht sehr höflich zu mir. (Mein, wirklich nicht!) Was würde er aber dazu sagen, wenn ich ebenso zu ihm sein wollte? Wenn ich ihm sagen würde: Er sollte sich doch nicht so in den Vordergrund drängen; es giebt ja doch keine Partei mehr, die ihm über den Weg traut. (Leueung und große Heiterkeit.) Ich will die Debatte nicht verlängern, da mein Freund Stumm noch zu antworten gedenkt. (Heiterkeit.) Ein wirklich socialer Fortschritt ist erst dann möglich, wenn die Fortschritte der Socialdemokratie energisch eingedämmt sind. Die Reden der Herren v. Hise und seiner Freunde klingen heute genau so, wie die Reden der Herren v. Bismarck und seiner Freunde vor Erlaß des Socialistengesetzes. Nachher haben sie doch für das Socialistengesetz gestimmt, das 1890 leider durch ein Mißverständnis der Konservativen zu Fall kam. (Große Heiterkeit! links.) Ja, wir wären sicherlich in der socialen Gesetzgebung viel weiter gekommen, wenn das Socialistengesetz aufrechterhalten worden wäre. Wir hätten uns viel eher dazu verstanden, etwas für die Arbeiter zu thun. Mit dem Wachsen der Socialdemokratie geraten wir in Zustände, die zu den schwersten Bedenken Anlaß geben. Ich erinnere nur an die erschreckende Zunahme der Verbrechen der Minderjährigen, die ein Zeichen für die Verwilderung und Verrohung der Jugend sind, im wesentlichen eine Folge der Vergiftung des Volkes durch die socialistische Literatur. Werden doch in diesen socialdemokratischen Volkstagen anararchische Fürstenmorde als Ehrenfrage der Socialdemokratie verherlich, wird doch alles darin verhöhnt und veripottet, was uns heilig ist. Ich mache der Regierung den Vorwurf, daß sie keinen Versuch macht, diesen Zuständen auf dem Wege der Gesetzgebung entgegenzutreten. Ich weiß nicht, ob die Judikaturvorlage auf große Sympathie auch bei meinen Freunden rechnen kann. (Heiterkeit links.); für ein solches vereinzeltes Vorgehen können wir uns nicht erwarren. (Große Heiterkeit links.) Wenn die verbündeten Regierungen etwa denken, sie wollten die Judikaturvorlage nicht erst vorlegen, denn sie gehe doch nicht durch, so entfernen sie sich damit von der sehr guten Praxis des Fürsten Bismarck. Der sagte bei solchen Gelegenheiten: ich kann die Verantwortung nicht allein tragen, und stellte den Reichstag vor die Entscheidung. (Sehr richtig! rechts.) Wenn jetzt die Zustände sich so fortentwickeln wie bisher, wenn die Verrohung und Verwilderung der Jugend sich immer steigert, wenn die Untergrabung aller Autorität im Lande durch die socialdemokratische Agitation sich so fortsetzt wie bisher, dann verstehe ich nicht, wie die Regierungen diese große Verantwortung allein tragen können, ohne auch nur den Versuch zu machen, ein Votum des Reichstages herbeizuführen. (Beifall rechts.)

Abg. Mollenbuhr (soc.):

Wenn die Regierung der Verrohung der Jugend entgegenzutreten wollte, dann müßte sie für den Schulunterricht erheblich mehr thun. (Sehr wahr! links. Widerspruch rechts.) Mir derartigen Vorschlägen aber würde sie auf den Widerstand bei der Rechten stoßen, die die Jugend in das Joch der Landwirtschaft spannen will. (Sehr gut! links.) Sehen Sie doch einmal hin, was sich in Landtage abspielt. Da verlangt man ganz offen, daß die Jugend dem Schulunterricht entzogen werden soll. (Beifall links. Widerspruch rechts.) Wo finden wir denn jene verwilderte Jugend? Entweder in socialdemokratischen

Verziken? Nein, gerade in den wirtschaftlich rückständigsten Bezirken, in denen Sie (nach rechts) noch am meisten Einfluss haben. (Sehr wahr! links.) Herr v. Kardorff kann nicht reden, ohne ein Socialistengesetz zu verlangen. Er stellt dabei immer wieder stierochty die Bemerkung auf, unter dem Socialistengesetz seien die Stimmen der Socialdemokraten zurückgegangen. Die Wahlstatistik zeigt aber das gerade Gegenteil. Wir haben ein eminentes Anwachsen der Socialdemokratie trotz der Gewaltmittel, die namentlich bei den Septennatwahlen gegen sie angewendet wurden. Wenn Herr v. Kardorff wirklich ein so großer Verehrer des Fürsten Bismarck ist, dann hätte er alle Ursache, über das Socialistengesetz zu schweigen; denn ich finde, mit nichts hat sich der Fürst Bismarck vor der Welt mehr blamiert, als mit seinen Ausnahmegeetzen. (Sehr wahr! links. Widerspruch rechts.) Hat er nicht mit allen seinen Ausnahmegeetzen Bankrott gemacht? Was ist aus dem Kulturkampf, was aus dem Socialistengesetz geworden? Beides waren geradezu Meistertücken. (Sehr wahr! links.)

Am aber zur Sache selbst. Herr Hilb macht der Regierung den Vorwurf, daß ihre sozialpolitischen Geetze so schlecht gearbeitet seien, daß jetzt schon z. B. die 25. Gewerbenovelle notwendig sei. Statt nur aber konsequenter Weise zu der Forderung zu gelangen, daß andere Organe beschafft werden, durch die die Regierung das ganze Volkleben besser kennen lernt, sagt er im Gegenteil: wir brauchen diese ganze Eile nicht! Wir wollen einmal die Praxis prüfen! Nun, wie die Gewerbe-Ordnung wirkt, das haben Sie ja gesehen. Die Geetze können aber nur besser gestaltet werden, wenn die Regierung die Verhältnisse genauer kennen lernt, und das kann sie nur, wenn die hier vorgeschlagenen Institutionen ins Leben treten. Dann werden Sie die Geetze den Bedürfnissen des Volkes anpassen können. Herr Hilb meinte ferner, eine Arbeitslosen-Versicherung sei überflüssig, weil gegenwärtig Arbeitsmangel herrsche. Aber gerade eine Zeit der Prosperität ist am meisten zur Schaffung einer Arbeitslosen-Versicherung geeignet. (Sehr richtig!) In Zeiten einer Krise haben die Geschäftsleute dafür nichts übrig. Der Arbeitsmangel währt doch nicht ewig. Wir haben doch auch Perioden gehabt, in denen die Syndikate Einschränkungen der Produktion beschlossen haben, um die Preise zu halten. Und dadurch wurden eine große Anzahl von Arbeitern brotlos. Nun hat uns Herr Hilb von den Uebelständen bei den Verhandlungen mit den Arbeitern manches erzählt. Einmal hätten die Vertreter der Arbeiter die Vermeidung des Streiks beschlossen, und am nächsten Tage sei ein Flugblatt für die Fortsetzung des Streiks erschienen. Das ist aber lediglich eine Folge davon, weil die Arbeiter keiner Organisation angehören. In England würde ein Friedensschluß mit dem Vorstand einer Trade Union auch ganz bestimmt den Frieden herbeiführen, weil der Vorstand auch die Wagemittel in der Hand hat. Wollen Sie also diesem Uebelstand abhelfen, so treten Sie für einen möglichst weiten Ausbau des Koalitionsrechtes ein. Herr Möfke hat uns vorgeworfen, daß wir Herrn v. Stumm als Typus eines Arbeitgeberes hinstellten und dadurch ein falsches Licht auf den ganzen Stand wirfen. Der Typus des Herrn v. Stumm gehört unter den Arbeitgebern durchaus nicht zu den Seltenheiten. Der ganze Centralverband Deutscher Industrieller steht auf seinem Standpunkt; der Hamburger Arbeitgeber-Verband nicht minder. Ich erinnere nur an den bekannten Brief eines Hamburger Ahebers an die „Frankfurter Zeitung“, in dem er schrieb: Wir könnten wohl bewilligen, aber es fällt uns gar nicht ein. Es sind das die Männer, die die Machtfrage immer in den Vordergrund schieben. Sie wollen zeigen, daß sie die absoluten Herrscher auf wirtschaftlichem Gebiete sind. Wenn diese Anschauung hier im Reichstage nur so wenig Vertreter hat, so mag das daran liegen, daß hier immer noch die intelligentesten Herren als Gewährte figen. Es giebt aber im Lande noch Unternehmer genug, die starke Vertreter dieses Typus sind: ja die Gattung herrscht vor, denn bei der ganzen Stellung, die die Unternehmer gegenwärtig im öffentlichen Leben haben, giebt ihnen das ein gewisses Vorrecht. Nebenroll werden sie als bevorzugt angesehen, und da müßten sie wahre Engel sein, wenn sie selbst nicht daran glauben sollten, daß sie eine Art höherer Wesen sind, die willkürlich über die Arbeiter zu herrschen haben! (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Wenn Herr Möfke wirklich die volle Gleichberechtigung der Arbeiter durchführen will, so wird er bald einsehen, daß dieses Ziel nicht eher zu erreichen ist, als bis die kapitalistische Wirtschaft beseitigt ist. Das Wesen der Ungleichheit beruht eben auf dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit.

Herr Möfke sagte dann weiter: Die Liberalen haben doch eigentlich das schönste Kind unserer sozialen Gesetzgebung, das Koalitionsrecht geschaffen. Ja, dies schöne Kind ist von den Liberalen oft sehr mütterlich behandelt worden. Die National-liberalen haben das Socialistengesetz geschaffen, und 1884 waren es selbst von der freisinnigen Partei 20 Mann, die den Fortbestand des Socialistengesetzes ermöglichten, eines Gesetzes, wodurch das Koalitionsrecht im allgemeinen beseitigt war. Wenn die Liberalen in Wirklichkeit die Schöpfer des Koalitionsrechtes sind, so deshalb, weil sie selbst den allerschwerigsten Gebrauch davon machen und machen müssen. Eine kapitalistische Gesellschaft ist ohne Koalitionsrecht einfach undenkbar. Uebrigens wurde der erste Antrag, der in Preußen eingebracht wurde, das Koalitionsrecht zu bewilligen, nicht von einem Liberalen, sondern von Herrn v. Ippenly eingekommen, der sogar das Koalitionsverbot für die Landarbeiter aufheben wollte.

Herr v. Heyl hat uns wieder eine Vorlesung darüber gehalten, daß unser Zukunftsstaat ein Ding der Unmöglichkeit sei, weil die Unternehmer, die wir abschaffen wollen, die geistigen Leiter auf gewerblichem Gebiete seien. Sehen Sie doch einmal Ihre Aktien-gesellschaften an! Wo haben Sie da den persönlichen Arbeitgeber? Da haben Sie als Leiter auch Lohnarbeiter eingeklagt: ihre Techniker, ihre Direktoren. Für den Vertrieb ist es schließlich einerlei, ob der Leiter von den Aktionären, die nichts vom Geschäft verstehen, oder von den Arbeitern, die im Vertrieb beschäftigt sind, gewählt wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Bei dem Fortschreiten der gewerblichen Entwicklung wird das persönliche Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter immer unmöglicher. Der Unternehmer kommt in sein Werk, wie der Landrat in sein Dorf hinein. Das ist alles. Sie verweisen auf die Wohlthaten für die Arbeiter; gerade diese verabscheut der Arbeiter am allermeisten: er will sein Recht auf menschenwürdiges Dasein und nicht Almosen! (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Hg. Herr v. Stumm (Rp.):

Auf die Angriffe des Vorredners auf die liberalen Herren habe ich nicht zu antworten; das würden die Herren nur übel nehmen. Ich will mich nur mit den zahlreichen Irrthümern und Mißverständnissen des Herrn v. Heyl beschäftigen. Die Verhältnisse in den Anapffachvereinen sind im allgemeinen so, daß wir damit zufrieden sein können. Die socialdemokratischen Agitatoren sind im allgemeinen in die Anapffachen noch nicht eingedrungen. Wenn in einzelnen Anapffachen socialdemokratische Agitatoren aufgenommen sind, so beweist das noch nichts gegen das Princip, das ich für so segensreich halte, daß ich es auf die gesamte Industrie übertragen wünsche. Herr v. Heyl irrt, wenn er meint, ich hätte für die Gewerbegebiete gestimmt. Ich habe auch durchaus nicht gesagt, daß ich glaube, daß die Majorität des Hauses auf meiner Seite steht. Aus dem stenographischen Protokoll geht hervor, daß ich das Gegenteil gesagt habe. In England ist das persönliche Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gerade durch die Trades-Unions gefördert worden. Bei uns besteht es noch, selbst in Aktiengesellschaften. Bei mir besteht es sicherlich und gerade dieses persönliche Verhältnis hat mich bei meinen Arbeitern populär gemacht. (Lachen.) Herr Möfke sagt, bei einem Betrieb von 3000 Arbeitern ist das persönliche Verhältnis unmöglich. Er irrt

sich gewaltig. Natürlich besteht kein fortwährender persönlicher Verkehr zwischen jedem einzelnen Arbeiter und Arbeitgeber, aber der Arbeitgeber hat doch seine Vertrauenspersonen, die mit den Arbeitern unterhandeln.

Hg. Stöder (Christlich-social):

Die Aeußerungen des Herrn von Kardorff waren für mich beleidigend, und ich bedaure, daß sie vom Präsidenten nicht gerügt worden sind. Wenn aber Herr von Kardorff bedenken wollte, was ich in den letzten zehn Jahren von seiner Partei erlebt habe, so wird er einsehen müssen, daß ich für ihn nichts anderes übrig habe, als die Abwehr und die Wahrheit. Die Wahrheit habe ich ihm gestern gesagt (Große Heiterkeit), von seiner socialpolitischen Erkenntnis habe ich aber nicht gesprochen. Dazu kenne ich seine socialpolitischen Ansichten viel zu wenig. Als ich ihm gestern sagte, davon verstehe er nichts, sprach ich von der Berliner Bewegung, und gegenüber seiner falschen Auffassung der Berliner Bewegung muß ich bei dieser Behauptung stehen bleiben. Seine Partei hat es von jeher versucht, die Kreise der Berliner Bewegung zu stören und ihr so viel wie möglich Stimmen abzutreiben. Sehen Sie sich doch die Stimmen an, die ein Bismarck, ein Molke im sechsten Berliner Wahlkreis erhalten haben, und vergleichen Sie damit die Zahl der Stimmen, welche auf uns, welche auf mich in Berlin gefallen ist. Herr v. Kardorff wird dann einsehen müssen, daß wir, die Vertreter der Berliner Bewegung doch nicht unnötig gearbeitet haben. Wenn er sagt, hier im Reichstag traue mir keine Partei mehr über den Weg, so ist diese Behauptung völlig gegenstandslos. Ich habe weder mit den Parteien verhandelt, noch mich ihnen zu nähern versucht. Von Vertrauen oder Mißtrauen kann also gar keine Rede sein. Herr v. Kardorff beklagte sich über den Rückgang des religiösen Gefühls in unserer Bevölkerung. Aber wenn das Organ seiner Partei Bestrebungen, welche auf die Hebung der unteren und Mittelschichten gerichtet waren, beständig unter dem Stigma Stöberei und Minderer der Verachtung weiter Volkskreise anheim gegeben hat, so ist das nicht der Weg, ein Volk religiös und die Jugend gestützt zu machen. (Sehr richtig bei den Antisemiten.) Noch ein paar Worte über die Ursachen des Wachstums der Socialdemokratie. Herr von Kardorff hat bestritten, daß auch Fürst Bismarck einen Teil der Schuld trägt. Das Verzug des Wachstums der Socialdemokratie ist aber das allgemeine gleiche Wahrecht und das stammt von Bismarck. Ich möchte ihm daraus keinen Vorwurf, es mag sein, daß die Einführung dieses Wahlrechts bei der großen damaligen politischen Entwidlung nötig war, um Deutschland in den Sattel zu heben. Ich kann mir auch gut die Möglichkeit denken, daß mit dem allgemeinen gleichen Wahrecht eine gesunde Entwicklung des Volksebens Weg weisen kann. Aber unter der Herrschaft des allgemeinen gleichen Wahrechts muß man die religiösen Mächte schonen und eine für den kleinen Mann vernünftige Socialpolitik machen. Nun ist durch den Kulturkampf eine Verbildung des Volkes in religiöser Beziehung eingetreten und das hat dazu beigetragen, die Gefahren des allgemeinen Wahrechts zu steigern. Dazu kommt das Uebermaß vollsberberlicher Freiheiten, unter denen wir noch heute zu leiden haben. (Lachen links, Bravo rechts.) Ich glaube, es gäbe hier im Saale niemand mehr, der daran zweifelte. (Erneutes Lachen links.) Dazu kommt weiter, daß man bis zum Jahre 1878 blind war, während man sehen mußte. Mit Schaudern habe ich damals schon die socialistische Bewegung beobachtet. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Ja, meine Herren, heute sind Sie ja sehr artig geworden, aber ich möchte Ihnen einmal vorlesen, was vor 20 Jahren der „Vorwärts“ geschrieben hat. (Hg. Lebucht: Gadsjagar nicht!) Nun ist meine irgend eine beliebige Nummer Ihres Organs aus damaliger Zeit. Dann kamen die Atentate und damit das Socialistengesetz. Ich finde es unhistorisch, daß sich die Socialdemokraten über den Erlaß des Gesetzes beschwerten. Das war damals unvermeidlich, um die aufgeregten Gemüther zu beruhigen. (Lachen.) Meine Herren, laden Sie doch nicht, ich gehöre ja zu denen, die schon vor Ablauf des Socialistengesetzes die Meinung auch öffentlich zum Ausdruck gebracht haben, daß nunmehr die Zeit gekommen sei, um es wieder einmal ohne Socialistengesetz zu versuchen. Und in der Richt-erneuerung des Socialistengesetzes sehe ich auch keine Ursache für das Wachstum der Socialdemokratie. Schuld daran war, daß man nun nur mechanische, nicht organische Mittel gegen die Socialdemokratie anwandte. Die Versicherungsversicherung ist gewiß zu loben, aber daß Fürst Bismarck damit keinen Arbeiterschutz verband, daß er Aeußerungen that, wie: wenn der Arbeiter Sonntags nicht arbeite, woher solle er den Lohn für den siebenten Tag nehmen, war ein großer Fehler. Ein weiterer Fehler war es, die starken Kräfte auf dem rechten Flügel der konservativen Partei beständig zu verheben. Was wir dem Fürsten Bismarck verdanken, das ist die Volkspartei Kaiser Wilhelms I., das ist seine Aeußerung, daß man sich an dem Worte Socialismus nicht zu stoßen brauche, wenn dieser Socialismus unchristliche Wege wandle. Versuchen Sie es mit der Organisation der Arbeiter nach den Vorschlägen der Herren Hise und Heyl, versuchen Sie es mit den Organisationen, die vom Geiste des praktischen Christentums getragen sind. Proletarier aller Länder vereinigt Euch, das war das unheilvolle Wort, durch das die Socialdemokratie groß geworden ist. Gätten wir die Arbeiter vorher organisiert, so wäre es niemals so weit gekommen. Für uns kann es kein anderes Lösungswort geben als Organisation der Arbeiter unter dem Zeichen des Christentums. Rech ist es Zeit! (Weifall bei den Antisemiten und einem Teil der Konservativen.)

Damit schließt die Diskussion. Sämtliche Anträge werden an die Kommission überwiesen, der die Gewerbenovelle obliegt. Schluß 5 Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. (Gebührensordnung für die Benutzung des Kaiser-Wilhelm-Kanals; Kaufahrtschiff-Flaggenrechts-Gesetz; Wahlprüfungen.)

Lokales.

Arbeiter, Parteigenossen! Die Zeit der Landpartien und Ausflüge naht heran. Möge jeder Arbeiter nunmehr besonders genau die am 28. April herausgegebene Lokalliste beachten. Vor allen Dingen erwacht den Gewerkschaften, Vereinen, Klubs &c. die Aufgabe, bei ihren Ausflügen und sonstigen Vergnügungen darauf zu achten, daß die benutzten Lokale auch zu Arbeiter-Versammlungen hergegeben werden. Wenn irgendwie unseren Parteigenossen in der Umgegend bei ihrem Kampfe um das Verbandsrecht erfolgreich beispringen werden kann, so in der kommenden Jahreszeit. Lokallisten sind bei sämtlichen Mitgliedern der Lokalkommission, u. a. auch bei dem Unterzeichneten zu haben. J. A.: Karl Scholz, Brangelsstr. 110.

Jur Lokalliste. Das Lokal „zum Alten Deffauer“ (Zsh. Ledewig), Artilleriestr. 32, steht der Arbeiterschaft unter den bekannten Bedingungen zur Verfügung. In Preußen steht das Lokal Julius Hert der Arbeiterschaft zur Verfügung.

Die Lokal-Kommission.

Die Berliner Volksküchen

haben in den letzten Jahren schlechtere Geschäfte als sonst gemacht. 1897 hatten von den bisher 15 Hauptküchen 6 geschlossen werden müssen, weil bei ihnen die Einnahmen die Ausgaben nicht mehr deckten. 1898 ist noch keine dieser Küchen wieder eröffnet worden, wohl aber ist die neben den Hauptküchen bestehende Frauenküche gleichfalls geschlossen worden. 1898 verlaufen die 9 Hauptküchen mittags: 153 788 Portionen à 25 Pf., 512 416 à 15 Pf., 105 288 à 10 Pf., 214 432 à 5 Pf., 12 612 à 8 Pf., zusammen 998 486 Portionen; abends, nur in den Herbst-, Winter- und Frühjahrs-Monaten: 167 012 Portionen à 10 Pf., 72 433 à 8 Pf., 74 046 à 5 Pf., 66 770 à 3 Pf., zusammen 380 861 Portionen; überhanpt: 1 379 347 Portionen. Außerdem wurden in der Frauenküche mittags 14 267

Portionen zu 10 bis 40 Pf. verkauft. Der Gesamtumsatz stellte sich 1898 in neun Hauptküchen und der Frauenküche auf 1 394 614 Portionen, während er sich 1897 in 15 Hauptküchen (von denen aber sechs noch vor Ablauf des Jahres geschlossen wurden) und in der Frauenküche auf 1 519 260 Portionen gestellt hatte. Das Jahr 1897 hatte mit einem Betriebsverlust von über 11 000 M. geschlossen, das Jahr 1898 schloß mit einem Verlust von über 6200 M. Der Verlust ist geringer geworden, weshalb der Bericht pro 1898 sagt, es dürfe „mit Befriedigung“ auf das Ergebnis dieses Verwaltungsjahres zurückgesehen werden. — Die wirtschaftliche Bedeutung der Volksküchen, ihr Einfluß auf die Ernährung der unbemittelten Bevölkerung ist natürlich nicht nach der Höhe des Gewinnes oder Verlustes, sondern nach der Größe des Umsatzes und seinem Verhältnis zur Stärke der in Betracht kommenden Bevölkerungsschicht zu beurteilen. Diese Bedeutung war niemals sehr groß, ist aber in neuerer Zeit noch mehr zusammengeschrunken. Die Zahl der Personen, die in den Volksküchen ein eigentliches Mittagsmahl (Gemüse mit oder ohne Fleisch u. s. w.) genossen, kam sich im ganzen Jahre 1898 für alle 9 Hauptküchen höchstens auf etwas über 750 000 gestellt haben (wenn man nämlich annimmt, daß von jedem Mittagsgast immer nur eine Portion zu 25, 15 oder 10 Pfennig verzehrt worden ist, und die Portionen zu 5 und 3 Pfennig — Wärschen, Kaffee, Milch, Kolos usw. — als bloße Zugabe außer Betracht läßt). Auf den Tag kämen dann durchschnittlich nur wenig über 2000 Mittagsgäste, — für eine Stadt wie Berlin ein sehr bescheidenes Häuflein! Und das Häuflein ist immer kleiner geworden, während Berlin immer größer geworden ist. Frau Lina Morgenstern, die Begründerin und Leiterin der Berliner Volksküchen, glaubte früher einmal, mit ihren Volksküchen zur „Versöhnung der Klassen-gegensätze“ beitragen zu können. Ob sie es heute noch glaubt?

Der Berliner Bildungshilfster wird in der katholischen „Köln. Volks-Ztg.“ wie folgt charakterisiert: „Man findet in den großstädtischen Kreisen, wo die liberale Weltanschauung herrscht, nicht etwa demokratische Ideale vertreten — was dem Beobachter oft auffällt, ist die Abwesenheit jeglicher Ideale und jeglichen ernsthaften Willens. Das ist nicht nur bei den Nationalliberalen so, sondern auch bei den Linksfreisinnigen, die wenigen Männer abgesehen, welche im Mittelpunkt des Parteilebens stehen, und im Parlament oder den Bezirksvereinen mit oft bewundernswerter Ausdauer die Sache des Freisinnigen führen. Aber das Gros der Wähler und Parteiglieder ist ohne Begeisterung, ohne Thatskraft. Es mag sein, daß sie sich nicht in dem Maße, wie die Konservativen für die Monarchie erwärmen, zumal der langandauernde Gegensatz zwischen den fortschrittlichen Parteifreien und den Veratern des Thrones doch eine gewisse Kraft geschaffen hat, aber die freisinnige Bourgeoisie wäre wirklich auch nicht bereit, für die „Freiheit“ und die „Parlamentsrechte“ etwas Großes zu thun und zu opfern. Der herrschende Zug in der liberalen großstädtischen Bourgeoisie ist, um mit dem Fürsten Bismarck zu reden, das „Gefühl der absoluten Würseligkeit“ gegen alles Ideale auf politischem wie religiösem Gebiete.“ Der Kritiker leidet gegenüber dem bekannten Wort, daß Friedrich II. bei Jorndorf gesprochen haben soll.

Academischer Umsturz. Die „Staatsbürger-Zeitung“ empfiehlt sich dem löblichen Geistesminister mit folgender zielbewussten Notiz: „Socialdemokratische Agitation mit behördlicher Genehmigung. Wie eine hiesige Korrespondenz meldet, hat der Rektor der Berliner Universität, Geheimrat Waldeyer, ein Sommerprogramm des „Socialwissenschaftlichen Studentenvereins“ genehmigt, in dem der „Deutschen Zeitung“ zufolge, unter anderem auch für Freitag, 2. Juni, ein Vortrag des socialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten Max Schippel über „Anläufe zu einem Zollbund zwischen England und seinen Kolonien“ vorgesehen ist. Wie erinnerlich ist, hat der obengenannte Studentenverein von jeher eine kleine Liebhaberei für radikale Agitatoren gehabt; so wurde, wenn wir uns nicht irren, ein Versuch, den Redacteur der radikalen „Volks-Zeitung“, Karl Vollrath, in jenem Verein zu Wort kommen zu lassen, noch rechtzeitig durch den Rektor verhindert. Die Zeiten haben sich geändert: damals wurde dem socialistischen Redacteur der Zutritt in die studentischen Kreise verweigert; jetzt gestattet Geheimrat Waldeyer sogar dem ausgesprochen socialdemokratischen Redner, Studenten über volkswirtschaftliche Dinge „aufzuklären“! Das diesmal auch ein Präulein einen Vortrag halten darf, während früher die Vorträge von Damen nicht gestattet wurden, erwähnen wir nur nebenbei. Die Socialdemokratie an der Universität, die Dr. Kronis im Vortrage hat, rückt vor.“

Nun wird wohl Herr Boffe die ganze Universität disciplinarisch andrängen müssen, den Rektor an der Spitze.

In der Angelegenheit des Josefs-Waisenhauses meldet die „Votd. Korr.“: „Die Erziehungsmethode im Potsdamer St. Josefs-Waisenhause wird von den katholischen Müttern und von einem Berliner Stenografen in den Himmel gehoben. Man hat sogar, um die Stimmung etwas zu bessern, die Kritik des vorerwähnten Blattes in Potsdam von Haus zu Haus durch Dienstmänner verbreiten lassen und ein Potsdamer Arzt ist für das Waisenhause mit einer nichtsfagenden Erklärung eingesprungen, wobei berücksichtigt werden muß, daß der Herr zu dem St. Josefs-Krankehaus gewisse Beziehungen hat. Dies alles giebt uns nun Veranlassung, ohne daß wir dabei irgend welche konfessionelle Stellung einnehmen, über die Erziehung im St. Josefs-Waisenhause zwei wohlverbürgte Beispiele anzuführen. Wie alle Kinder der Potsdamer Gemeindefamilien werden auch die der katholischen Schulen im Sommer nach der Dietrichschen Fluhbadeanstalt zum Vade geführt, das sie dort unter Aufsicht der Lehrer gratis genießen. Da sind nun einem der Lehrer, dessen Namen wir vorläufig noch nicht nennen wollen, wiederholt die blaugefärbten Striemen auf den Körpern der katholischen Waisenkinder aufgefallen und als er deshalb einmal einen Knaben darüber befragte, weshalb er derartig gequält sei, erfuhr er, daß dies als Strafe dafür, daß er sein Taschentuch in seinem Sonntaganzug habe stecken lassen, geschehen sei. Der zweite Fall betrifft einen Waisenkneben, der zu dem Tischlermeister Klingner in Potsdam, Rautener Kommunikation 4, von dem katholischen Waisenhause in die Lehre gebracht war, aber noch im Waisenhause Wohnung behielt. Der Knabe kam nun meistens des Morgens zu spät zur Arbeit und gab als Grund dafür an, daß er angehalten würde, noch morgens zur Messe zu gehen. Als der Meister nun darauf bestand, daß sein Lehrling rechtzeitig zur Arbeit käme, that er dies auch, worauf nunmehr der Knabe, weil er die Messe nicht mehr besuchte, vom Waisenhause mit Entziehung des ersten und zweiten Frühstücks bestraft wurde. Die Folge davon war, daß der schlecht genährte Lehrling derartig blaß und mager wurde, daß dies dem Meister auffiel. Als der Mann hierauf den Sachverhalt erfuhr, nahm er den Knaben gänzlich zu sich. Schulische Beispiele von der im St. Josefs-Waisenhause geübten Praxis lassen sich noch mehrfach anföhren.“

Die Verteidigung Eduard von Simons findet am Sonnabend, den 8. Mai, mittags 12 Uhr von der Neuen Kirche (Gendarmen Markt) aus auf dem Friedhof der Neuen Kirche, Vellealliancestraße, statt.

Die winterliche Witterung dieser Tage, die in unserm Monnemond den Kachelofen wieder sehr zur Ehren bringt, ist über ganz Nord- und Mitteldeutschland ausgebreitet. In Magdeburg trat gestern vormittag nach vorausgegangenem Regen starker Schneefall ein.

In Sachen Koshemann. Der im Justizhaus in Sonnenburg befindliche Anarchist Koshemann hatte, wie wir mitteilen, eine Reihe neuer Beweisanträge beim Strafgericht des Kammergerichts eingebracht, welche darthun sollten, daß die Zeugen wider ihn in der

Belannten Attentatsache gegen den Polizei-Oberst Krause falsch ausgelegt haben. Das Gericht hat jetzt die sämtlichen Anträge als bereits durch frühere Untersuchung widerlegt, abgelehnt.

Am 8. Mai wird bei dem Postamt 91 (Eisenerstraße) der Telegraphenbetrieb eingerichtet. Die Dienststunden für den Verkehr mit dem Publikum werden für die neue Betriebsstelle, die nur an Werktagen geöffnet ist, auf die Zeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends festgesetzt.

Erkennbarkeit. Das „Berl. Tagebl.“ wartet mit folgender sommersen Geschichte auf: „Infolge der Volltote im Unionklub, durch welche die Aufnahme des Generalkonjuls Schwabach in den genannten Klub abgelehnt worden war, sollte der Ober-Pandhallmeister Excellenz Graf Georg Lehndorff — wie die „Staatsbürger-Zeitung“ zu melden wußte — seinen Austritt aus dem Klub erklärt haben. Der Graf habe als Vater des Renaissanznehmenden fungiert und sei daher durch die Ablehnung gekränkt worden. Wir werden von maßgebender Stelle aus ersucht, dem gegenüber auf das Bestimmteste zu erklären, daß Graf Lehndorff nach wie vor Mitglied des Unionklubs ist und die Nachricht der „Staatsbürger-Zeitung“ demnach eine willkürliche Erfindung war. Die sieben Herren gehören eine willkürliche Erfindung war. Die sieben Herren gehören fast sämtlich selbst der Finanzaristokratie und den Kreisen der Industriellen an und haben selbstamerweise schon mehrmals die Aufnahme gerade solcher Herren, die ihrem Berufsstande nahe stehen, verhindert. Wie dadurch Graf Lehndorff sich gekränkt fühlen sollte, ist ein Geheimnis der „Staatsbürger-Zeitung“.“

Wohlherweise halten die Finanziers im Unionklub ihren Einfluß schon für groß genug, um eine weitere Beteiligung von ihresgleichen als unangenehme Konkurrenz zu empfinden.

Die Trümmer eines ehemals fürstlichen Vermögens kamen gestern auf der Pfandkammer in der Markstraße zur Versteigerung. Es handelte sich um die Eigenschaften des Grafen v. Egloffstein, der sich jetzt, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, in die Einkassiererei von Schloß Pflügen zurückgezogen hat. Das Schmiede- und Drechslerwerk bestand u. a. die hohen Stiefeln Sr. Gnaden, drei weiße Westen, einen Frack und diverse Gruppenbilder, die den hochgeborenen Betrüger in trauriger Umgebung seiner Standesgenossen darstellten. Die Fremdschäufel des Grafen, die sich auch hier bewährte, hing schließlich ein Heißhuhn mit den Trödlern an und laufe von ihnen den Frack und die Stiefeln gegen ein kleines Aufgeld zurück, während die Photographien merkwürdigerweise verschmachtet wurden. So hat Herr v. Egloffstein immerhin die Sicherheit, daß er sofort nach seiner Entlassung wieder standesgemäß auftreten kann.

Der Erfinder des Fahrrades. Die „Berliner Zeitung“ berichtet, daß ein junges Mädchen in Berlin, dem vom Arzte das Radfahren verordnet worden sei, eines Tages auch zum Konfirmationsunterricht gefahren wäre. „Kaum hat der Herr Pastor seine neue Konfirmandin hoch zu Rad erblickt, als er sich die Mutter kommen läßt. Die Mutter erzählt zwar die Veranlassung zur Ausübung des Radfahrens, aber der fromme Herr erklärt ihr: Das Fahrrad ist eine Erfindung des Teufels.“ Statt den Geselligen auszulachen, ließen Mutter und Tochter schlammig vom Rade ab und unterstützten so die alte Aversion der Dunkelmänner gegen alles, was den Menschen vorwärts bringt.

Beim Spielen am Treppengeländer ist wieder einmal ein Kind verunglückt. Das fünfjährige Tochterchen des Sanktmanns Ladewig aus der Marienburgerstr. 33 stürzte gestern Abend um 7 Uhr aus dem zweiten Stock über das Geländer hinweg in den Hausflur hinab und zog sich einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen zu. In hoffnungslosem Zustande wurde das Kind in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Mit dem Wechselstube-Inhaber Fris Thiele ist dessen Geliebte, die 47jährige Wittwe Weglar, Dramenstr. 55 wohnhaft, verschwunden. Da immerhin mit der Annahme gerechnet wird, daß sich die beiden das Leben genommen haben, ist die Wohnung der Dame von der Polizei geöffnet worden. In dem im dritten Stockwerke belegenen, übrigens recht bescheiden eingerichteten Zimmern hat sich keinerlei Anhalt über den Verbleib des Paares gefunden. Es laucht das Gericht auf, daß das Paar sich ein Leid angethan hat, auch meldet man, daß die Vermögensverhältnisse des Thiele durchaus nicht schlecht seien.

Ein Kind ohne Namen bleibt vorläufig das neugeborene Söhnchen eines in Berlin anässigen Polen, des Herrn Maximilian Wodziejewski. Der glückliche Vater wollte seinem Sproßling den Vornamen Wojciech Wladyslaw, zu deutsch Adalbert Ladislaus beilegen, doch die Eintragung dieser Namen in das Standesamts-Register wurde verweigert. Herr W. wollte weder von der Eintragung der deutschen Form der beiden Vornamen, noch von der Wahl eines anderen, etwa im Polnischen und Deutschen gleich klingenden Namens wissen, sondern hat gegen den Standesbeamten Beschwerde eingereicht. Bis zur Erledigung des Zustanzungszuges muß sich der junge Wodziejewski ohne Vornamen behelfen.

Die Leiche des verschwundenen Restaurateurs Finger aus der Sebastianstraße ist gestern vom Ragenower See bei Neu-Paradenberg ans Ufer geworfen worden.

Der Restaurateur Krüger in der Kotliserstr. 13 teilt uns mit, daß er mit dem in Nr. 100 unter „Dienstboten-Mißhandlung“ von uns erwähnten Herrn gleichen Namens nicht identisch ist.

Die Eröffnung der Großen Berliner Kunstausstellung ist auf Sonntag, den 7. Mai, festgesetzt. Von 2 Uhr nachmittags ab wird der Eintrittspreis, entgegen demjenigen der Vorjahre, statt zwei Mark nur 10 Pf. betragen.

Theater. Franziska Gillenreich nimmt mit Ablauf der Saison vom bisherigen Schauspielhaus Abschied. Frau Gamenreich wird sich ein Jahr lang auf eine Gastspielreise begeben, um dann ihre ganze künstlerische Kraft dem neuen Hamburger Theater zu widmen. In Hamburg hat die Künstlerin bereits vor 20 Jahren unter Volkmund Wanzel neben Friedmann und Bernau gewirkt. — Im Schiller-Theater wird, um neugierigen Zuschauern zu entsprechen, Sonntagnachmittag einhalt der im Baden Spielplan angezeigten Vorstellung Grillparzers „Des Meeres und der Liebe Weib“ gegeben. In der Sonntagabendvorstellung geht das Volksdramma „Der Vergeltungsmörder von Kummern“ in Szene. In der heutigen Vorstellung wirdabend Schauspiel „Die Frau vom Meere“ zum erstenmal wiederholt.

Ein Fabrikbrand, der großen Schaden anrichtete, beschäftigte die Feuerwehre Donnerstag mehrere Stunden. Auf noch nicht aufgeklärte Weise war auf dem Modellboden der Maschinenfabrik von H. Müller, Pringens-Allee 24, Feuer ausgebrochen, das erst bemerkt wurde, als die Flammen das Dach des Seitenflügels durchbrochen hatten. Als die Feuerwehre anlangte, war bereits das angrenzende, erst vor einigen Jahren neu erbaute Fabrikgebäude im Mitleidenschaft gezogen, und eine starke Verqualmung sämtlicher Räume erzwangte die Vorfahrt. Erst nachdem durch Einschlagen des Daches Luft geschaffen war, konnte energisch gegen das Feuer vorgegangen werden. Branddirektor Giersberg war selbst erschienen und leitete einige Zeit die Vorkämpfer. Der Dachstuhl des Seitenflügels, wie auch des neuen Erkergebäudes ist teilweise eingeschlagen. Besonders hart wird aber die Fabrik durch die Vernichtung wertvoller Modelle betroffen, zu deren Beschaffung ein Zeitraum von Monaten erforderlich ist. Die Fabrik ist auf weit hinaus mit Aufträgen versehen und beschäftigt gegen 200 Mann. Es ist Vorsorge getroffen, daß der Betrieb aufrecht erhalten werden kann.

Aus den Nachbarorten.

Die Parteigenossen in Rummelsburg sind von einem kömmerlichen Verlust betroffen worden. Der Weber Wilhelm Sorgbert ist nach langem, qualvollem Krankenlager am 1. Mai

gestorben. Sorgbert, der schon in den achtziger Jahren dem Socialistengesetz zum Trotz tapfer in Berlin und im Kreise Nieder-Barnim seine Schuldigkeit gethan hat, war von 1891 bis 1898 Vertrauensmann der Partei am Orte. Unermüdet und rasilos war er oft bis zum Neft seiner Kräfte für die Partei thätig. Voriges Jahr zwang ihn seine Krankheit, das Ehrenamt niederzulegen. Er wurde bald völlig auf das Krankenlager geworfen, von welchem er sich leider nicht wieder erheben sollte. Mögen die Parteigenossen das Andenken ihres verstorbenen Freundes stets in Ehren halten. Die Beerdigung findet am Sonntag 2 Uhr vom Siechenhause Grenzauer Allee aus in Rummelsburg statt. Die Genossen von Rummelsburg und Stralau, Kopp, Vertrauensperson des Nieder-Barnimer Kreises, Arthur Stadthagen, Mitglied des Reichstages.

In Johannisthal fällt am 8. Mai die Versammlung des socialdemokratischen Vereins aus.

Rixdorf. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung erfolgte die feierliche Einführung des Bürgermeisters Bobdin durch den Regierungspräsidenten Graf Hue de Grais. Der Herr Graf sprach seine besondere Genehmigung darüber aus, daß er gerade Herrn Bobdin als Bürgermeister einführen könnte. Er bitte ihn, sich das Vertrauen seiner zu erhalten, das in seiner einstimmigen Wahl zum Ausdruck gekommen sei. Sich an die Versammlung wendend, rühmte der Regierungspräsident die Selbstverwaltung der Städte in Preußen, die der Bürgerchaft auf dem Gebiete des Gemeindeforts ein so großes Tätigkeitsfeld einräume, wie es kaum in einem anderen Staate der Fall wäre. Sie wäre durch nichts eingeschränkt, als durch das, was durch den Zusammenhang mit dem Staatsverbande durchaus notwendig sei. (Darunter kann man alles mögliche verstehen. Die Redaktion.) Man möge auch in Rixdorf doppelt einig darin sein, das Wohl der Stadt als erste Aufgabe gelten zu lassen und dieses Ziel zu verfolgen ohne Rücksicht auf persönliche Interessen und ohne Rücksicht auf die Parteistellung. — Der Stadtverordneten-Vorsteher Sander beglückwünschte darauf den Bürgermeister namens der Stadtverordneten-Versammlung in herzlichen Worten. Bei seiner Kunst, die Gegensätze zu mildern und die Punkte der Einigung zu finden, bei seiner Anbe, mit der er selbst Widerstreitende für die gute Sache zu gewinnen wisse, werde es ihm nicht schwer werden, alle Klümpen zu vermeiden und durch die unausbleiblichen Stürme zum Ziele der Gemeindevollmacht zu gelangen. Nachdem noch Justizrat Bärner für den Magistrat gesprochen hatte, dankte Herr Bobdin allen Beteiligten. Zudem er die Worte Hue de Grais über das einmütige Zusammenwirken aufgriff, meinte er, er glaube die Versicherung abgeben zu können, daß in Rixdorf alle, die mitzuhaben hätten, diesem Ziele zusteuerten. Wenn sie ihre Meinung auch nicht aufgaben, so wollten sie doch nicht die Parteigenossenschaft hervorheben und nicht das einträchtige Zusammenwirken fördern durch persönliche Gegensätze. Dieser Rede folgten Beifallskundgebungen von allen Seiten.

In Mariendorf hat der seit Jahren anhaltende Mangel an Schutträumen dahin geführt, daß anfangs April ds. Js. die sämtliche Mädchenklasse in der Turnhalle untergebracht wurde. Böse Jungen fragen, ob denn außer diesem Lokal kein leerer Hofraum zur Verfügung hand? Die Turnhalle liegt 15 Minuten außerhalb des Dorfes; gegenwärtig, wo der Unterricht ab sieben beginnt, müssen die siebenjährigen Kinder mitten vor sechs Uhr aus den Betten heraus. Das Lokal ist immer zu erwärmen, und daher sitzen die Kleinen im Wintermantel frierend auf den Bänken. Husten und Schnupfen sind an der Tagesordnung. Am Dienstag war der Lehrer gezwungen, eine Stunde mit den Schülerinnen spazieren zu gehen, weil es in der Schulfabrik vor Rauch nicht auszuhalten war. Am endlich mit dem Unterricht beginnen zu können, mußten bei der rauhen Witterung sämtliche Fenster geöffnet werden. Die Leute haben dies nicht unrecht, die die seit langem im Orte auftretenden Diphtherie-Erkrankungen mit derartigen Schulzuständen in Verbindung bringen.

Die Gemeindevertretung von Tempelhof beantragt von der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft eine einmütige, für die ganze Dauer des Vertrages geltende Abfindungssumme, außerdem eine jährliche, bestimmte fixierte Abgabe als Beitrag zu den Pflasterungs-Unterhaltungskosten, und hat in ihrer jüngsten Sitzung beschlossen, die Straßenbahn-Gesellschaft von diesen erhabenen Ansprüchen in Kenntnis zu setzen. Den von der sächsischen Vorortbahn eingereichten Nachtragsvertrag hat die Gemeindevertretung abgelehnt, dagegen den von ihrer Kommission entworfenen Vertrag angenommen. Die Legung des Spieselabells für die oberirdische Leitung für die Dauer des Hauptvertrages mit der sächsischen Vorortbahn ist von der Gemeindevertretung genehmigt worden.

Schöneberg. Die letzte Stadtverordneten-Sitzung beschäftigte sich mit einer Petition des Vereins der Milchhändler von Schöneberg, betreffend das Ausstellen von Waren auf den Straßen und Plätzen. Der Berichterstatter weist darauf hin, daß dieser Punkt schon einmal die Versammlung beschäftigt hat, ohne daß ein Resultat zu erzielen war. Das Polizeipräsident habe auf eine Eingabe des Hausbesitzer-Vereins einen ablehnenden Bescheid erteilt. Es handle sich jedoch hier um den Schutz des Kleinverbrauchs vor dem Großkapital. Er bittet, der Petition Folge zu geben. Nach längerer Debatte beschließt die Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, daß er bei der sächsischen Polizeidirektion Schöneberg beantrage, das Ausstellen von Waren zu verbieten. Nach der Wahl der Deputierten in die Deputationen für Hoch- und Tiefbau gelangt der Bericht des Ausschusses für die Hochbahn zur Verhandlung. Es wurde einstimmig beschlossen, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, in Anbetracht des Umstandes, daß der Rollendorfsplatz einer der schönsten Plätze des Westens ist und für einen großen Stadteil die einzige Erholungsstätte bildet, mit allen Mitteln gegen die den Rollendorfsplatz bedrohende Anlegung einer Rampe der elektrischen Hochbahn anzulämpfen.

Eine unangenehme Ueberraschung ist den Volks-Schullehrern von Schöneberg am 1. April bereitet worden. Sie haben ihr Gehalt nicht vollständig ausgezahlt erhalten, und zwar sind ihnen die Alterszulagen vorenthalten worden. Gründe für diese eigentümliche Maßnahme wurden den Betroffenen bis zur Stunde nicht mitgeteilt. Die Alterszulagen werden von der Regierung aus der Alterszulagen-Kasse an die Stadt gezahlt, nachdem die Stadt selbst größere Beträge an diese Kasse abgeliefert hat. Es findet also eigentlich nur eine Art Umrechnung statt. Sollte die Regierung die Beträge wirklich noch nicht abgeliefert haben, so würde die Stadt keine Gefahr laufen, wenn sie sich zur Auslage der betreffenden Summen entschloesse. Oder glaubt man, daß die Volksschullehrer von dem richtigen Gehalt, welches sie beziehen, so große Erparnisse erzielen, daß sie einen derartigen Ausfall ihres Einkommens ohne weiteres zu tragen vermögen?

Ihren Austritt aus der Landeskirche hatten, wie seiner Zeit berichtet, 71 Einwohner der Dörfer Alt- und Neu-Langerwisch beim Amtsgericht in Potsdam angemeldet, weil sie dadurch hofften, die Verletzung des bisherigen Geistlichen Pfarrers Franz zu erlangen. Nachdem ihnen dies zugeführt war, verzichteten alle auf den Austritt aus der Kirche, haben aber nunmehr jeder eine gerichtliche Reklamation in Höhe von 8,25 R. erhalten. Man darf wohl kaum annehmen, daß die Landeute durch diesen Ausgang der Affaire fester an ihre Kirche gekettet werden.

Spandau. Große Erregung herrscht unter der Bürgerchaft über die Absicht der Stadtverordneten, das Terrain des früheren Juchthauses, der nachmaligen „Schloßkammer“, als Bauplatz für ein neues Rathaus anzuliegen. Das hiesige Rathaus erweist sich, trotz aller Umbauten, schon seit Jahren als viel zu klein zur Verbergung der sämtlichen städtischen Verwaltungsbüreaus. Als nun im Jahre 1897/98 der Militärklub die alte „Schloßkammer“ zum Abbruch verkaufen wollte, gab die Stadtgemeinde Spandau in dem an-

beraumten Verkaufstermin ein Gebot von 870 000 R. ab. Zwei geschäftslustige Privatunternehmer boten jedoch 5000 R. mehr und erhielten dafür den Zuschlag. Nachdem die Herren aus dem Abbruch allein 36 000 R. herausgezogen und für die Abtretung von Straßenland von der Stadt Spandau bereits 55 000 R. erhalten haben, bieten sie jetzt die bloße Baustelle der Stadt für den Preis von 455 000 R. an. Es ist auch bereits eine Kommission gewählt worden, welche über den Ankauf unterhandeln soll. Wohl oder übel wird die Stadt in den sauren Apfel beißen und den beiden Kapitalisten zu dem neuen Profiten von 171 000 R. verhelfen müssen, da sich der jetzige Raumangel im Rathaus nicht länger ertragen läßt.

In Spandau wird die Errichtung einer ständigen Feuerwache von der „freiwilligen Feuerwehre“ beabsichtigt. Das Fehlen einer solchen Wache hat sich bereits oft unangenehm bemerkbar gemacht.

Ein neuer Fall von schwarzen Voden ist auf dem Auswandererbahnhof Ruhleben vorgekommen; ein Russe ist von der Seuche befallen worden. Er selbst mit samt seiner Familie wurde auf dem Bahnhof zurückgehalten und in die Isolierbarade gebracht.

Geriichts-Zeitung.

Aus der Herberge zur Heimat. Ein sauberes Fräulein ist der noch jugendliche Arbeiter Paul Buchnow, der unter der Anklage der Beihilfe zum schweren Diebstahl gestern vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I stand. Die Mutter des Angeklagten, der erst vor kurzem aus der Provinz nach Berlin übergesiedelt ist, führt hier einem Monteur die Wirtschaft und der Sohn hatte, wenn er die Mutter besuchte, Gelegenheit, die Wohnungsverhältnisse kennen zu lernen. Nach seiner Behauptung ist er nun von einem Schlafkollegen in der Herberge zur Heimat auf die abschüssige Bahn gebracht worden. In der Herberge habe dieser Kollege das Gespräch auf Diebstehne und Diebesstücke gebracht und sich gerühmt, daß er als Schlosser sehr leicht einen lohnenden Diebstahl ausführen könnte, wenn ihm nur die Gelegenheit nachgewiesen würde. Dies hat dann der Angeklagte befragt, indem er verriet, daß der Monteur, dem die Mutter die Wirtschaft führe, seine Wertsachen in einem Koffer aufbewahre, der sehr leicht zu stehlen sei. Dies Wort fiel auf einen jungen Voden. Der Schlosser nahm den Gedanken zur Ausführung des Diebstahls sofort auf und der Angeklagte ließ sich überreden, mit zu ihm. Er übernahm es, den Koffer der Mutter aus der Wohnung anzufindigen und stand vor der Thür Schmie, während der andere mittels eines Dietrichs die Wohnungstür öffnete und den Koffer stahl. Letzterer enthielt außer barem Gelde und Wertpapieren auch mehrere Sparbüchsen in ziemlich hohem Betrage. Der Angeklagte versicherte, daß ihm die Sache leid geworden sei, daß er aber das Verbrechen nicht mehr habe verhindern können, da der Einbrecher inzwischen schon den Diebstahl ausgeführt und mit dem Koffer schon auf Nummerwiedersehen das Weite gesucht habe, während er noch auf der Strafe auf die Rückkehr der Mutter aufpasse. — Der Gerichtshof ließ es unentschieden, ob der Angeklagte nicht bei dem Einbruch selbst thätig gewesen ist; er verurteilte ihn wegen Beihilfe zu einem Jahre Gefängnis.

Vermischtes.

In Tornau, Kreis Bitterfeld, tritt unter den Kindern die Malariaepidemie in so umfangreichem Maße auf, daß der Schluß des Schulunterrichts wohl erforderlich ist. Von 72 Schülern besuchten in den letzten Tagen noch nicht 10 den Unterricht.

In Wien veranstalten die partigenössischen Arbeiterorganisationen in dortigen Deutschen Volkstheater einen längeren Cirkus theatralischer Vorstellungen vom 11. Mai bis 11. Juni. Die Preise der Plätze sind niedrig gestellt. Ein Sitz in den Logen, Orchesterloge und Eise erster Reihe kosten je einen Gulden, alle anderen Plätze nur sechzig Kreuzer (eine Mark), die Stehplätze 20 und 10 Kreuzer. Zur Aufführung sind vorerst nur zwei Stücke in Aussicht genommen: „Viertel Turozer“ von Philipp Langmann und „Eine Königin“ von Theodor Wolf.

Erdbeben. Aus Obersteiermark kommen neuerlich ununterbrochen Nachrichten über Erdbeben, so aus Götz und Krantath, wo wiederholt heftige Stöße die Bevölkerung erschrecken. Die Hausmänner belamen Risse, Gefäße stürzte herab, die Schulbänke schienen sich zu heben, so daß die Kinder riefen: „Die Bänke werden lebendig.“

Eisenbahn-Reform in Belgien. Mit dem 2. Mai ist auf den belgischen Staatsbahnen die 1. Wagenklasse abgeschafft worden, es gibt mit Ausnahme der internationalen Züge nur noch zwei Wagenklassen. Erwähnt sei, daß seit längerer Zeit schon die Fahrpreise für alle belgischen Eisenbahnzüge, Eilzüge, Personenzüge, die gleichen sind.

Das arme Spanien wird von allem möglichen Unglück verfolgt. Die aus Madrid berichtet wird, ist die Gegend von Ciudad Real von großer Heuschreckenschwärmen, die starke Verwüstungen anrichteten, heimgejagt worden, ein von Kobajoz kommender Eisenbahnzug, der auf große Denskreuzschwärme stieß, traf mit großer Verspatung ein.

Schiffsunfälle im Monat März. Nach den vom Bureau „Veritas“ in Hamburg veröffentlichten statistischen Listen sind in dem teilweise sehr stürmischen Monat März d. J. 130 Schiffe verloren gegangen, und zwar 101 Segelschiffe mit 30 331 Registertons und 38 Dampfschiffe mit 39 943 Registertons. Darunter befanden sich 10 Dampfer (7 Segelschiffe und 3 Dampfschiffe) mit 5370 Registertons. Außerdem weisen die Listen noch 486 Schiffe auf, die durch Unfälle Beschädigungen erlitten haben. Unter diesen Schiffen befinden sich auch noch 37 deutsche.

Afrikanische Abenteuer. Aus Kapstadt wird vom 8. Mai gemeldet: Eine unter der Leitung zweier Europäer stehende Karawane ist östlich vom Kapstadt-See in der Nähe des Quellgebietes des Noompa von Eingeborenen angegriffen worden. Fünfzig Träger sind getötet und alle mitgeführten Waren geraubt worden. Die beiden Europäer haben nach dreitägiger Wanderung durch den Busch Fort Schille erreicht.

Die erste gedruckte Zeitung ist zu Ohiern d. J. in Lappland erschienen. Dieselbe führt den Namen „Lappland“. Eine handgeschriebene vervielfältigte „Zeitung“, welche in der beschriebenen Anzahl von 6-8 Exemplaren verbreitet wurde und von jungen Leuten in Kewdsjauer verfaßt worden war, hatte Anfang gefunden und den Redactoren Verlust gemacht, den Versuch mit einer gedruckten Nummer zu wagen. Aber die Stärke der Auflage und den weiteren Fortgang des Blattes fehlen bisher noch die Nachrichten.

Ein Rentier am Gemise giftiger Auktern verstorben. Aus Vopparad wird der „Frankf. Jg.“ berichtet: Der in weiteren Kreisen bekannte Rentier H. D. Vaedeler, früher Großkaufmann in Essen, genoss auf einer italienischen Reise Auktern, worauf er alsbald erkrankte. Hierher zurückgekehrt, starb er an Vergiftung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7½ bis 8½ Uhr abgehalten.

- 99. Rein.
- 100. W. 10. 1890.
- 101. W. 10. 1. Die nächste Jahrestelle der „Arbeiter-Bildungs-Kasse“ befindet sich bei Frau Steinert, N. Müllerstr. 7a. Bezüglich der freien Volkshäuser benutzen Sie die Adresse: G. Winkler, Rixdorf, Rindowstr. 36.
- 102. 1. Berliner Krankenunterstützungs- und Begräbnisverein für Frauen und Mädchen. Jeden Freitag Nachmittags bei Reichwald, Alte Jochstr. 54/55. 2. Central-Kranken- und Begräbnis-Kasse für Frauen und Mädchen in Deutschland. Aufnahmebedingungen zu erfagen: G. Sedel, Dramenstr. 100 III.

Soziale 500. Sie haben keine Ansprüche. — P. 31. M. R. Sie...

mehreren freien Hilfsstellen angehören. Jedoch ist solchen Doppelverdiensten...

Marktpreise von Berlin am 3. Mai 1899. Table with columns for commodity, price, and weight.

Witterungsüberblick vom 4. Mai 1899, morgens 8 Uhr.

Table with columns for Stations, Barometer, Wind, and Wetter.

Wetter-Prognose für Freitag, den 5. Mai 1899. Teilweise wolfig, vielfach heiter...

Socialdemokratischer Wahlverein i. den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. August Prothmann...

Feilenhauer and Berufsgenossen Berlins und Umgegend. Sonntag, 7. Mai, vorm. 10 Uhr, bei Bergemann, Rajewalkstr. 3.

Uhren u. Goldwaren. Goldene Damen-Uhren v. 16, 20, 25 M. etc. G. Wagner

Möbel, Wohnung-Einrichtungen. Charloffenburg. M. Schmerberg

Todes-Anzeige.

Am 1. Mai starb nach langen schweren Leiden unser Mitglied Emil Bilz.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider. Unser Mitglied 165/12 Ch. Schmidt

Das Mitglied W. Rössel ist am 2. d. M. verstorben.

Hermann Vesper im 51. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrübt im Namen der Hinterbliebenen

Marie Arandt geb. Drehsig nach langen Leiden sanft entschlafen ist.

Textilarbeiter. Am Montag, den 1. Mai, verstarb nach zweitägigem Krankenlager unser langjähriger Mitglied, der Weber Wilh. Forgbert.

Die Kirche im Dienste des Unternehmertums. Eine Streitschrift gegen den christlich-sozialen Arbeiterlang

Achtung! Bauarbeiter. Achtung! Sonntag, den 7. Mai, vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Cranz, Badstrasse 12

Verein der Bauanschläger Berlins und Umgegend. Sonntag, den 7. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Herrn Buske, Grenadierstrasse 33

Centralverband der Maurer Deutschlands. Zahlstelle I Berlin (Putzer) Sonntag, den 7. Mai 1899, vormittags 11 Uhr

Nur 3 Mk. Weste, sehr groß zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen...

Sophatoffe and Reste in Nipps, Damast, Grobe, Phantasie, Gobelins und Plaid (postbillig)

Emil Lefèvre, Cranienstr. Nr. 158. Allerlei Anzeigen.

Prima Schnitzel 3000 Stk. a 1/2 M. Rückenfell a 1/2 M. 50 Stk. Linsen a 1/2 M. 45 Stk. Pringen a 1/2 M. 35 Stk.

Fahrräder-Teilzahlung direkt aus der Fabrik mögliche Anzahlung, cont. Teilzahlung

Socialdemokrat. Verein f. Stralau-Rummelsburg und Umgegend. Den Mitgliedern i. Nachricht, daß das Mitglied u. Mitglieder unseres Vereins

Wilh. Forgbert, am Montag, den 1. Mai, nach langen, schwerem Leiden gestorben ist.

Verband der Sattler und Tapezierer. (Zentrale Berlin I.) Am Sonnabend, den 6. Mai, abends 9 Uhr, im Lokal „Englischer Hof“, Neue Köhstr. 3

Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Haber über: Der § 162 der Reichsgewerbe-Ordnung...

Plätterinnen auf geschweifte Umlegebogen in u. außer dem Hause verl. Max Trope, Schönhauser Allee 167a, Hofstr. IV.

Todesanzeige.

Montag, den 1. Mai, verstarb nach langen, schwerem Leiden der frühere Vertrauensmann der Rummelsburger Partei...

Wilh. Forgbert, im 40. Lebensjahre. Durch seine auflösende Tätigkeit im Interesse der Partei hat er sich die Achtung der gesamten Arbeiterschaft am Orte erworben.

Achtung! Radfahrer! Die Produktion und Einkaufs-Genossenschaft für Radfahrer löst ihren Mitgliedern gute u. billige Anzüge in eigener Werkstatt herzustellen.

Bereine und Gewerkschaften! Empfehle mein Weiß- u. Vaterschier-Vokal nach franz. Willard und Vereinsstimme für 40-50 Personen, auch geeignet für Jubiläumsgesänge.

Achtung, Vereine! Umhändlerhaber ist der 2. Pfingstfesttag sowie einige Sonntage frei geworden.

Jul. Wernau, Gastwirt, Schwedterstr. 23/24, Fernsprecher Amt III Nr. 2440.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Beuthstrasse 2. In unserem Verlage ist soeben eine neue Broschüre zur Massenagitation erschienen:

Die Kirche im Dienste des Unternehmertums. Eine Streitschrift gegen den christlich-sozialen Arbeiterlang von Richard Calver. Preis 10 Pf.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung! Sonntag, den 7. Mai, vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Cranz, Badstrasse 12

Verein der Bauanschläger Berlins und Umgegend. Sonntag, den 7. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Herrn Buske, Grenadierstrasse 33

Centralverband der Maurer Deutschlands. Zahlstelle I Berlin (Putzer) Sonntag, den 7. Mai 1899, vormittags 11 Uhr

Nur 3 Mk. Weste, sehr groß zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen...

Sophatoffe and Reste in Nipps, Damast, Grobe, Phantasie, Gobelins und Plaid (postbillig)

Emil Lefèvre, Cranienstr. Nr. 158. Allerlei Anzeigen.

Prima Schnitzel 3000 Stk. a 1/2 M. Rückenfell a 1/2 M. 50 Stk. Linsen a 1/2 M. 45 Stk. Pringen a 1/2 M. 35 Stk.

Fahrräder-Teilzahlung direkt aus der Fabrik mögliche Anzahlung, cont. Teilzahlung

Socialdemokrat. Verein f. Stralau-Rummelsburg und Umgegend. Den Mitgliedern i. Nachricht, daß das Mitglied u. Mitglieder unseres Vereins

Wilh. Forgbert, am Montag, den 1. Mai, nach langen, schwerem Leiden gestorben ist.

Verband der Sattler und Tapezierer. (Zentrale Berlin I.) Am Sonnabend, den 6. Mai, abends 9 Uhr, im Lokal „Englischer Hof“, Neue Köhstr. 3

Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Haber über: Der § 162 der Reichsgewerbe-Ordnung...

Todesanzeige.

Montag, den 1. Mai, verstarb nach langen, schwerem Leiden der frühere Vertrauensmann der Rummelsburger Partei...

Wilh. Forgbert, im 40. Lebensjahre. Durch seine auflösende Tätigkeit im Interesse der Partei hat er sich die Achtung der gesamten Arbeiterschaft am Orte erworben.

Achtung! Radfahrer! Die Produktion und Einkaufs-Genossenschaft für Radfahrer löst ihren Mitgliedern gute u. billige Anzüge in eigener Werkstatt herzustellen.

Bereine und Gewerkschaften! Empfehle mein Weiß- u. Vaterschier-Vokal nach franz. Willard und Vereinsstimme für 40-50 Personen, auch geeignet für Jubiläumsgesänge.

Achtung, Vereine! Umhändlerhaber ist der 2. Pfingstfesttag sowie einige Sonntage frei geworden.

Jul. Wernau, Gastwirt, Schwedterstr. 23/24, Fernsprecher Amt III Nr. 2440.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Beuthstrasse 2. In unserem Verlage ist soeben eine neue Broschüre zur Massenagitation erschienen:

Die Kirche im Dienste des Unternehmertums. Eine Streitschrift gegen den christlich-sozialen Arbeiterlang von Richard Calver. Preis 10 Pf.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung! Sonntag, den 7. Mai, vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Cranz, Badstrasse 12

Verein der Bauanschläger Berlins und Umgegend. Sonntag, den 7. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Herrn Buske, Grenadierstrasse 33

Centralverband der Maurer Deutschlands. Zahlstelle I Berlin (Putzer) Sonntag, den 7. Mai 1899, vormittags 11 Uhr

Nur 3 Mk. Weste, sehr groß zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen...

Sophatoffe and Reste in Nipps, Damast, Grobe, Phantasie, Gobelins und Plaid (postbillig)

Emil Lefèvre, Cranienstr. Nr. 158. Allerlei Anzeigen.

Prima Schnitzel 3000 Stk. a 1/2 M. Rückenfell a 1/2 M. 50 Stk. Linsen a 1/2 M. 45 Stk. Pringen a 1/2 M. 35 Stk.

Fahrräder-Teilzahlung direkt aus der Fabrik mögliche Anzahlung, cont. Teilzahlung

Socialdemokrat. Verein f. Stralau-Rummelsburg und Umgegend. Den Mitgliedern i. Nachricht, daß das Mitglied u. Mitglieder unseres Vereins

Wilh. Forgbert, am Montag, den 1. Mai, nach langen, schwerem Leiden gestorben ist.

Verband der Sattler und Tapezierer. (Zentrale Berlin I.) Am Sonnabend, den 6. Mai, abends 9 Uhr, im Lokal „Englischer Hof“, Neue Köhstr. 3

Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Haber über: Der § 162 der Reichsgewerbe-Ordnung...

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 20-21: Sitzung der Ortsverwaltung.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands (Zentrale Berlin I).

Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vergütungs-Komitees, 2. Neuwahl desselben, 3. Verbandangelegenheiten

Maler u. verw. Berufsgen. Montag, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Lokale des Herrn Hensel, Invalidenstrasse 1a.

Holz- u. Bretterträger Berlins u. Umgegend. Freitag, den 5. Mai, abends 8 Uhr, Gr. öffentliche Versammlung im Märkischen Hof, Admiralsstrasse 18c.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag (Der Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht) 2. Diskussion 3. Abrechnung vom Vorjahr, 4. Gewerkschaftliches.

Centralverband der Maurer Deutschlands. Zahlstelle I Berlin (Putzer) Sonntag, den 7. Mai 1899, vormittags 11 Uhr

Nur 3 Mk. Weste, sehr groß zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen...

Sophatoffe and Reste in Nipps, Damast, Grobe, Phantasie, Gobelins und Plaid (postbillig)

Emil Lefèvre, Cranienstr. Nr. 158. Allerlei Anzeigen.

Prima Schnitzel 3000 Stk. a 1/2 M. Rückenfell a 1/2 M. 50 Stk. Linsen a 1/2 M. 45 Stk. Pringen a 1/2 M. 35 Stk.

Fahrräder-Teilzahlung direkt aus der Fabrik mögliche Anzahlung, cont. Teilzahlung

Socialdemokrat. Verein f. Stralau-Rummelsburg und Umgegend. Den Mitgliedern i. Nachricht, daß das Mitglied u. Mitglieder unseres Vereins

Wilh. Forgbert, am Montag, den 1. Mai, nach langen, schwerem Leiden gestorben ist.

Verband der Sattler und Tapezierer. (Zentrale Berlin I.) Am Sonnabend, den 6. Mai, abends 9 Uhr, im Lokal „Englischer Hof“, Neue Köhstr. 3

Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Haber über: Der § 162 der Reichsgewerbe-Ordnung...

Plätterinnen auf geschweifte Umlegebogen in u. außer dem Hause verl. Max Trope, Schönhauser Allee 167a, Hofstr. IV.

Mantelfell auf Mädchenmäntel und Jacketts im Hause. Bockenlohn. Ganze Jahr Beschäftigung. Holz, Köhlerstr. 6 I.

Versammlung von Freunden des Arbeiterschutzes.

Zur Besprechung über die Beteiligung Deutschlands an der internationalen Arbeiterschutzes-Konferenz fand Mittwochsabend im Architektenhaus eine Versammlung von Freunden des geistlichen Arbeiterschutzes statt.

Staatminister a. D. v. Verlepsch eröffnet die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er die Anwesenden als Freunde eines energischen geistlichen Arbeiterschutzes bezeichnet.

Professor Schmoller wird zum Vorsitzenden gewählt. In der Generaldiskussion erwähnt Prof. Sombart, daß die Einladungen nicht nach Fraktionen erfolgt seien.

sich an der Konferenz zu beteiligen. v. Verlepsch plädiert gleichfalls für die Heranziehung der Socialdemokratie auf breiterer Grundlage.

Auf Vorschlag Schmollers wird beschloffen, ein provisorisches Komitee einzusetzen, das u. a. die Aufgabe hat, die Mißverständnisse wegzuräumen.

Bei der hierauf folgenden Beratung des Satzungsentwurfs erklärte sich Professor Sombart gegen den Vorschlag, das internationale Bureau nur zu einer Informationsstelle zu machen.

Minister Freier v. Verlepsch trat ebenfalls für die Schweiz als Sitz des Bureau ein.

Mag. Dirich begrüßt den Plan, und zwar die nationale Vereinigung noch mehr als die internationale.

vermeiden, schlägt er vor, zunächst nur einen Ausschuss zu wählen. Er bitte deshalb, folgendem Antrag zuzustimmen:

Die heute im Architektenhaus zu Berlin versammelten Vertreter der verschiedensten sozialpolitischen Richtungen beschließen die Wahl eines provisorischen Komitees.

Dieser Antrag gelangte nach kurzer Besprechung einstimmig zur Annahme. Es wurde von den verschiedenen Reducen betont, daß die Beschlüsse, die zu dem Satzungsentwurf gefaßt werden, nicht endgültig seien.

In das Komitee wurden gewählt: von Verlepsch, Schmoller, Sombart, Stinninghaus, Schmidt (Eberfeld), Wasserbaum, Piye, von Hüster (München), Kobbe (Berlin), Wagner, Städler, Rammann, Lieber, Mag. Dirich, Kamin, Noefide, Schmalbein, Sonnemann und Brentano.

Herr von Verlepsch schloß alsdann die Versammlung, indem er den Hoffnung Ausdruck gab, daß die heutigen Verhandlungen dem Arbeiterschutz auch in Deutschland einen starken Impuls geben mögen.

Herren-Garderobe reell und billig Hauptstraße 143 bei M. Schulmeister, Schneidermeister.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 5. Mai. Opernhaus. Der Waisenkinder. Bergheimrich. Anf. 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Donna Diana. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Die Frau vom Meere. Schauspiel in 5 Akten v. Henrik Ibsen.

Urania

Taubenstrasse 48/49. Um 8 Uhr: Im Theater: Das Land der Fjorde. Invalidenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy. Die Puppe (La Poupée). Operette in 3 Akten und einem Vorspiel.

Apollo-Theater.

Ma. et Mr. Bianca-Desroches Maria la Bella Hella Collier etc. etc. etc. Frau Luna.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Berlin bleibt Berlin. Große Gesangsprobe in vier Bildern.

Metropol-Theater.

Breslauerstr. 55/57. Dir. Meib. Schultze. Sommer-Specialitäten-Saison. Grosse Sensations-Nummern.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. (Weibel, Pietro, Britton, Siebel, Krone, Schneider und Schrader.)

Castan's

Panopticum. Ecke Friedrich- u. Bohrenstrasse. Neu! Original-Zigeuner-Kapelle im Konzertsaal.

Passage-Panopticum.

Gesch. 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds. Der unverwundbare Fakir Aratas. Das 5-jährige Wunderkind Marietta.

Victoria-Brauerei

Königsstraße 111/112. Jeden Sonntag, Montag u. Freitag. Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger.

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53, City-Passage. Direction: Richard Winkler. Täglich mit jubelndem Beifall: Das neue Mädchen.

Jeder Raucher!

einer guten Cigarre wird bei einmütigen Verdict meiner Konkurrenten... J. Keppeler Cigarrenfabrik u. Importenlager Augsburg.

Feste Preise!

Oscar Arnold Hut-Engros-Geschäft. Dresdenstr. 116, am Oranienplatz. (Kein Laden.)

Einzelverkauf fehlerfreier Waare in grosser Auswahl: Herrenhüte, weich von Mk. 1.25-4.-, Kinderhüte von Mk. 0.75-2.-

Herren-Garderoben

Sommer-Paletots, Elegante Anzüge in den neuesten Farben, in schwarz u. neuesten Modefarben.

Anfertigung nach Mass. Zuschneider im Hause.

Abonnenten dieser Zeitung erhalten 5 pCt. Rabatt. für Hste auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen...

Schmerzloses Zahnziehen ohne Markose! Specialität: Plattenloser Zahnersatz. Künstl. Zähne, brauchbar... von 2,- Mk. Plomben, schmerzlos... von 1,50 Mk. Electriche Bohrapparate und Mundbeleuchtung.

Fahrgeld wird vergütet.

Jacques Raphaëli
Inh.: Th. Büsing
— Berlin C., An der Spandauer Brücke No. 2. —
Schuhwaren.

Garantie f. Haltbarkeit durch gedruckte Garantiescheine.
Eleganteste Passform.



Für Herren:

- Segeltuch-Schnürschuh Absatz, Lederbesatz . . 3,10
Rindleder-Zug- oder Schnürschuh, reine Leder- 3,00
Echt Ziegenleder braun Schnürschuh . . . 5,75
Zugstiefel ohne Naht, Rindleder 5,—
Zugstiefel ohne Naht, Wildkalbleder, genäht . . 6,75
Schnürstiefel, la Rossi, hochfeine Ausführung, 8,50
Derselbe in braun, echt Ziege 10,—
Raphaëli Goodyear Welt, Kalb-Schnürstiefel, ohne 10,75

Für Damen:

- Segeltuch-Schnürschuh, Absatz, Lederbesatz . . 2,50
Rossi. Schnür- oder Knopfschuh 3,75
Echt Ziegenleder braun, Schnür- oder Knopfschuh 4,25
Echt Ziegenleder, Schnür- oder Knopfstiefel 6,75, 7,50
Brauner echt Chevreau-Knopf- od. Schnürstiefel
in elegantester amerikanischer Façon, nur . . . 9,50

Kinder-, Mädchen-, Knabenschuhe u. Stiefel
jeden Genres, jeder Größe in grösster Auswahl.

Grösstes Lager in
Herren- und Knaben-Garderobe,
Cigarren, Cigaretten u. Spirituosen.

Bei Einkauf von M. 3.— an Reiseflasche
mit Likör gratis.

Man verlange gratis und franco mein Preisbuch.

Montags von 8-10, 12-2 Uhr geöffnet.

Wochentags bis 10 Uhr abends geöffnet.

Im
Brandausverkauf

Pücklerstr. 39,

Ecke Muskauerstrasse, an der Markthalle,

- Gardinen, Teppiche,
Möbelstoffe, Porzellan,
Stores,
Bettvorleger,
Tischdecken,
Bettdecken, Schlafdecken,
Stoppdecken.
Wollene Kleiderstoffe,
Baumwollene Kleiderstoffe,
Halbwollene Kleiderstoffe,
Kattune, Ripse,
Crêpes, Barchente,
Washstoffe, Bezüge,
Inletts, Drell.

Herren-Anzüge und -Ueberzieher,
Hosen, Jacketts, Westen, Joppen,
Knaben-Anzüge, Arbeitsblousen,
Knabenblousen, Matrosenkragen.

- Damenhemden und Bein-
kleider, sämtliche Damen-,
Herren- und Kinderwäsche
in Hemdentuch, Leinen und
Barchent,
Futterstoffe, Damenblousen,
Oberhemden für Damen,
Oberhemden für Herren,
Chemisettes, Serviteurs,
Kragen, Manschetten,
Schürzen, Röcke, Corsets,
Sonnen- und Regenschirme,
Shlipse, Handschuhe,
Mützen, Hüte,
Stiefel, Schuhe und Pantoffel,
Glas-, Porzellan- und Stein-
gutwaren,
Lampen,
Nippes und
Emaille-Waren

und alle bei dem Brande beschädigten und nicht beschädigten
Waren schnelligst ausverkauft.

Herrmann Schlesinger.

Raucher Yellow-Kid.

Naturbutter, 10 Pf., Koffi
5,50 Pf., Bienenhonig 3,80 Pf. (28618)
G. Zbiter, Produzent, Dörflich.
Möbel
Kleiderstühle, einfach, v. 20 Pf. an,
fournirt v. 35, Tischstühle v. 35,
Schlafzimmerstühle v. 25,
Kleiderkasten v. 60,
Kleiderkasten v. 100,
Bettstellen v. 30,
Bettstellen mit Decke v. 33,
Rahmenbetten v. 25,
Kommoden, Kleiderbügel von 10,
Sophränche, Kleiderbügel von 15,
Stühle v. 2 1/2, sowie alle sonstigen
Möbel in großer Auswahl allerbilligst
Vollständige Einrichtungen, besonders
preiswert, transportfrei. — 15019*
Möbel auf Zeitzahlung.
unter Garantie, unter solidesten Bedin-
gungen. Schier, Möbelfabrik,
Neanderstrasse 13.

30

Mark!

elegante
Herren-Anzüge

nach Mass.

30 Mk.

hochfeine
Sommer-Paletots

nach Mass. 18209*

Für 10 Mark hohelegante Bein-
kleider nach Mass,
guter Stoff, tadelloser Sitz,
Riesenstofflager

14 Krausenstrasse 14,
1 Tr. Kein Laden, 1 Tr.

Fahrräder

Grösste Lager
christianlicher Fabri-
kate auf Zeitzahl.
ohne Preider-
höhung zu den
coufanti Hoff-
bedingungen.
Ratal gratis.
Wenig gebrauchte Räder
für Herren u. Damen zu billigen
Preisen unter Garantie.
Adomeit & Landau
Lothringerstr. 48 I.
Ticht am Neufährer Thor.

12. Ziehung d. 4. Klasse 200. St. Pr. Brenz. Lotterie.

Stellung vom 4. Juli 1899, samstags.
Kur die Gewinne über 200 Mark hat den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Chef-Gezück.)
93 176 [3000] 279 445 551 632 [3000] 65 1201 29 67 81 370
43 407 48 776 75 76 [3000] 995 97 2006 90 171 262 314 329 369
4508 126 35 613 735 75 877 908 4 114 97 145 58 246 [3000] 35
4300 73 489 611 81 745 86 813 15 928 5339 418 49 38 [1000]
621 952 30 809 0167 [3000] 315 508 629 735 81 91 98 814 54
829 7 723 [3000] 33 63 821 717 79 45 823 1415 213 370 49
685 781 877 9423 20 114 70 210 301 43 [500] 445 [3000] 613
[1000] 795 964
10015 [500 000] 83 [5000] 133 332 33 410 592 [500] 891
63 961 11104 315 30 509 655 12192 439 502 91 857 71 81
13117 235 309 889 [3000] 941 88 14081 [3000] 128 46 489
39 73 [500] 694 985 10282 513 [3000] 632 771 536 13021 [3000]
64 100 224 413 90 81 579 81 719 21 573 [3000] 13710 236
644 673 821 45 928 18092 39 197 317 [1000] 425 517 41 61
459 718 839 992 35 19703 51 104 300 41 74 319 423 95 502 [300]
641 86 903 53
30002 91 114 81 423 30 42 [1000] 65 655 712 [500] 39 816
613 35 49 21003 [3000] 23 186 217 68 422 556 633 79 74
22179 39 477 329 623 [1000] 28 41 87 777 977 22051 274
713 74 [3000] 850 981 71 98 24014 301 37 [3000] 510 697
819 30282 [1000] 702 [500] 30401 40 405 [3000] 781 53 801
[3000] 27139 29 207 [300] 17 46 469 309 611 85 829 890
28057 135 241 94 372 430 693 823 704 807 20013 [1000] 68 157
[10 000] 356 79
30010 119 36 309 41070 296 375 433 62 633 61 717 18
63 911 33020 109 371 92 [1000] 373 725 809 997 33120 303
618 846 72 34103 533 621 [3000] 36 735 35118 485 671
[10 000] 79 755 67 819 932 34096 133 85 271 [3000] 53 87
430 [3000] 889 717 36 889 37058 77 79 119 220 46 493 971 954
78130 70 925 [300] 82 314 507 70 900 59 03 30118 323 487 732
606 945 [1000] 64
40100 297 326 43 73 611 92 794 [3000] 303 87 41013 246 911
801 605 65 76 42015 [3000] 83 283 321 [500] 51 676 44135 203
74 321 39 623 [300] 721 834 371 111 44090 202 71 840 454 577
635 78 727 921 42355 45 56 [300] 519 635 778 79 80 982
40209 467 [300] 500 [1000] 863 47057 179 255 77 303 410 568
602 20 394 966 48110 62 274 390 432 85 416 330 771 819 79 89
40071 [500] 100 356 [500] 445 742 90 880
50000 [300] 186 281 36 448 513 61 690 [500] 787 821 337 81
65 51003 76 189 309 44 92 498 [300] 5 694 840 [1000] 62496
351 289 46 474 89 607 734 302 991 70 63213 32 423 51 89 78
789 900 64190 297 216 850 105 93 723 93 926 55098 59 206
80 549 630 756 [500] 50018 197 429 822 912 21 53 70 57415
89 66 633 740 865 918 54000 135 583 737 939 50093 239
941 567 694 36 761 [300] 831 973
60043 375 865 61120 [3000] 33 82 306 773 90 888 62213 39
850 511 744 65 21 810 801 93460 97 358 90 347 410 695 786
640 50 945 50 10000 450 549 888 66010 48 118 322 48 429
44 70 932 [300] 69273 37 307 438 31 40 596 728 [500] 19 883
47177 481 530 37 41 85 69004 77 191 314 83 666 237 [300]
60 70280 302 406 58 548 99 621 521 [1000] 33 222 73082 189
691 526 35 673 59 74188 333 356 81 400 539 [1000] 628 75223
65 509 739 45 839 929 70043 181 94 815 373 746 824 77067
67 83 283 807 611 63 [3000] 733 874 937 49 79309 179 217 410
65 537 70451 663 607 [300] 708 83 885 923 57
80050 [5000] 272 310 [5000] 773 82 834 79 998 81265 331
637 41 91 82123 81 541 811917 83 82038 32 106 91 298 86
67 325 302 890 871 81 948 84118 236 427 50 600 766 74 92
67013 36 [3000] 43 77 216 331 589 836 69 853 71 85 80055
[5000] 111 46 55 [2000] 36 322 371 [1000] 74 71 614 740 811
25 550 87469 51 229 25 92 824 [300] 689 808 29 88129 31
275 806 320 36 [500] 822 78 801929 25 684 814 35 705 67 812
01009 172 983 30 469 545 93 674 722 78 839 99 914 33 79
81135 654 748 91 929 92055 162 294 327 33 600 59 791 817
66 919 93074 30 135 51 51 71 93 265 534 712 94178 421 533
80 94 197 517 37 72 645 833 673 97039 392 85 353 537 37 615
65 708 69 61 822 [500] 80030 105 321 435 518 38 774 90 832
29 09129 [500] 477 827 817 68
100117 67 39 623 38 [500] 101011 189 557 522 642 818
42 36 65 97 91 31 32 102004 128 31 251 314 24 554 39 778
612 25 52 81 102041 351 449 [3000] 324 91 323 774 824 96 948
60 94 140374 339 65 939 105066 81 127 373 [3000] 92 99
632 54 69 728 41 73 805 104019 22 228 719 888 919 107014
285 617 58 708 958 108042 355 391 459 97 814 70 729 803 938
60 100131 359 479 821 891 49 729 979
110025 27 246 375 569 814 983 111069 231 453 320 60 670
739 45 815 19 65 112119 12 78 84 89 300 41 929 339 790 31 830
22 50 99 113029 [3000] 101 302 3 9 32 487 534 37 [300] 906

12. Ziehung d. 4. Klasse 200. St. Pr. Brenz. Lotterie.

Stellung vom 4. Juli 1899, samstags.
Kur die Gewinne über 200 Mark hat den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Chef-Gezück.)
120233 330 326 400 17 19 617 131001 166 320 69 122047
226 98 438 699 694 792 896 936 53 123395 69 350 65 413 77
691 99 617 701 932 124271 354 497 506 51 99 97 631 731 981
127212 58 308 39 608 725 850 129075 461 517 739 [3000] 804
[3000] 14 621 [1000] 127247 380 540 38 608 707 [300] 53
815 71 917 328107 229 388 509 [300] 83 713 688 910 123023
628 785 54 55 812 77
120061 553 721 [1000] 40 46 69 82 131223 68 55 408 59
579 52 72 816 132012 56 110 241 378 515 98 919 123290 275
576 87 415 690 [500] 178 829 62 134962 70 89 413 506 686
727 83 552 78 135172 214 412 571 883 911 31 137031 [300]
303 235 409 994 137139 61 93 97 324 439 571 623 779 831 993
128044 216 [3000] 67 539 73 [300] 86 659 789 86 881 [3000] 89
85 131096 129 90 849
140077 526 502 18 827 967 9 45 141025 78 [3000] 113
307 434 34 372 805 [300] 73 918 66 99 142081 289 343 583 612
[3000] 750 71 [3000] 949 55 143166 265 263 305 8 22 [300] 42
733 144094 7 26 16 287 [3000] 780 516 [3000] 143550 88 88
108 91 449 [3000] 842 738 [3000] 144019 56 120 289 600 145 74 78
[3000] 61 [500] 848 147010 174 [300] 204 49 313 784 832
148236 578 784 805 149090 350 897 936
150003 17 272 310 28 29 94 518 833 151126 33 283 32 48
82 400 350 56 409 577 152112 232 320 80 499 626 713 911
153021 273 82 431 728 99 154190 282 475 506 99 825 833
998 155012 30 21 236 78 335 424 542 [300] 85 693 810 909 37
82 155016 79 [500] 328 89 469 628 715 989 157116 66 417 42
301 42 [5000] 882 99 942 99 [300] 158388 610 56 964 36
150217 215 45 438 544 92 [300] 659 706 10 9423
300617 671 739 929 164019 219 326 316 412 433 [1000] 509
650 36 733 894 160270 18 102 19 [500] 21 44 455 79
326 744 820 83 162804 10 45 279 320 84 97 321 [300] 622
818 57 929 164117 314 438 97 523 69 789 96 [3000] 811 500
969 163088 33 101 54 93 102 712 49 874 931 164000 380 [300]
306 25 39 524 947 56 57 147015 46 292 39 314 [1000] 673 79
611 168000 124 239 357 67 68 522 93 702 3 50 160060 239
61 402 [1000] 328 37 627 832 968 86
170003 125 481 856 918 [1000] 171015 318 671 804 929
78 172145 370 459 62 78 620 710 902 39 173055 304 344 702
94 896 82 940 174021 70 52 152 82 225 94 325 69 744 817
[3000] 894 175011 307 546 49 66 733 853 54 176005 6 49
80 191 344 [3000] 86 80 87 414 81 523 38 621 812 911 177023 80
310 69 523 719 21 178005 [3000] 67 77 [3000] 553 403 329 [1000]
929 177005 160 50 191 385 85 476 79 83 803 915
180012 192 75 692 72 737 67 810 184008 11 328 72 89
[3000] 300 328 84 856 182012 11 319 73 [3000] 339 443 566 [300]
627 821 90 096 [3000] 189132 308 368 35 489 367 [5000] 75
603 74 854 91 184432 99 140 94 83 [500] 790 185163 325
462 682 728 186270 308 59 547 684 812 973 187084 106 46
33 461 700 921 188465 188 213 [300] 841 683 803 914 189019
[1000] 119 20 32 52 316 56 91 61 65 81 240 84 858
180103 14 300 120 688 90 784 41 65 942 52 191027 37
186 18 93 211 56 75 96 939 611 66 85 857 182136 204 361
710 909 192024 94 [3000] 680 725 322 1294004 [500] 64 [1000]
211 [3000] 60 362 568 68 995 195007 300 427 6 831 194021
182 241 56 332 57 65 539 637 821 307 59 88 197193 229 37
357 922 198004 65 168 233 408 79 37 366 935 [3000] 22
807 1000 9 28 212 16 [3000] 93 309 439 568 629 779 829 918 41
190074 100 9 28 212 16 [3000] 93 309 439 568 629 779 829 918 41
200004 208 93 832 43 63 662 748 59 929 69 201024
[3000] 428 579 770 [3000] 85 990 202091 174 [1000] 281 87
314 [3000] 32 94 404 19 316 67 617 768 839 37 [1000] 203104
25 265 465 524 76 91 695 898 99 930 204284 238 435 [20 000]
74 [5000] 98 699 723 87 808 77 89 892 80 205182 200 [5000]
282 87 421 [500] 581 698 711 18 94 943 206240 351 620 63
792 97 [5000] 836 8 48 928 95 207010 161 201 51 695 809 699
730 [500] 572 973 92 [500] 208007 206 [300] 14 469 579 793
621 49 930 91 200003 184 31 82 82 82 282 328 65 80 339 79
790 29
210258 214 414 585 65 80 50 977 91 211135 45 293
[3000] 56 338 428 887 [3000] 979 212269 [500] 773 854 87
213022 102 36 300 348 725 515 21 35 45 214041 81 920
350 47 463 95 501 12 673 706 897 900 [3000] 53 62 55 215097
370 71 291 [3000] 306 545 818 51 94 216056 222 65 327 549
483 96 217190 [500] 519 710 873 917 49 218075 331 43 333
847 219254 236 479 78 517 [3000] 79 610 47 811 49 40
220108 218 327 426 57 890 543 708 59 22 941 596 223103
39 127 431 [1000] 655 96 610 71 709 890 983 223215 57 178
211 78 414 82 223007 119 297 393 478 515 484 845 57 224061
91 90 [500] 137 213 433 67 71 682 92 714 33 841 82 68 970
225019 175 471 665
26 260000 200, 2 26 30000 200, 9 26 15000 200, 21 26 10000 200,
87 26 3000 200, 522 26 3000 200, 436 26 1000 200, 700 26 500 200,

12. Ziehung d. 4. Klasse 200. St. Pr. Brenz. Lotterie.

Stellung vom 4. Juli 1899, samstags.
Kur die Gewinne über 200 Mark hat den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Chef-Gezück.)
59 194 260 67 000 99 1823 811 [300] 92 3009 166 92 314
[3000] 51 288 [1000] 728 74 847 985 3331 426 49 517 78 804 4175
612 929 80 5427 [3000] 186 268 702 413 14 [3000] 43 892
10 18 932 0039 32 157 374 528 675 [500] 829 75 292 7050
276 [3000] 314 66 72 850 932 [300] 9094 129 307 63 67 386 690
705 15 818 [3000] 81 2914 109 47 216 77 315 33 794 881 90 997
100032 [1000] 445 817 85 11006 283 94 [300] 403 17 77 906
781 [1000] 973 12010 38 43 189 246 469 63 321 23 29 615 69 72
223 68 78 966 88 12303 [1000] 67 87 705 31 653 61 91 962
14012 866 367 684 [1000] 701 814 945 15048 194 201 4 318 405
537 761 839 79 988 16041 136 274 219 69 488 83 318 611 70 812
4 933 17709 41 122 272 612 222 678 708 99 97 839 [300] 18005
297 274 331 [1000] 87 615 707 879 [3000] 994 10016 22 151
65 211 [3000] 351 97 [3000] 438 817 82 835 69
200025 112 [5000] 29 88 429 [3000] 857 944 210